

G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

6'78 Juni



Zersplitterung der Zuständigkeiten beseitigen

Innenminister Späth: besondere rechtliche Grundlage für den Katastrophenschutz notwendig

In erster Lesung wurde die Gesetzesvorlage für ein Katastrophenschutzgesetz des Landes Baden-Württemberg am 10. Mai im Stuttgarter Landtag beraten. Der Gesetzentwurf sieht eine klare Regelung der Zuständigkeiten für den Katastrophenschutz vor. Danach werden die Landratsämter und die Bürgermeisterämter der Stadtkreise untere Katastrophenschutzbehörden. Oberste Instanz ist das Innenministerium, das bei überregionalen Katastrophenfällen die Leitung der Katastrophenbekämpfung an sich ziehen kann. Die Katastrophenschutzbehörden haben uneingeschränkte Befehlsgewalt und leiten den gesamten Einsatz. Die Hilfsorganisationen im Brandschutz-, Bergungs-, Instandsetzungs-, Sanitäts- und Fernmeldedienst sowie die Bergwacht und die ABC-Einheiten werden in den Katastrophenschutz eingebunden. Sie sind verpflichtet, ohne Aufforderung Hilfe zu leisten.

Zersplitterung beseitigen

Innenminister Lothar Späth möchte mit dem Gesetz die Zersplitterung der Zuständigkeiten und Aufgaben beseitigen und die Organisation insgesamt verbessern. Es sei notwendig, klare gesetzliche Bestimmungen über die Leitung des Katastropheneinsatzes zu haben und die Hilfs- und Leistungspflichten der Bevölkerung konkreter zu definieren. Auf der Basis der Rechtssituation, die jetzt geschaffen werden soll, können die notwendigen Planungs- und Einsatzstäbe vorgesehen werden. Späth hat im Innenministerium bereits die Anordnungen für einen ersten Übungsfall getroffen. Man will testen, wie schnell die Dinge ablaufen können.

Zum Problem der Einordnung der Hilfsorganisationen meinte Späth, daß der Gesetzentwurf die Eigenständigkeit der mitwirkenden Organisationen nicht in Frage stelle, sondern unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten der Katastrophenschutzbehörde auf den einzelnen Helfer nur dort vorsehe, wo dies sachlich zwingend geboten sei. Ansprechpartner sei im Grundsatz nicht der einzelne Helfer, sondern die Organisation.

Zur „Heraufzoning“ der Zuständigkeit von der Gemeindeebene auf die Kreis-

stufe sagte Späth, die Berechtigung liege darin, daß die Katastrophenschwelle sehr hoch angesetzt sei und nur außergewöhnliche Schadensereignisse als Katastrophen im Sinne des Gesetzentwurfs verstanden werden.

Zur Kostenregelung meinte Späth, man habe eine ausgewogene und klare Kostenregelung gefunden. Danach tragen grundsätzlich das Land und die mitwirkenden Organisationen die Kosten für den vorbereitenden Katastrophenschutz, die Stadt- und Landkreise die durch die Katastrophenschutzbekämpfung entstehenden Kosten, wobei das Land den privaten Organisationen und den Stadt- und Landkreisen Zuschüsse gewährt. Eine definitive Regelung über die Höhe könne jedoch im Gesetz nicht getroffen werden. Eine befriedigende Kostenregelung sei eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Ziele des Gesetzentwurfs erreicht werden.

Durch perfekte Gesetzgebung werde man aber gerade beim Katastrophenschutz die Ziele nicht erreichen, sondern nur dadurch, daß man auf der allgemeinen Rechtsgrundlage organisatorisch richtig aufbaue, die freiwilligen Führungskräfte integriere und dann die Voraussetzungen durch intensive Vorbereitung auf eine hohe Flexibilität schaffe, daß im Ernstfall Behörden, Organisationen und Bürger zusammenwirken.

Organisationen anhören

Landtagsabgeordneter Ruder (CDU) sprach sich in der Diskussion dafür aus, die Organisationen im Rahmen einer Ausschußberatung anzuhören, da sie vielleicht Bedenken haben könnten, der Staat könne möglicherweise in ihre innere Struktur „hineinregieren“. Weiter war Ruder der Ansicht, daß die großen Kreisstädte Bedenken anmelden könnten, wenn die Landratsämter als untere Katastrophenschutzbehörde vorgesehen seien.

Immerhin hätten manche Städte erhebliche Vorleistungen für den Katastrophenschutz erbracht. Auch die Frage der Finanzierung müßte noch einmal gründlich überdacht werden. Wenn der Katastrophenschutz wirklich funktionieren soll, müsse vor allem

optimal geübt werden. Deshalb soll die Frage der Finanzierung der Übungen gründlich geprüft werden.

Stellung des Helfers

Abgeordneter Dick (SPD) sprach sich für eine grundsätzliche Aufklärung über die Rechte und Pflichten des einzelnen Bürgers aus. Zur Stellung des Helfers meinte Dick, er stünde sich nach dem neuen Gesetz bei der Entschädigung für den Verdienstausschlag schlechter als früher nach dem Feuerwehrgesetz. Auch die Haftungsregelungen seien nach dem neuen Gesetz unzumutbar.

Ein weiterer problematischer Punkt: der Begriff „Helfer“. Ein aus der Bevölkerung zur Hilfeleistung verpflichteter Bürger gehöre keiner Einheit oder Einrichtung des Katastrophenschutzes an. Laut Gesetz habe er aber die Rechtsstellung eines Helfers. Es wäre besser, einen Helfer aus dem privaten Bereich auf die Dauer des Einsatzes einer Einheit zu unterstellen und ihm die Rechtsstellung eines Angehörigen dieser Einheit zu geben.

Konstanter Wartezustand

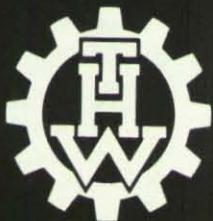
Abgeordneter Haag (F.D.P./DVP) hielt den Gesetzentwurf für eine brauchbare Grundlage für den Katastrophenschutz. Der Katastrophenschutz befinde sich im konstanten Wartezustand; er warte auf ein Ereignis, von dem alle hoffen, daß es nicht eintreten werde. Dieses Warten sei problematisch, vor allem für Einrichtungen, die nur für den Katastrophenschutz bestimmt sind. Man müsse überlegen, wie durch Übungen der Ernstfall geprobt werden könne. Das Gesetz müsse positiv formulieren, daß die Einheiten des Katastrophenschutzes ein befriedigendes Betätigungsfeld erhalten.

Nach dieser ersten Lesung im Stuttgarter Landtag wurde der Gesetzentwurf an drei Ausschüsse überwiesen: an den Verwaltungsausschuß, den Ausschuß für innere Sicherheit und an den Finanzausschuß. Die Beratungen in den Ausschüssen, eine geplante Sachverständigenanhörung und die abschließende Lesung im Parlament lassen erkennen, daß das baden-württembergische „LKatSG“ nicht vor 1979 in Kraft treten kann.



MAGAZIN

6/78



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimborn
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Was zählt, ist nicht nur der sichtbare Erfolg“ 5

Deutsche Hilfe für die bretonische Küste dankbar anerkannt.



„Synthese zwischen Tradition und Fortschritt“ 9

Bericht vom 125jährigen Jubiläum des Deutschen Feuerwehrverbandes in Böblingen und Plochingen.

„Wir haben uns etwas vorgemacht“ 15

Die kommunalen Spitzenorganisationen nahmen beim Hearing der Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisch zur Zivilverteidigung Stellung.

„Mit der Sintflut fing alles an“ 19

Katastrophen von der Antike bis zur Neuzeit (Fortsetzung und Schluß).



„Mit dem Wasser stieg auch die Hilfsbereitschaft“ 22

„Jahrhunderthochwasser“ in Bayern und Baden-Württemberg verursachte Schäden in Höhe von 700 Millionen Mark.



„Das Minimagazin“ U 3

In diesem Monat: Gefahren in der Badesaison.



UMSCHAU

Grußwort des ehemaligen Bundesinnenministers Maihofer an die Helfer im Katastrophenschutz

Anläßlich seines Ausscheidens aus dem Amt des Bundesministers des Innern hat Prof. Dr. Werner Maihofer den Helferinnen und Helfern des Katastrophenschutzes in einem Grußwort Dank und Anerkennung ausgesprochen. Wörtlich schreibt Maihofer:

„Liebe Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz!

Während meiner Amtszeit als Bundesminister des Innern hatte ich in den vergangenen Jahren wiederholt Gelegenheit, Ihnen meine Anerkennung und meinen Dank für Ihren aufopferungsvollen Dienst am Nächsten auszusprechen. Ich habe es jedesmal mit Freude getan, denn es gibt nichts Schöneres, als mit Menschen zusammenzuarbeiten, die durch ihre Hilfsbereitschaft und ihren selbstlosen Einsatz einen wertvollen Beitrag für ihre Mitbürger leisten.

Der Katastrophenschutz ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge geworden. In einem hochtechnisierten Land wie der Bundesrepublik sind die vielfältigen Katastrophen – seien sie naturgegeben oder durch technischen Fortschritt bedingt – nur zu bewältigen, wenn der Bürger sich aktiv für seinen Nächsten und seine Umwelt einsetzt. Diese Hilfsbereitschaft ist in der heutigen Zeit nicht auf unser Land beschränkt. Trotz wachsenden Wohlstands und technischer Entwicklung gibt es noch viele Länder, die schweren Naturkatastrophen nahezu hilflos ausgeliefert sind und unsere Unterstützung brauchen.

Ihnen allen, die Sie über staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein hinaus mit persönlicher Opferbereitschaft tagtäglich bei Einsätzen im

In- und Ausland beweisen, daß das Wort „helfen“ seinen ursprünglichen Sinn in unserer Zeit noch nicht verloren hat, danke ich sehr herzlich.

Professor Dr. Werner Maihofer.“

NRW-Innenminister Hirsch legte Bericht über Kampfmittelbeseitigung vor

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Burkhard Hirsch überreichte am 31. Mai in Düsseldorf vor den Regierungspräsidenten, Vertretern der Freien Wohlfahrtsverbände, der Feuerwehrverbände, der Kommunalen Spitzenverbände und des Landtags-Innenausschusses an die drei Truppführer des Staatlichen Kampfmittelräumdienstes Horst Meyer (Ennepetal), Richard Koch (Gelsenkirchen) und Karl Friedrich Bernhard Zellerhoff (Hagen) das ihnen vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Gleichzeitig verabschiedete Hirsch den Regierungsangestellten Walter Mitzke, der als Hilfsreferent in dem für die Kampfmittelbeseitigung zuständigen Referat des Innenministeriums tätig war und nun in den Ruhestand tritt.

Im Anschluß an die Ehrung der verdienten Feuerwerker legte Innenminister Dr. Hirsch der Öffentlichkeit den „Jahresbericht 1977 über die Kampfmittelbeseitigung im Land Nordrhein-Westfalen“ vor. Er konnte dabei eine eindrucksvolle Bilanz ziehen: 3 745 Bomben, 144 020 Granaten, 202 Minen, 6 155 Handgranaten und Panzerfäuste, 11 340 verschiedene Sprengkörper, 21 684 kg Handfeuerwaffenmunition konnten entschärft und geräumt werden. Das ergab 452 340 kg Munitionsschrott.

Die geräumte Munition verteilt sich auf 5 753 Stellen im ganzen Land. Allein 5 662 neue Munitionsfundstellen wurden 1977 gemeldet. Die Räumergebnisse sind regional unterschiedlich: So wurden beispielsweise im Bezirk Düsseldorf 1 058, Münster 1 070, Köln 1 093, Arnsberg 393, in Detmold dagegen nur 131 Bomben entschärft. Rund 755 Personen (davon 135 vom Staatlichen Kampfmittelräumdienst und etwa 620 von privaten Räumunternehmen) entschärften in 153 175 Tagen = „Tagewerken“ die gefundene Munition. Das verursachte Kosten von insgesamt fast

41 Millionen DM, in die sich Bund, Land, aber auch Bundesverwaltungen wie Bundesbahn und Bundespost sowie vereinzelt private Auftraggeber teilen.

Hirsch dankte allen Einsatzkräften für ihre gefährliche und zugleich umsichtige Arbeit. Der Minister wies noch einmal eindringlich darauf hin, daß allein 1977 5 662 neue Munitionsfundstellen gemeldet worden sind.

Jeder Bürger sollte mithelfen zu verhindern, daß insbesondere Kinder und Jugendliche beim Spiel mit gefundener Munition zu Schaden kommen. Dazu gehöre, Kinder und Jugendliche gründlich aufzuklären, aber auch die Augen aufzumachen und jeden Munitionsfund ohne Verzögerung der Polizei zu melden.

Bei Unfällen: Feuerlöscher oft gefährliche „Geschosse“

Feuerlöscher im Auto können bei Unfällen zu gefährlichen Geschossen werden. Wie der ADAC in einer Untersuchung zusammen mit dem „ARD-Ratgeber Technik“ ermittelt hat, stellt die Mehrzahl aller angebotenen Auto-Löcher ein Risiko dar: Die Halterungen sind so schlecht, daß die Geräte schon bei leichten Unfällen durch das Auto fliegen und die Insassen unter Umständen verletzt werden.

Häufig fehlen nicht nur die Einbau-Anleitungen, sondern auch die Befestigungs-Schrauben. Der ADAC hält es für unerlässlich, die Löscher künftig autogerechter zu gestalten. Durch scharfkantige Teile, abstehende Auslösetasten u. ä. kann man sich leicht verletzen oder beim Ein- und Aussteigen hängen bleiben.

Ferner wurde festgestellt, daß durch unklare Bedienungsanleitungen und unterschiedliche Auslösetechniken häufig die Benutzer in Schwierigkeiten geraten. Mehrmals wurde statt ins Feuer auf die Füße gespritzt. Einige Löscher werden beim Herausnehmen aus der Halterung automatisch entschert, sie können so leicht unabsichtlich und zu früh ausgelöst werden. Bei Fallversuchen – die Löscher fielen aus 1 m Höhe auf die Armaturen – wurde festgestellt, daß Löscher, die ständig unter Druck stehen, häufiger nach einem Aufprall langsam und unmerklich Druck verlieren können und im Notfall nicht mehr funktionieren.

Nachdem nur zwei der geprüften zwölf Auto-Feuerlöscher als autogerecht anzusehen sind und nur ein Gerät bei der Lösch-Prüfung herausragend abschnitt, gibt der ADAC einige Hinweise, die beim Kauf von Feuerlöschern beachtet werden sollten:

- Unerlässlich ist eine brauchbare Auto-Halterung, die man u. a. daran erkennt, daß sie einen zusätzlichen, jedoch leicht bedienbaren Spannrücken für den Löscher hat; der Einbau muß ausführlich erklärt werden.
- Die Schrauben für die Halterungen sollten möglichst groß sein; der genaue Durchmesser des Bohrloches muß in der Anleitung angegeben sein.
- Löscher, die erst im Notfall durch Entsichern unter Druck gesetzt werden, sind auf längere Zeit gesehen funktionssicherer als Löscher, die ständig unter Druck stehen.

Auto-Feuerlöscher haben meist eine Spritzdauer um die zehn Sekunden.

Sie sind deshalb gar nicht dazu vorgesehen, ein lichterloh brennendes Auto total zu löschen. In erster Linie sind sie als Rettungsgeräte gedacht, mit denen ein Feuer so lange eingedämmt werden kann, bis die gefährdeten Personen in Sicherheit gebracht sind.

5700 Krankenhausbetten für Katastrophenfälle

15 Hilfskrankenhäuser mit 5700 Betten sollen künftig im Falle einer Katastrophe den Bürgern von Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen. Dies erklärte der rheinland-pfälzische Sozialminister Gölter auf eine parlamentarische Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Helga von Kugelgen. Die vom Bund finanzierten Hilfskrankenhäuser seien so konzipiert, daß Labors, Operationsräume und Röntgenstationen unterirdisch, die Krankenzimmer hingegen über der Erde eingerichtet werden. Die Krankenzimmer sollen normalerweise andere Funktionen erfüllen, etwa als Klassenräume einer Schule genutzt werden. Zwei dieser Häuser seien bereits funktionstüchtig. Im Katastrophenfall stünden außerdem noch Kurkliniken, Sanatorien, Hotels, Jugendherbergen und Schwesternwohnheime zur Verfügung, die mit insgesamt 14 500 Betten in Krankenhäuser umgewan-

delt werden könnten. Bei den vorhandenen Krankenhäusern könnte außerdem die Kapazität um 20 bis 30 % erweitert werden.

Minister Gölter meinte zu diesem Komplex, daß die Landkreise und kreisfreien Städte in ihren Katastrophenschutzplänen gerade die gesundheitlichen Belange stärker berücksichtigen sollten.

Zehn Jahre Rettungshubschrauber – Deutschland beispielgebend

Nahezu 70 % der deutschen Bevölkerung kann nach Auskunft von ADAC-Präsident Franz Stadler bei einem Unfall per Rettungshubschrauber des Katastrophenschutzes ärztliche Hilfe erhalten. Nach zehn Jahren Luftrettung werden heute weite Teile des Bundesgebietes mit speziell für den Notfall ausgerüsteten Hubschraubern versorgt, die es einem Arzt ermöglichen, binnen acht bis zehn Minuten am Unfallort zu sein. Dies ist für den Notfallpatienten ent-

scheidend, weil in den ersten zehn Minuten die Rettungschancen am größten sind.

Seit Einführung des Luftrettungsdienstes haben die 16 Hubschrauber des Katastrophenschutzes fast 45 000 Einsätze geflogen. Allein 1977 waren es 11 000 Flüge mit 7 000 Flugstunden. Die Hälfte aller Einsätze wurde nach Verkehrsunfällen nötig, der Rest nach akuten Erkrankungen. Hinzu kommen dringende Patientenflüge zu Spezialkliniken und eilige Transporte von Blutkonserven.

Die Luftrettung, mit der die Bundesrepublik Deutschland in der Notfallmedizin beispielgebend ist, geht auf eine Initiative des ADAC zurück, der 1968 mit einem gecharterten Hubschrauber den ersten Versuch gestartet hat. 1970 wurde mit „Christoph 1“ der erste zivile Rettungshubschrauber in Dienst gestellt. Heute fliegt er zusammen mit 15 weiteren Maschinen in der Luftrettungskette des Bundesinnenministeriums. Nach der Planung soll das Luftrettungsnetz bis spätestens 1979 durch den Einsatz von zwei weiteren Maschinen noch ausgebaut werden.



Beispielgebend in der Welt: die Rettungshubschrauber im Katastrophenschutz.

Hohe THW-Auszeichnung für Paul Augustin

Für das große Engagement, mit dem sich der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Schleswig-Holstein und Vizepräsident des DFV, Landesbrandmeister Paul Augustin, stets für die gute Zusammenarbeit und das kameradschaftliche Miteinander von Freiwilliger Feuerwehr und Technischem Hilfswerk im nördlichsten Bundesland eingesetzt hat, wurde ihm jetzt auf Vorschlag des THW-Landesbeauftragten vom Bundesminister des Innern das THW-Ehrenzeichen in Silber verliehen.

Der Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, überreichte Landesbrandmeister Augustin diese hohe Auszeichnung des THW im Namen und im Auftrag des Bundesministers des Innern am 2. Juni 1978 in der Dienststelle des THW-Landesbeauftragten in Kiel.

In den Schulen der DDR: Lehrgang „Zivilverteidigung“ geplant

Im Zusammenhang mit den Meldungen, daß ab September 1978 ein eigenes Fach „Wehrunterricht“ eingeführt werden soll, berichten Nachrichtenagenturen gleichzeitig, daß für die neunten Klassen der Schulen in der DDR ein Lehrgang „Zivilverteidigung“ obligatorisch werden soll. Ein zweiwöchiger Lehrgang mit täglich fünf Unterrichtsstunden wird demnach umfassen: wehrsportliche Übungen, Alarm- und Geländeübungen, Verhaltensregeln in Katastrophenfällen, Erste Hilfe u. a.

Wer von den Jungen jedoch an einem „militärischen Lager“ – ebenfalls zwei Wochen – teilnimmt, soll den Zivilverteidigungslehrgang nicht absolvieren müssen. In diesen Lagern wird – so die Berichte – militärischer Ablauf bis hin zur Ausbildung an Kleinkaliberwaffen geübt. Später soll die Regel sein, daß Jungen grundsätzlich an den „militärischen Lagern“, Mädchen an den „Zivilverteidigungslehrgängen“ teilnehmen.

Wie bekannt wurde, haben die beiden Kirchen in der DDR „schwerwiegende Bedenken“ gegen diesen „Wehrunterricht“ angemeldet, der nach dem Willen der Regierung den „Sinn der sozialistischen Landesverteidigung“, den „Charakter eines möglichen

Krieges“, die „militärischen Berufe in der DDR“ und die „Bewaffung und Ausrüstung der sozialistischen Armeen“ und die „Unterstützung der Organe der Zivilverteidigung“ der Jugend nahebringen soll.

Es sei noch angemerkt, daß die Zivilverteidigung in der DDR offensichtlich aus dem dortigen Innenministerium ausgegliedert und quasi mit Status einer Teilstreitkraft dem Verteidigungsministerium zugeordnet wurde. Zugleich sollen die Offiziere und Unteroffiziere der Zivilverteidigung seit Januar dieses Jahres steingraue Uniformen tragen; die Kräfte der Zivilverteidigung generell zu den „bewaffneten Organen“ gerechnet werden. Insgesamt dürfte dies der sowjetischen Konzeption von einer den militärischen Anforderungen genügenden Zivilverteidigung entsprechen.

Dank an die mehr als 1500 Helfer des THW

Der Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, hat an die bei der Flutkatastrophe in Süddeutschland eingesetzten THW-Helfer am 19. Juni folgende Dankadresse gerichtet:

„Die unvermutet eintretenden starken Regenfälle haben an vielen Stellen des süd- und südwestdeutschen Raumes zu Hochwasser und als Folge zu Schäden mit teilweise katastrophalem Ausmaß geführt. Menschen, Tiere und Sachgüter gerieten in Gefahr.

Binnen kurzer Zeit wurden rund 100 THW-Ortsverbände alarmiert und mehr als 1500 Helfer eingesetzt. Mit vorbildlicher Tatkraft und Einsatzbereitschaft haben diese THW-Helfer Bergungsarbeiten und Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt. Sie haben Sandsäcke verlegt, Stege gebaut, mit Fähren und Booten gefährdete Personen und Sachen abtransportiert, Trinkwasser aufbereitet und – erstmals bei Hochwassereinsätzen – kilometerlange Trinkwasserleitungen verlegt.

Bei meinen Besuchen im Schadensgebiet habe ich mich davon überzeugen können, daß THW-Helfer mit Umsicht und Engagement alles getan haben, was in ihren Kräften stand, um Gefahr und Not zu verringern. Hierfür danke ich allen an den Einsätzen beteiligten Helfern und denen, die diese Einsätze unterstützt haben.“

Schweres Erdbeben in Nordgriechenland

Am 20. Juni erschütterte ein schweres Erdbeben die nordgriechische Stadt Saloniki und richtete schwere Schäden an. Allein elf Tote wurden aus den Trümmern dieses achtstöckigen Hauses geborgen, das zunächst in zwei Teile brach und dann in sich zusammenstürzte. Zahlreiche Menschen erlitten Verletzungen. Die Einwohner Salonikis verließen fluchtartig die Stadt, die auch an den folgenden Tagen wiederholt von Erdstößen erschüttert wurde. In angrenzenden Gebieten wurde das Beben ebenfalls registriert.



Ulrich Weidner

320 Feuerwehrmänner und THW-Helfer im „Einsatz Bretagne“

Was zählt, ist nicht nur der sichtbare Erfolg

Deutsche Hilfe für die bretonische Küste wurde dankbar anerkannt

Immer, wenn die deutschen Hilfskräfte mit ihren Einsatzfahrzeugen in Trébeurden zum „Hauptquartier“ des deutschen Einsatzstabes im Département Côtes-du-Nord fahren, kommen sie unten am Strand an dem Restaurant mit dem optimistischen Namen „Les roches blanches“, „die weißen Felsen“, vorbei. Die Männer aus Stuttgart, Bonn, Dortmund, Hannover, Mainz, Kiel, Berlin und anderen Orten wissen: Es wird noch lange dauern, bis die Strände und Felsen der bretonischen Küste wieder weiß sind. Die Fracht des bei Portsall gestrandeten Tankers „Amoco Cadiz“ hat auf Hunderten von Kilometern der bretonischen Küste ihre Spuren hinterlassen – einen braunschwarzen, bei starker Sonneneinwirkung immer noch übelriechenden Überzug, der diese herrliche Landschaft schwer belastet (vgl. ZS-MAGAZIN 4/78, Seite 6 ff.).

Ein schwarzer Tag

Am 23. März, mittags um 13 Uhr, erreichte die „marée noire“, die „schwarze Flut“, Trébeurden, einen der Badeorte an der „Küste des rosa Granits“. Dieses Datum ist den Landwirten, Fischern und Hoteliers in schlechter Erinnerung, Zeitungsauschnitte und erste amtliche Berichte über diesen wahrhaft schwarzen Tag hängen fast überall in den Hotels, Cafés und Bistros. Hier in Trébeurden ist nun in einer Segelschule das Quartier des deutschen „Kommandostabes Côtes-du-Nord“, mit Oberbrandrat Brundelius an der Spitze, eingerichtet. Die deutsche Hilfsmannschaft war am



Portsall, Juni 1978: Steil ragt der Bug der zerbrochenen „Amoco Cadiz“ (im Hintergrund) aus dem Meer.



Auf zwei Sonderzügen rollen Fahrzeuge und Hilfsmannschaften in die Bretagne.



Auswaschen des steinigen Strandes mit C-Strahlrohren.

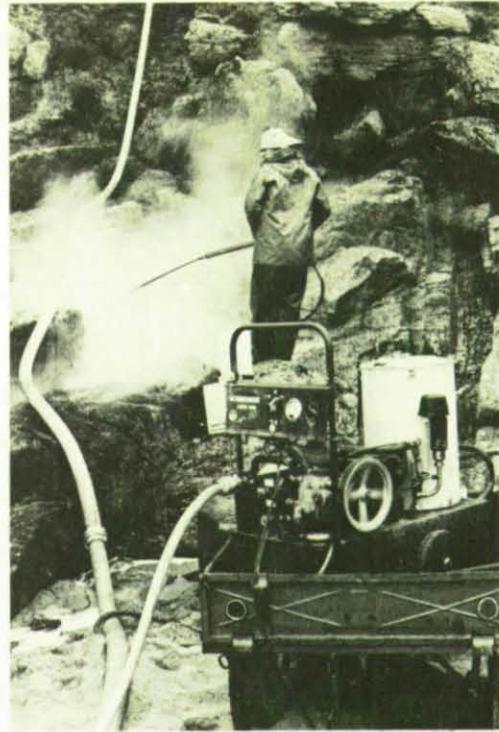
27. Mai per Sonderzug von Saarbrücken aus in die Bretagne gefahren; 160 Feuerwehr- und THW-Männer bilden den Einsatzabschnitt Côtes-du-Nord, eine zweite, etwa gleichstarke Mannschaft in Ploudalmézeau (Département Finistère) den Abschnitt Finistère (vgl. ZS-MAGAZIN 5/78, Seite 16).

Der „unsichtbare“ Erfolg

Die 160 deutschen Helfer in Trébeurden werden unterstützt von rund 200 französischen Soldaten; die französische Einsatzleitung – in Abstimmung mit den örtlichen Bürgermeistern – den Deutschen exponierte Stellen der Küste als Einsatzorte, die vorrangig gesäubert werden sollen, zugewiesen. Oberbrandrat Brundelius stehen 43 Fahrzeuge, 26 Heißwasserstrahlgeräte und 69 C-Ronne an zehn Einsatzstellen zur Verfügung. In den ersten Tagen sinkt bei den deutschen Helfern trotz strahlenden Wetters die Stimmung etwas: Die „sichtbaren“ Erfolge – also eingewaschene Strandabschnitte und Felsen – scheinen den Helfern im Vergleich zu der gesamten ölverseuchten Küste zu klein. Mit einem Heißwassergerät lassen sich pro Tag 30 bis 40 Quadratmeter reinigen – mehr eben nicht. Trotzdem ist Einsatzleiter Brundelius sehr zufrieden mit dem Ergebnis, der „unsichtbare“ Erfolg, der Abbau des Öls, der durch den Zusatz eines „Emulsionsbrechers“ erzielt wird und erst nach Abreise der Deutschen, etwa in vier Wochen, eintreten wird, ist wichtiger:



Zum Reinigen werden Heißwasserstrahlgeräte eingesetzt.



Die Steilküste wird von schwarzbraunen Ölresten befreit.

„Der Schwarzweißeffekt ist nur für die Touristen, entscheidender ist die Tatsache, daß nunmehr eine Verdünnung und ein biologischer Abbau des Öls möglich wird.“ In der Tat, denn das Rohöl hat mit dem Wasser eine Emulsion gebildet, die von den natürlichen Bakterien nicht abgebaut werden kann. Der „Emulsionsbrecher“, der nur im Verhältnis 3:1000 zugesetzt wird, macht das Öl für die Bakterien wieder „verdaulich“.

Wassertransport im Pendelverkehr

Rund 1500 Kubikmeter Süßwasser – Salzwasser würde die Pumpen angreifen – „verarbeiten“ die Trupps im Bereich Trébeurden. Auf unterschiedliche Art und Weise haben die deutschen Feuerwehrmänner dieses Nachschubproblem gelöst. Da an den meisten Einsatzstellen kein Wasser zur Verfügung steht, fahren große Tankfahrzeuge französischer Unternehmen im rollenden Einsatz von einer Hauptentnahmestelle, einem gestauten Bach, jeweils 20 000 bis 25 000 Liter heran. An der Steilküste reicht der Höhenunterschied

von 70 bis 80 Metern, um den entsprechenden Druck zu erzeugen, an anderen Stellen werden Tanklöschfahrzeuge dazwischengeschaltet. Auf den Straßen in Trébeurden herrscht reger Fahrzeugverkehr, Zisternenfahrzeuge sind ständig auf Achse, um die Strahlrohre und Heißwasserstrahlgeräte mit dem benötigten Wasser zu versorgen.

Die Bretonen haben sich an diesen Pendelverkehr schnell gewöhnt, immer wieder hebt man im Vorbeifahren grübend die Hand, und mancher Franzose kennt die Helfer schon persönlich. Die Zusammenarbeit mit dem französischen Militär ist bestens, Einladungen gehen hin und her.

Natürlich macht die Einsatzleitung auch wertvolle Erfahrungen in diesen 14 Tagen: So fehlten die Sprechfunkgeräte, oder zumindest Feldfernsprecher, die sämtlich in Deutschland geblieben sind, da man Störungen im französischen Funkverkehr befürchtet hatte. Es stellt sich jedoch heraus, daß die deutschen Geräte auf ganz anderen Frequenzen als die französischen arbeiten.



Stunde um Stunde wird Stein für Stein gesäubert.



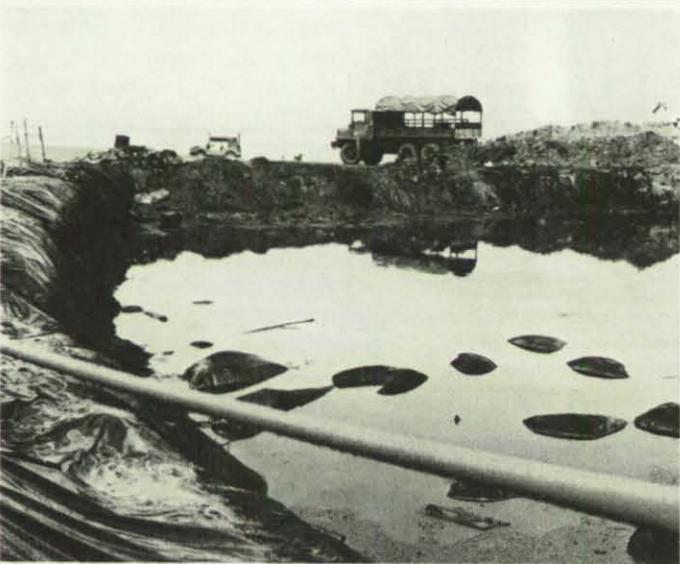
In großen Zisternenfahrzeugen rollt pausenlos Wasser an die Einsatzstellen.



Vorher – nachher: vorn im Bild der rosa Granit (gereinigt), hinten pechschwarze Felsen.



Einsatz der „Wasserkanone“: Aus dem aufgewühlten Sand werden versickerte Ölrückstände ausgeschwemmt.



Die französische Armee hat an vielen Plätzen Sammelbecken für Öl und Ölreste eingerichtet.

Der Kontakt zwischen dem Platz oben an der Steilküste, wo das Wasser eingespeist wird, und der Einsatzstelle am Strand wird durch geradezu mittelalterliche Einrichtungen gehalten. So etwa durch das „Feldtelefon mit zwei Schachthaken“, die wohl größte Erfindung. An der Wasserentnahmestelle W 5 werden sechs Tanklöschfahrzeuge im Pendelverkehr aufgetankt. Eine Füllung dauert etwa eine Minute und 10 Sekunden. Ist ein Wagen vorgefahren, zieht ein Helfer an der Leine, die über einen der bretonischen „Hinkelsteine“ zum Teich führt. Daraufhin schlagen zwei Schachthaken auf ein Blech: Kommando „Wasser marsch!“

Doch davon abgesehen, es wären auch mehr Übergangsstücke für C-Rohre – die französischen passen nicht – erforderlich, Rüstwagen, Führungsfahrzeuge, ein Küchenwagen werden vermisst. Sicherlich sind dies Merkposten für ähnliche Einsätze.

In Ploudalmézeau, fast an der äußersten Spitze Finisterres, liegt der Stab der zweiten deutschen Einsatzgruppe. Oberbrandrat Bött-

cher und seine Männer sind auch räumlich integriert in den französischen Einsatzstab für diesen Küstenabschnitt. Drei Abschnitte wurden an der rund 200 Kilometer langen Küste gebildet, die Einsatzorte liegen, anders als bei der Gruppe im Departement Côtes-du-Nord, weiter auseinander und erschweren so die Versorgung. Die Küste besteht hauptsächlich aus flachen Sandstränden, dies bringt zusätzlich Probleme. Das Wrack der „Amoco Cadiz“, des Super-tankers, liegt hier bei Port-sall direkt an der Küste, Touristen bestaunen den hochaufragenden Bug in den Fluten. In diesem Bereich schwappte die „marée noire“ drei bis vier Meter hoch an den Strand.

Die Folge: Gräbt man an den schon wieder weißen Stränden nur 50 bis 60 Zentimeter tief, so bildet sich am Grunde schnell dunkelbraunes Öl-Wasser-Gemisch. Mit der „Wasserkanone“ der Tanklöschfahrzeuge „schießen“ die Feuerwehrmänner die 5000 Liter Wasser in knapp fünf Minuten in den Sand, wühlen ihn auf; die Ölrückstände sammeln sich in Ablaufrinnen. Eine wahre Sisyphus-Arbeit.

Überall an den Stränden Finisterres trifft man Gruppen französischer Soldaten, allein hier sind 22 Kompanien, also rund 3600 Mann, zur Ölbeseitigung eingesetzt. Sie kommen aus Garnisonen in ganz Frankreich, ja sogar aus Standorten in der Bundesrepublik, und werden im Drei-Wochen-Rhythmus abgelöst.

Geschlossene Einsatztruppe

Die Deutschen arbeiten in diesem Bereich weitgehend selbständig, ohne direkte Unterstützung durch das französische Militär.

Besonders lobt Oberbrandrat Böttcher die Zusammenarbeit der Feuerwehrmänner und der THW-Helfer, die, aus den verschiedensten Orten kommend, eine geschlossene Einsatztruppe bilden. Es geht nicht ums Prestige, es geht um Zweckmäßigkeit. „Warum soll ich meine Männer erst am Heißwasserstrahlgerät ausbilden, wenn die THW-Leute dafür einen vierzehntägigen Lehrgang mitgemacht haben?“ sagt ein führender Feuerwehrmann.

So bedienen und warten die THW-Helfer überwiegend diese Geräte, zumal über gerade diese Apparate einige Klagen laut werden. Sie sind nach Meinung der Einsatzleitung mit nur einem Rohr zu klein, zu wenig leistungsfähig und müssen oft abgestellt werden, weil sie dem Dauerbetrieb nicht gewachsen erscheinen. Die Franzosen verfügen über größere Geräte, die wohl auch nicht so stör anfällig sind. Oftmals bemängelt: Kabel und Stecker schmoren, wenn sie mit Salzwasser in Berührung kommen, immer wieder durch.

Erfahrungsbericht wird erstellt

Der deutsche Hilfeinsatz der insgesamt knapp 320 Männer der Feuerwehr und des THW, der bis zum 10. Juni dauerte, soll noch nicht abschließend beurteilt werden. Der Bundesinnenminister teilte dazu mit, daß beabsichtigt ist, in Abstimmung mit den französischen Behörden einen detaillierten Erfahrungsbericht über Ergebnis und Ablauf der Hilfsaktion zu erstellen. Dieser Bericht soll zugleich Grundlage für weitere Überlegungen zur Optimierung der Schutzmaßnahmen bei Ölunfällen sein.

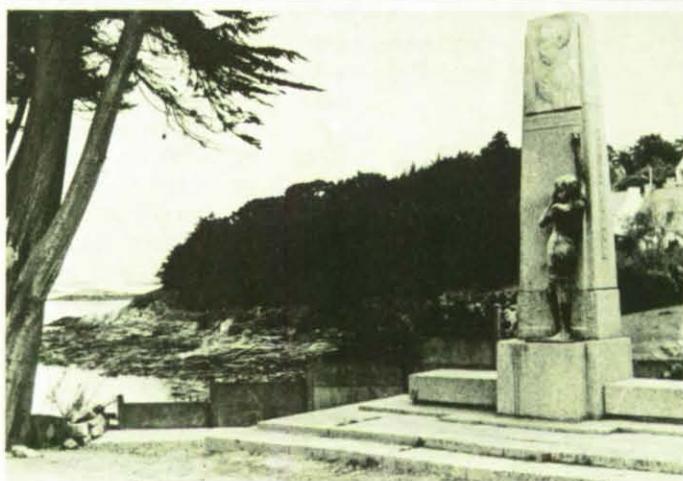
Deutsche Beobachter vor Ort, so DFV-Präsident Bürger, DFV-Bundesgeschäftsführer Voßmeier, THW-Direktor Ahrens und der zuständige Referent für Kata-



Besprechung über den Einsatz der deutschen Hilfskräfte im Bereich Finisterre: Colonel Graff, Chefinspizient der französischen Feuerwehren (rechts), und der deutsche Einsatzleiter Oberbrandrat Böttcher aus Berlin.



Deutsch-französische Verständigung in Trébeurden (Côtes-du-Nord): Eine Landwirt-Familie reicht den Helfern Brot und Wein.



Mehr als ein Symbol – im Vordergrund das Denkmal für den großen französischen Politiker Aristide Briand, im Hintergrund eine Einsatzstelle der deutschen Helfer in Trébeurden.

strophenschutz im Bundesministerium des Innern, Dr. Andrews, haben den Eindruck gewonnen, daß der Einsatz sehr effektiv war.

Die zwei Arbeitsmethoden, – die ölverseuchten Strände

mit Strahlrohren (Zusatz von Lösungsmitteln) aufzuspülen

– die Ölkruste von den Felsen mit Heißwasserstrahlgeräten abzusputzen,

brachten sichtbare Erfolge.

In der französischen Öffentlichkeit wie in der Presse wurde die deutsche Hilfe – geleistet entsprechend dem deutsch-französischen Abkommen über gegenseitige Hilfe bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen – überaus positiv und dankbar anerkannt. Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum hat den deutschen Hilfskräften für ihren vorbildlichen Einsatz seinen Dank ausgesprochen.

Gefahr nicht vergessen

Über die erfreulichen Erfolge, die in der Bretagne erzielt wurden, und über Berichte, daß bald wieder Fischfang an der bretonischen Küste betrieben werden kann, sollten zwei Dinge nicht in Vergessenheit geraten:

- Tausende von Tonnen Ölreste liegen vor der Küste im Meer, ihre Auswirkungen auf Flora und Fauna des Meeres sind noch unbekannt. Forscher wollen in jahrelangen Beobachtungen die Umweltprobleme studieren und Abhilfemaßnahmen entwickeln;

- Am 5. Juli wurde bekannt, daß Ende April ein mit 267 000 Tonnen Rohöl beladener Tanker – also größer als die „Amoco Cadiz“ – vor der südenglischen Küste vom Kurs abgekommen war und auf eine Sandbank zulief. Kompaßversagen – die britische Küstenwacht machte den Tankerkapitän auf diesen fatalen technischen Fehler quasi in letzter Minute aufmerksam. Das Schiff befand sich bereits auf der falschen „Fahrspur“ mit Gegenverkehr. Im Falle einer Kollision oder des Auflaufens wäre eine neuerliche, wohl noch größere Katastrophe wahrscheinlich gewesen. Die Forderungen sicherheitstechnischer Art für Supertanker (siehe ZS-MAGAZIN 4/78) sollten deshalb auf keinen Fall zu den Akten gelegt werden.

125 Jahre Deutscher Feuerwehrverband

„Synthese zwischen Tradition und Fortschritt“

4. Landesfeuerwehrtag in Baden-Württemberg – Präsident Albert Bürger einstimmig wiedergewählt – Eindrucksvolle Selbstdarstellung

Die schwäbische Kreisstadt Böblingen wurde zwischen dem 8. und 12. Juni von einer Farbe beherrscht: dunkelblau – der Farbe der Feuerwehruniformen.

Rund 20 000 Mitglieder der Freiwilligen, Berufs-, Werks- und Jugendfeuerwehren des Landes Baden-Württemberg, der übrigen Bundesländer und des Auslandes trafen sich zum 4. Landesfeuerwehrtag des „Muschterlände“ und – historisch noch bedeutsamer – zur 125-Jahr-Feier des Deutschen Feuerwehrverbandes. Die Großveranstaltung wurde durch Schauübungen, Wettkämpfe, Ausstellungen und zahlreiche Würdigungen prominenter Gäste zur eindrucksvollen Selbstdarstellung der deutschen Feuerwehren.

Immerhin sind in der Bundesrepublik 950 000 Bürger in den Feuerwehren zusammengeschlossen, wobei den Hauptanteil die Freiwilligen Feuerwehren mit rund 815 000 Mitgliedern stellen, gefolgt von den Jugendfeuerwehren mit 76 000, den Werksfeuerwehren mit 40 000 und den Berufsfeuerwehren mit 19 000 Mitgliedern. Rund 2,2 Millionen Einsätze werden pro Jahr geleistet. Damit sind die Feuerwehren die größte Hilfs- und Rettungsorganisation in der Bundesrepublik.

Kameradschaftsbund gegründet

Sehr zufrieden mit den Leistungen – so konnte man dem Tätigkeitsbericht entnehmen – war der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger, der bei dem zuvor stattfin-



Zahlreiche prominente Gäste waren zum Festakt anlässlich des 125jährigen Bestehens des Deutschen Feuerwehrverbandes erschienen (von links nach rechts): der Präsident des CTIF und Wiener Polizeichef, Holaubek; der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Schmitt-Vockenhausen; Bundesminister Hauff; der Präsident des baden-württembergischen Landtages, Ganzenmüller; Bundespräsident Walter Scheel; DFV-Präsident Bürger und der baden-württembergische Innenminister Späth.

denden außerordentlichen Delegiertentag einstimmig zum sechsten Mal wiedergewählt wurde. Ferner wurde bei dem Delegiertentag beschlossen, einen Kameradschaftsbund für altgediente Feuerwehrleute zu gründen.

Festakt in Plochingen

Den ersten Höhepunkt bildete dann der Festakt zum 125. Gründungstag des Deutschen Feuerwehrverbandes in Plochingen, wo der Verband am 18. Juni 1853 von dem damaligen Kommandanten der Ulmer Feuerwehr, Conrad-Dietrich Magirus, im Gasthof „Zum

Waldhorn“ gegründet worden war (siehe auch ZSMAGAZIN 5/78). Pünktlich auf die Minute landete der Hubschrauber mit Bundespräsident Walter Scheel an Bord, ein Spielmannszug der Feuerwehr intonierte einen Marsch, der Bundespräsident schritt die Ehrenformation ab, Kameras surrten und die Zaungäste klatschten.

Albert Bürger begrüßte die zahlreichen Ehrengäste, so neben dem Bundespräsidenten den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Schmitt-Vockenhausen, den Präsidenten des Landtages von Baden-Württemberg, Ganzenmüller, Bundesminister Hauff, Landes-

minister Späth sowie den Präsidenten des CTIF, Holaubek, und ausländische Delegationen, die aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Luxemburg, Polen, Jugoslawien, Italien und Österreich angereist waren.

Demokratie erhalten

Der besondere Gruß des DFV-Präsidenten galt natürlich dem Bundespräsidenten: „Dankbar entbiete ich Ihnen im Namen meiner Kameraden respektvolle Grüße. Nehmen Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident, als Staatsoberhaupt



Die beiden Festredner: Walter Scheel und Albert Bürger.

des freien deutschen Volkes unsere Versicherung entgegen, daß wir Feuerwehrmänner heute und in aller Zukunft bereit sind, selbstlos und auch aufopfernd unseren humanitären Dienst für den Nächsten zu erfüllen. Wir werden weiterhin mitwirken, durch unser Engagement und unsere Pflichterfüllung im Rahmen der inneren Sicherheit die freiheitliche Demokratie und damit den Frieden für unsere Heimat zu erhalten." Weiter betonte Bürger in seiner Rede, daß sich die Staatsform seit Bestehen des Deutschen Feuerwehrverbandes bereits fünfmal geändert habe, die Einstellung und Motivation der Feuerwehren hingegen die

Albert Bürger



Walter Scheel



Prof. Ganzenmüller



Lothar Späth



Hermann Schmitt-Vockenhausen



Bundesfeuerwehrpräsident Widder (Wien) überbrachte die Glückwünsche der ausländischen Feuerwehr-Delegationen.



gleiche geblieben, trotzdem aber nicht antiquiert sei. „Wir haben in den zurückliegenden 125 Jahren die Synthese zwischen Tradition und Fortschritt gefunden und werden danach in der Zukunft handeln.“

Einflüsse von außen nicht erwünscht

„Seit der Gründerzeit bis auf den heutigen Tag lebt das Feuerwehrwesen aus seiner ihm innewohnenden Kraft. Es bedurfte und bedarf auch in Zukunft nicht des äußeren Einflusses, um sich laufend der gesellschaftspolitischen Entwicklung anzupassen. Die Feuerwehren sind ein Teil unseres Volkes, rekrutieren sich aus allen seinen Schichten, nehmen Anteil an allen Entwicklungen in unseren Gemeinden, werden mit allen Technologien, die sich im Rahmen des Brand-schutzes progressiv darstellen, konfrontiert. Das ist auch in der Zukunft der Nährboden, auf dem die Feuerwehren stehen werden und auf dem wir auch unsere Jugendfeuerwehren erziehen wollen. Und hier wünschen wir im Rahmen unserer bewährten Selbstverwaltung möglichst keine Einflüsse von außen, weil wir seit 125 Jahren bewiesen haben, daß wir auf eigenen Beinen stehen. Wir wünschen aber eine Förderung dieses, unseres Bemühens durch die Parlamente, durch die staatlichen und kommunalen Verwaltungen, die über das bisherige geübte Maß hinausgehen sollen. Eine solche Förderung sehe ich in einer Einschränkung der bürokratischen Maßnahmen in unserem Dienst . . . Was wir im Rahmen der Entwicklung des Katastrophenschutzes an Überverwaltung und teilweiser Mißachtung gewachsener Werte und freiheitlicher Rechte erleben, kann nicht immer als Förderung des Feuerwehrwesens bezeichnet werden. Wir erhoffen uns durch die Novellie-

rung der Katastrophenschutzgesetzgebung des Bundes mit entsprechenden Nachwirkungen auch bei den Ländern eine Entlastung von der Bürokratie und eine stärkere Achtung unserer Selbständigkeit. Der deutsche Brandschutz lebt von der Begeisterung seiner Feuerwehrmänner und ihren Leistungen im Einsatz und nicht vom Willen der Bürokratie.“

Schmerzlicher Prozeß

Speziell zum Katastrophenschutz erklärte Bürger, die heutige vielschichtige Gesellschaft verlange auch von den Feuerwehren weit mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, um dem Konkurrenzdenken ebenso vorzubeugen wie Doppelorganisation und Mittelverschwendung zu verhindern.

„Ich glaube, es gehört zur Aufgabe der politisch Verantwortlichen, nunmehr eine Kanalisation der hilfswilligen Kräfte zum Vorhandenen einzuleiten und eine den Bedürfnissen und den Mitteln entsprechende Aufgabenverteilung in der Leistung humanitärer Hilfe und Abwehr von Katastrophen zu überlegen. Dies kann ein schmerzlicher Prozeß werden, er wird nicht zu umgehen sein, wenn wir künftig eine starke Abwehr gegen Gefahren für unser Volk wünschen.“

Dabei könnte ein Blick über die Grenzen der Bundesrepublik vielleicht hilfreich sein.“ Abschließend strich Bürger noch einmal das Selbstverständnis der Feuerwehren heraus: „Wir alle lieben unsere Heimat und unseren Lebensraum. Wir alle dienen unserem deutschen Volk und wünschen dabei mit allen, diesseits und jenseits der Grenzen, friedlich zusammenzuleben. Weil wir unser eigenes Leben lieben, sind wir bereit, das Leben anderer zu schützen. Weil wir unsere Freiheit lieben, wollen wir uns durch Haltung und

Leistung diese Freiheit erhalten. Das deutsche Volk kann sich auf seine Feuerwehren verlassen, sie sind allezeit bereit zu dienen und zu helfen, weil sie damit dem Frieden dienen.“

Idee des Dienens

Für den Landtag Baden-Württemberg sprach dann Landtagspräsident Erich Ganzenmüller. Er freute sich ganz besonders, daß der Bundespräsident zu dieser Veranstaltung und damit auch nach Baden-Württemberg gekommen sei. Es sei auch kein Zufall, daß zur Zeit in diesem Bundesland über ein neues Katastrophenschutzgesetz beraten würde. Dies sei nicht zuletzt das Verdienst

von Albert Bürger. Er betrachte die Feuerwehr als eine Keimzelle der Demokratie, weil sie der Idee des Dienens verpflichtet sei und dies auch wolle.

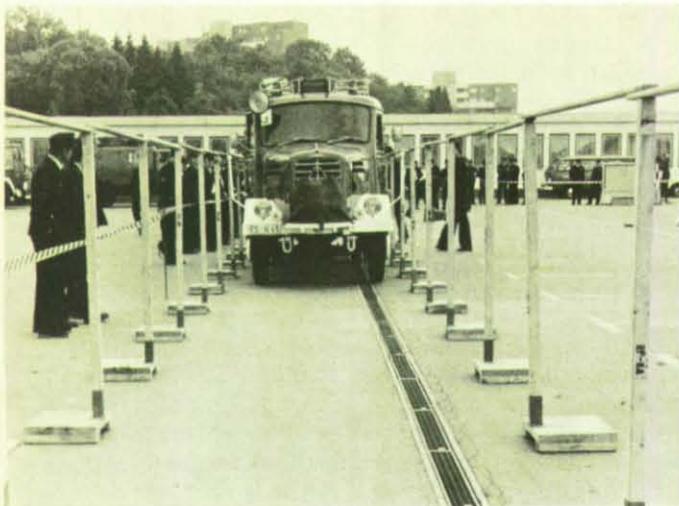
Für die Landesregierung ergriff Innenminister Lothar Späth das Wort und überbrachte die Grüße von Ministerpräsident Filbinger: „Wir wissen, was wir an unserer Feuerwehr haben. Das konnte man erst kürzlich bei der Hochwasserkatastrophe sehen. Als die Behörden noch in der Erfassung der Lage steckten, stand die Feuerwehr bereits mitten im Einsatz.“ Man wisse auch, daß das Geld für die Feuerwehr richtig eingesetzt werde, wenn man das freiwillige Engagement und den Einsatz für die Mitbürger mitrechne.



Bei den Wettkämpfen konnte auch der Laie sehen, was es heißt, „schnell wie die Feuerwehr“ zu sein.



Beim Hindernislauf ging es in voller Ausrüstung auch durch ein Rohr.



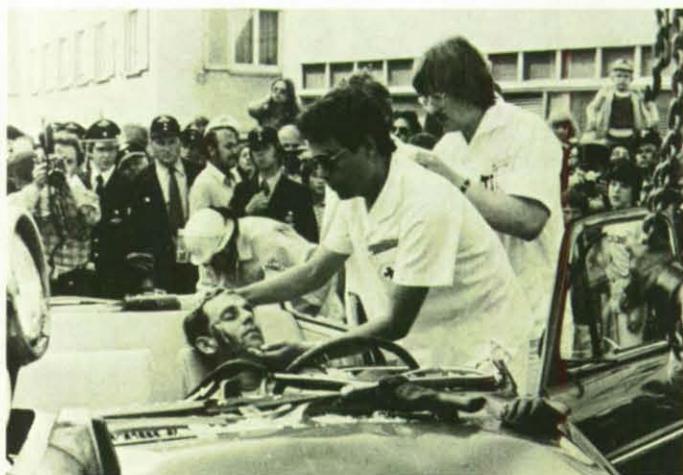
Beim Geschicklichkeitsfahren zeigten die Einsatzfahrer, daß sie auf den Zentimeter genau fahren können.



Links: „Wir waren die Besten!“ jubelte der Junge und steckte mit seiner Freude auch Innenminister Lothar Späth und DFV-Präsident Albert Bürger an. – Rechts: Bei einer Feuerwehrrübung im Zentrum Böblingens wurde demonstriert, wie schnell und fachgerecht nach einem Autounfall geholfen wird.



Der Musikzug der Jugendfeuerwehr Stuttgart-Weilmordorf in malerischen Kostümen.



Größte Bürgerinitiative

Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Schmitt-Vockenhausen, MdB, betonte, daß das Verhältnis zwischen Feuerwehren und kommunalen Spitzenverbänden hervorragend sei. Die Feuerwehr sei die größte Bürgerinitiative – und das bereits zu einer Zeit gewesen, als es diesen Begriff noch gar nicht gegeben habe. Hunderttausende junger Menschen motivieren und aktivieren könne das beste Gesetz nicht, das schaffe nur die Feuerwehr. Und gerade die Freiwillige Feuerwehr bilde das Rückgrat des Katastrophenschutzes. Deshalb müsse auch die Novellierung des Feuerschutzsteuergesetzes vorangetrie-

ben werden, um eine weitere gute Ausbildung und Ausrüstung zu garantieren. Der österreichische Bundesfeuerwehrpräsident Widder sprach das Grußwort für die ausländischen Feuerwehr-Delegationen und betonte, daß dieser eindrucksvolle Festakt die internationale Nächstenhilfe sichtbar hervorhebe. Man könne nicht genug Achtung vor der Feuerwehr haben, da sie menschliches Wesen verteidige und schütze, völkerverbindend wirke und so ein Garant für den Frieden sei.

Bundespräsident Walter Scheel wandte sich in seiner Festrede auch an die Feuerwehrfrauen, deren Zahl im Deutschen Feuerwehrverband langsam zunehme. „Meine Herren, vielleicht wäre es kein

schlechter Gedanke, sich stärker um die Mitgliedschaft von Frauen zu bemühen. Ich würde mich jedenfalls von einer Frau ‚an der Spritze‘ nicht schlechter geschützt fühlen als von einem Mann.“ Zur allgemeinen Klage, daß der einzelne Bürger immer mehr verwaltet würde, sagte Scheel:

„Der Staat ist mit seinen komplizierten Verwaltungsapparaten nicht allein schuldig an dieser Entwicklung. Zu viele Bürger lassen sich allzu bereitwillig mehr und mehr Aufgaben abnehmen, an deren Lösung sie durchaus aktiv mitarbeiten könnten. Wir müssen uns alle fragen: Was unternehmen wir selbst, um uns notwendige Freiheitsräume zu bewahren? Ein demokratischer Staat braucht nicht allein politische Freiheit.

Er ist auf die Mitwirkung der Bürger in allen Bereichen des täglichen Lebens angewiesen. Zum Glück gibt es für jeden von uns viele Möglichkeiten, etwas Vernünftiges zu tun. Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein ausgezeichnetes Beispiel, das Geschichte hat.“

Freude über Freiwilligkeit

Es freue ihn auch besonders, daß die Überzahl der Freiwilligen Feuerwehren so groß sei. „Die Zahlen beweisen, daß in unserem Lande sehr viele Menschen leben, die aus freiem Entschluß eigenverantwortlich zum Wohle ihrer Mitbürger arbeiten, und das neben ihrem eigentlichen Beruf. Damit nicht genug: Die

Gemeinden sparen durch die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren viel Geld. So kann in Städten bis zu 150 000 Einwohnern auf die Einführung einer Berufsfeuerwehr verzichtet werden, wenn sie nicht besonders gefährdete Objekte beherbergen und sich genügend Freiwillige finden, die den Feuerschutz gewährleisten. In einzelnen Städten soll die Einsparung dadurch bis zu einer Million Mark jährlich betragen.

Darüber freuen sich nicht nur die Stadtkämmerer, sondern alle Bürger, die Steuern zahlen." Zum selbstlosen Einsatz der Feuerwehren sagte Scheel: „In ihrem selbstlosen Dienst für uns alle bringen Sie Opfer. So sollten wir auch derjenigen gedenken, die bei der Bekämpfung von Brandkatastrophen ihr Leben verloren. Ich begrüße es sehr, daß eine große Zahl sehr junger Menschen bei den Freiwilligen Feuerwehren mitmacht. Wenn es einem Verband mit zum Teil schwierigen Aufgaben gelingt, 76 000 Jungen und Mädchen unter 17 Jahren für den Dienst an der Gemeinschaft zu gewinnen, dann ist das ein ermutigendes Zeichen für alle, die sich um unsere Jugend sorgen. Beziehen wir die Jugendlichen in die Verantwortung ein, dann werden sie auch lernen, Verantwortung zu tragen. Es ist ein sinnvolles und vielleicht prägendes Erlebnis, wenn ein Jugendlicher in seiner Gemeinde mithelfen kann, einen Brand zu löschen, eine Flutkatastrophe zu bekämpfen, seinen bedrohten Mitbürgern zu helfen. Wer in jungen Jahren für die Gemeinschaft einspringt, wird weit besser als durch theoretische Belehrung verstehen, daß er von der Gesellschaft und vom Staat nicht nur Leistung fordern kann, sondern selbst etwas leisten muß. Ganz unabhängig von ihrer täglichen Arbeit im Betrieb oder im Büro wird den jungen Menschen klar, daß

sie dazugehören, daß ihre Leistungen gefordert werden und daß sie imstande dazu sind. Kurz: Daß sie gebraucht werden."

Dank für die Arbeit

Bei allen ernstesten Überlegungen dürfe man aber nicht vergessen, daß es auch Spaß mache, bei der Feuerwehr zu sein. „Ich selbst weiß aus eigener Erfahrung im Vereinsleben, wie schön es ist, sich abends im Kreis seiner Freunde zu treffen, und es dürfen auch Feste gefeiert werden. Und jeder weiß, auf Feuerwehrfesten ist etwas los. Daher bin ich auch gern Ihrer Einladung zum heutigen Feuerwehrjubiläumstag gefolgt. Die Leistungen der Feuerwehren verdienen Anerkennung. Ich freue mich, allen Feuerwehrleuten, auch Ihren heute hier nicht anwesenden Kollegen, für Ihre Arbeit danken zu können."

Nach dem Festakt traf man sich an der „Wiege" des Deutschen Feuerwehrverbandes, im Gasthof „Zum Waldhorn", zum Empfang und zur Enthüllung einer Jubiläumstafel.

Sportliches Programm

Sehr viel weniger feierlich, dafür um so sportlicher ging es am nächsten Tag in Böblingen zu. 15 Jugendfeuerwehren aus der Bundesrepublik traten zu den zweiten Bundesausscheidungen für den Internationalen Jugendfeuerwehr-Leistungsbewerb an. Die beiden erstplatzierten deutschen Mannschaften vertreten nächstes Jahr die Deutsche Jugendfeuerwehr bei den Internationalen Leistungsbewerben in Niederösterreich. Die Gruppen hatten einen Feuerwehr-Hindernislauf und einen leichtathletischen Teil zu bestreiten. An ausländischen Gruppen waren zwei aus den Niederlanden und zwei aus Österreich beteiligt.



Über die Drehleiter wurde dieser „Verletzte" bei der Übung aus dem fünften Stock geborgen.



Mit Geduld und Liebe widmen sich die Jugendfeuerwehren dem Modellbau.



Auch die Philatelie kam nicht zu kurz. Hier zeigt ein österreichischer Feuerwehrmann seinem deutschen Kollegen die Kleinodien seiner Sammlung.



20 000 Feuerwehrleute versammelten sich zur Schlußkundgebung und formierten sich anschließend zum großen Festzug.

Bei den Wettkämpfen der „Großen“ waren Mannschaften aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Jugoslawien, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik vertreten. Sie hatten Schlauchleitungen zu verlegen und mußten in voller Montur einen Hindernislauf absolvieren. Eine Geschicklichkeitsprüfung für Einsatzfahrer der Feuerwehren und ein Crosslauf rundeten das sportliche Porgramm ab. Doch auch auf dem musikalischen Sektor hatte dieser Landesfeuerwehrtag etwas zu bieten: 47 musiktreibende Züge mit insgesamt rund 1400 Musikern bliesen und trommelten um die Wette. Vom „Hohenfriedberger“ bis zum bayerischen Defiliermarsch war alles zu hören, was zur Marschmusik gehört. Insgesamt gibt es in der Bundesrepu-

blik an die 35 000 Musiker in den Feuerwehren, somit gehört die Feuerwehr auch mit zu den größten Vereinigungen musiktreibender Züge auf Bundesebene.

(Über die Ergebnisse der verschiedenen Wettbewerbe wird das ZS-MAGAZIN in der nächsten Ausgabe berichten.)

Riesiger Fahrzeugpark

Stillter, doch nicht weniger konzentriert ging es bei den Fachseminaren zu. Man sprach über Brandschutz in Hotels und Touristikzentren, die Feuerwehrärzte tagten und die feuerwehrtechnischen Aufsichtsbeamten, last not least der Fachnormenausschuß.

Für technisch Interessierte: Unübersehbar ein riesiger Fahrzeugpark mit allem, was zur Brand- und Kata-

strophienbekämpfung notwendig ist. Die Ergebnisse eines Fotowettbewerbs, eines Modellbauwettbewerbs, eine Ausstellung „Philatelie und Feuerwehr“ und schließlich die Arbeiten von baden-württembergischen Schulkindern zum Thema „Feuer“ rundeten das visuelle Beiprogramm hervorragend ab.

Gesellschaftliche Potenz

Welche gesellschaftliche Potenz die Feuerwehr in unserem Land bildet, wurde deutlich bei der abschließenden großen Kundgebung der Feuerwehren. Da sah man an die 20 000 Feuerwehrmänner und -frauen, die sich zum Festzug durch Böblingen formierten. Nicht zuletzt an den alten Fahnen und Bannern konnte man sehr deutlich erkennen,

wie hoch auch die Tradition bei den Feuerwehren gehalten wird. Präsident Bürger sprach von der integrierenden Kraft der Feuerwehren für ein geeintes Europa, weil man sich – siehe Ölkatastrophe in der Bretagne – auch über die Grenzen hinweg helfe, wenn Not am Mann sei. Landesinnenminister Lothar Späth hob den Idealismus und das Demokratiebewußtsein der Feuerwehrleute hervor und meinte, die Feuerwehr sei ein Angebot und ein Platz für die Jugend.

Für seine Verdienste um das Feuerwehrwesen wurde DFV-Präsident Albert Bürger am Vorabend seines 65. Geburtstages das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland von Innenminister Späth – im Auftrag des Bundespräsidenten – überreicht.

„Wir haben uns etwas vorgemacht“

Die kommunalen Spitzenorganisationen nahmen zum Thema „Zivilverteidigung“ kritisch Stellung

Wichtige Themen standen zur Diskussion

Fragen der Zivilverteidigung standen auf der Tagesordnung zweier Hearings, zu denen die Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der verschiedenen Verwaltungsebenen eingeladen hatte. Bereits im letzten Jahr waren die Hilfsorganisationen zu einer Anhörung zur gleichen Thematik eingeladen worden (siehe ZS-Magazin 12/77 und 1/78).

An dem Hearing mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände nahmen seitens der CDU/CSU teil: die Abgeordneten Paul Gerlach (Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“), Hermann Biechele, Alfred Biehle, Werner Broll, Dr. Paul Laufs, Dr. Karl Miltner, Hans-Adolf de Terra und Irma Tübler. Als Sachverständige sprachen: die Beigeordnete Schleberger (Deutscher Städtetag), Körner (Deutscher Städte- und Gemeindebund) und Dr. Seele (Deutscher Landkreistag). Als Gäste waren Dr. Paul Wilhelm Kolb (Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz), Brigadegeneral Wilhelm Grunewald, Generalmajor Ulrich Hantel und Günter Nonninger anwesend.

Grundlage der Ausführungen und der Diskussion bildete ein Fragenkatalog zu folgenden Themen:

- welche Bedeutung aufgrund der geostrategischen Lage des jeweiligen Verwaltungsbezirks Zivilverteidigung und Katastrophenschutz haben;
- ob die derzeitigen gesetzlichen, administrativen und finanziellen Vorgaben dieser Bedeutung gerecht werden;
- wie Organisationsstruktur, Ablaufstruktur und Führungsstruktur zu beurteilen sind;
- wie es um den Einsatzwert der Einheiten und Einrichtungen steht;
- wie das Verhältnis der Verwaltung zu den Hilfsorganisationen und den zuständigen militärischen Stellen ist;

- welchen Stellenwert die Zivilverteidigung in der Verwaltungsarbeit hat;
- wie sich die zivil-militärische Zusammenarbeit abspielt;
- wie der Zustand der präventiven Vorsorge (Selbstschutz, Schutzraumbau, Nahrungsmittelbevorratung und stationäres Sanitätswesen) zu beurteilen ist.

Keine Aufgabe erster Priorität

Zu diesem Fragenkomplex nahm als erster Beigeordneter Schleberger Stellung: „Was die Bedeutung der Zivilverteidigung, des Katastrophenschutzes, in den Kommunen angeht, so muß man sicherlich von Anfang an vor Augen haben, daß hier ein sehr enger Zusammenhang zum Katastrophenschutz in Friedenszeiten besteht. Zu den Aufgaben also, die die Kommunen als Auftragsangelegenheit oder Pflichtaufgabe, zur Erfüllung nach Weisung, zu erfüllen haben, im Zusammenwirken mit Feuerwehr, Krankentransport- und Rettungsdienst und mit den übrigen Fachdiensten . . . Dabei muß ich allerdings deutlich sagen, daß selbstverständlich Zivilverteidigung und Katastrophenschutz im Rahmen des großen Bündels von kommunalen Aufgaben sicherlich keine Aufgabe von erster Priorität ist. Auf der anderen Seite nehmen wir aber den gesetzlichen Auftrag zur Erfüllung dieser Aufgabe sehr ernst und versuchen, das Bestmögliche bei den gegebenen Verhältnissen daraus zu machen.“

Konzept nicht finanzierbar

Zur Frage nach den gesetzlichen, administrativen und finanziellen Vorgaben: „Ich darf mit den finanziellen Aspekten beginnen. Hier meine ich, und das darf ich einmal ganz deutlich sagen, haben wir der Bevölkerung etwas vorgemacht. Wir haben ein großes Konzept auf die Beine gestellt; wir haben einen administrativen Aufbau geschaffen, aber die notwendigen Mittel zur Erfüllung dieses Konzepts haben gefehlt . . . Wir haben uns etwas vorgemacht und wir haben der Bevöl-

kerung etwas vorgemacht, es war unehrlich, weil dieses Konzept nicht finanzierbar war und auch die politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen nicht bereit waren, es in überschaubarer Zeit überhaupt finanzierbar zu machen . . .“

Administration überfrachtet

Zur Administration: „Hier muß ich darauf hinweisen, daß wir den Eindruck haben, und auch die Überzeugung haben, daß die Administration eigentlich überfrachtet ist. Daß wir an einem Zuviel von Administration leiden, daß wir an einem Zuviel von Vorschriften leiden; es gibt immerhin 25 Verwaltungsvorschriften auf diesem Gebiet, von denen jede so ungefähr den Umfang und die Dicke eines normalen Gesetzgebungswerkes hat. Es gibt, wenn ich es recht sehe, so ungefähr 30 Ausbildungspläne in diesem Bereich. Das alles mag stimmig sein, mag plausibel sein, mag richtig sein, wenn man das an dem alten Konzept mißt. Aber es war eben aufgebaut auf diesem Konzept, das nicht finanzierbar war, und das wohl auch in überschaubarer Zeit nicht finanzierbar sein wird, so daß, es ist einmal das Wort gefallen, die Zivilverteidigung sich wie ein großer Generalstab ohne Truppe darstellte, ohne entsprechende ausgerüstete Truppe . . .“

Kein schlechtes Gesetz

Zu den gesetzlichen Vorgaben: „Das Gesetz von 1968 war alles in allem sicherlich kein schlechtes Gesetz. Es ist nun gerade auch von den Hilfsorganisationen wiederholt die Frage aufgeworfen worden: Reicht dieses Gesetz eigentlich nicht, und ist das, was jetzt zu machen ist, nicht machbar über ein Programm, das im Wege des Erlasses in die Welt gesetzt werden könnte? Wir meinen, daß eine reine Programmregelung durch Erlass nicht ausreichend ist, und zwar darf ich dafür einige wenige Gründe nennen. Zunächst ist das, was im Gesetz von 1968 steht, gemessen an rechtstaatlichen Anforderungen, unzurei-

chend. Es sind viele Eingriffe gegen Personen und Zugriffe auf Sachen notwendig, die nicht allein mit dem Bundesleistungsgesetz zu bewältigen wären, und diesen Anforderungen sollte auch das Gesetz für den Katastrophenschutz entsprechen. Es ist sicherlich auch notwendig, die Vorschriften über die Organisation, über die Stellung des Hauptverwaltungsbeamten, seinen Stab, im Gesetz zu verdeutlichen; das, was jetzt darin steht, ist sicherlich unzureichend; hier wird es allerdings darauf ankommen, das rechte Maß zu finden . . ."

Organisation vereinfachen

Zu Organisations-, Ablauf- und Führungsstruktur: „Die Organisation sollte nach unserem Dafürhalten vereinfacht und gestrafft werden. Bei der Führungsstruktur sind Verbesserungen notwendig, insbesondere erhoffen wir uns von dem Modell der Katastrophenschutzleitungen, der technischen Einsatzleitungen, das vom Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz ausgearbeitet worden ist, eine wesentlich bessere Grundlage für die künftige Führungsstruktur von technischer Einsatzleitung zu Katastrophenschutz; wir halten dieses Modell alles in allem doch für eine brauchbare Grundlage, die man vielleicht noch verfeinern kann, die aber doch wohl schon einen guten Schritt nach vorne darstellt.“

Veraltetes Material

Einsatzwert der Einheiten und Einrichtungen: „Das Material ist in wesentlichen Bereichen total veraltet; mehr als 50 % des Materials ist älter als zwölf Jahre. Das, was an sich bisher hätte aufgestellt werden müssen, konnte noch gar nicht voll aufgestellt werden. Das Verhältnis zu den Hilfsorganisationen ist, ich kann nicht nur sagen alles in allem, sondern eigentlich durch die Bank gut. Das hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, daß auch wichtige Positionen bei den Hilfsorganisationen oft durch leitende Kräfte der Kommunalverwaltung wahrgenommen werden. Wir meinen allerdings, das geht vielleicht etwas auseinander gegenüber den Vorstellungen der Hilfsorganisationen, daß immer klar sein muß, daß die Aufgabenverantwortung bei den Verwaltungschefs der Kommunen liegt und daß über die Verwaltungschefs die Mitwirkung der Hilfsorganisationen zu organisieren ist.“

Verständnis unzureichend ausgeprägt

Zivil-militärische Zusammenarbeit: „ . . . Eine solche Zusammenarbeit fand weitgehend nicht statt. Ich muß annehmen, das hing und hängt etwas damit zusammen, daß bei den Militärs das Verständnis für die Notwendigkeiten der Zivilverteidigung eigentlich doch ziemlich unzureichend ausgeprägt war. Es ist ja bekannt, daß wiederholt auch von den verantwortlichen Militärs, von Generälen etwa, im Haushaltsausschuß und Verteidigungsausschuß die Zivilverteidigung sehr stark heruntergespielt worden ist. Wir sind dagegen der Auffassung, daß jede militärische Verteidigung im Grunde sinnlos ist, wenn es nicht gelingt, den Mindestschutz für die Zivilbevölkerung sicherzustellen. Beides muß Hand in Hand gehen, sonst haben die Zig-Milliarden-Aufwendungen für die Bundeswehr keinerlei Sinn.“

Wir meinen auch, daß hier einiges möglich ist, nicht nur was das gegenseitige Verständnis angeht . . . sondern, daß man auch das, was etwa bei der Aussonderung von Material bei Bundeswehr freigesetzt wird . . . für die Ausstattung der Zivilverteidigung nutzbar macht. Wir haben wiederholt davon erfahren, daß beispielsweise Rettungsscheren, die bei der Bundeswehr noch völlig verpackt nach gewissen Jahren ausgesondert worden sind, dann verschleudert worden sind an die Firmen, die das militärische Material hinterher verwerten, obwohl gerade solche Scheren dringend für Zwecke der Zivilverteidigung verwendbar gewesen wären . . . Wenn hier schon einiges an Millionenwerten weiter nutzbar gemacht werden könnte, würde das einen erheblichen Entlastungseffekt für den öffentlichen Haushalt insgesamt haben.“

Struktur und Aufgaben des BVS

Präventive Vorsorge: „Wir haben den Bundesverband für den Selbstschutz; der Bundesverband für den Selbstschutz ist gerade, was die Städte angeht, von dort her immer wieder unterstützt worden . . . Wir haben allerdings den Eindruck, daß trotz mancherlei Bemühungen in den vergangenen Jahren die 50 Mio. Mark, die hier jährlich ausgegeben werden, im Grunde effektiver ausgegeben werden könnten, hier müßte weiter noch über

eine Veränderung der Struktur und der Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz nachgedacht werden.“

Zumindest ein Grundschutz

Zum Schutzraumbau: „Wir halten hier eine klare Aussage für notwendig; und zwar eine Aussage dahin, daß eine Schutzbaupflicht begründet werden müßte . . . Die Situation jetzt ist im Grunde völlig indiskutabel, daß kein Mensch im Fall X weiß, wohin er gehen soll, wenn einmal etwas passiert. Wir müssen unsere Bemühungen darauf richten, auch mit relativ bescheidenen Mitteln zumindest einen Grundschutz zu erreichen . . . In dem Zusammenhang darf ich ein besonderes Problem ansprechen, das gerade bei unseren Städten, ich muß schon sagen, auf Unverständnis und zum Teil Empörung stößt. Ich meine die Besitzaufgaben an alten Schutzbauten, die noch nicht instand gesetzt sind und noch nicht nutzbar gemacht worden sind aus dem letzten Krieg . . . Die Bundesvermögensverwaltung gibt nun den Besitz an diesen alten Bunkern auf mit der Begründung, aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts – und des Bundesgerichtshofes im besonderen – sei klar gestellt worden, daß die alte Rechtsauffassung irrig sei, daß das eben kein übergegangenes Reichsvermögen sei, sondern daß das Eigentum an diesen Schutzbauten den Kommunen, also den Grundstückseigentümern, zustehe und daß sie deswegen sich darum nicht mehr zu kümmern brauchen. Ergebnis also: Diese Schutzbauten, die mit relativ bescheidenen Mitteln nutzbar gemacht werden könnten, verrotten weiter . . .“

Stationäres Sanitätswesen: „ . . . Wir sind dabei, ein modernes Rettungssystem aufzubauen; dies kostet ganz erhebliches Geld. Die Länder sind unterschiedlich bereit, die Finanzierung dieses Sanitätswesens mitzutragen. Wir meinen, daß hier auch verstärkt gerade von staatlicher Seite eingestiegen werden müßte und daß man den Aufbau für den Krankentransport und Rettungswesen nicht im wesentlichen den Kommunen überlassen dürfte.“

Hoher Stellenwert

Weitere Aspekte zu den Ausführungen des Beigeordneten Schleberger brachte Beigeordneter Dr. Seele

(Deutscher Landkreistag) in die Diskussion: „... Ich meine, wichtiger als die Neufassung des Gesetzes über den erweiterten Katastrophenschutz sind viele andere Dinge, insbesondere die Ausweitung der finanziellen Mittel, die Inpflichtnahme der Helfer im Verteidigungsfall, die stehen ja dann in dem Fall überhaupt nicht zur Verfügung; Gesundheitssicherstellungsgesetz zum Beispiel; vielleicht sogar auch die Zusammenfassung des Gesetzes über den erweiterten Katastrophenschutz mit dem Zivilschutzgesetz, einfach um die Rechtsverhältnisse der Helfer auch zu vereinheitlichen.

Wir würden in solch einer Vereinheitlichung einen gewissen Sinn sehen... Per Saldo würde ich sagen, das, was der Bund auf dem Gebiet der Zivilverteidigung macht, ist schon vom Finanziellen her unzureichend. Dieses unzureichende Finanzvolumen und, vielleicht auch ein bißchen, die unzureichende Unterstützung durch die Politik machen es uns in der Kreisverwaltung außerordentlich schwer, dem Zivilschutz den Stellenwert zu geben, den er eigentlich braucht. Daß dieser Stellenwert hoch ist, da es ja hier um Schutz von Leben geht, von Leben gegen Gefährdung von außen, gegen die der einzelne im Grunde nichts machen kann, kann ja im Grunde gar kein Zweifel sein...“

Stärkeres Engagement des Bundes

Aus der Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes nahm der Beigeordnete Körner Stellung: „Was den Katastrophenschutz im Verteidigungsfalle, die zusätzlichen Kräfte und das zusätzliche Material angeht, das uns bzw. den Kreisen, den kreisfreien Städten zur Verfügung steht, so gilt das, was Herr Schleberger bereits ausgeführt hat; die Lage ist, ich möchte fast sagen, katastrophal; die Gerätschaften sind kaum mehr einsatzfähig und ein Ersatz steht nicht in Sicht. Die Gemeinden und Länder haben im zivilen Feuerschutz und auch im zivilen Katastrophenschutz erhebliche Aufwendungen gemacht.

Wir meinen, eine verstärkte Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung hinsichtlich des Zivilschutzes im Verteidigungsfalle und im Krisenfall setzt ein stärkeres Engagement auch des Bundes in dieser Hinsicht voraus. Das gilt, wenn wir die Bedrohung der Zivilbevölkerung sehen, insbesondere für den Schutzbau. Wir haben kein Verständnis dafür gehabt, daß durch

das Haushaltsstrukturgesetz und die damit folgenden Maßnahmen die Förderung des Schutzbaus völlig eingestellt worden ist... Wir würden mehr auf dem Gebiete der zivilen Verteidigung tun können und auch tun wollen, wenn über das hinaus, was wir bereits auf diesem Gebiet an finanziellem und persönlichem Engagement investieren, auch der Bund bereit wäre, endlich Engagement, und zwar auch finanzielles Engagement, zu zeigen.“

Beispiele geben

In der anschließenden Diskussion tauchte das Problem „Schutzraumbau“ immer wieder auf. So vertrat der Abgeordnete Biechele die Auffassung, man solle versuchen, in verschiedenen Städten und Gemeinden Modellanlagen zu schaffen, um durch diesen Schritt auch die Bevölkerung von der Notwendigkeit solcher Anlagen zu überzeugen: „Wenn da und dort wichtige öffentliche Gebäude gebaut werden, sollte man daran denken, eben den Grundschutz einzurichten. Unter Umständen nicht nur für die eigenen Leute, die in diesem Haus tätig sind, sondern auch für die Bevölkerung... Was an uns liegt, wir werden alles tun, um die bestehenden Beschränkungen... im Hinblick auf den Bundeshaushalt 1979 zu lockern oder aufzuheben. Sie könnten uns eine wichtige Hilfe leisten, wenn Sie Städte und Gemeinden ermuntern würden, hier das eine oder andere Beispiel zu setzen...“

Kompliziertes Verfahren

Beigeordneter Schleberger: „... Modellanlagen in öffentlichen Gebäuden: Hier muß ich ganz deutlich sagen, ist sehr viel guter Wille und sehr viel Bereitschaft zum Engagement in den vergangenen Jahren zerstört worden. Ich denke jetzt insbesondere auch an die sogenannten Mehrzweckanlagen, also U-Bahnschächte und andere Einrichtungen, die mit relativ wenig Aufwendungen einen Grundschutz hätten hergeben können. Das Verfahren, an diese Mittel heranzukommen, ist wahnsinnig kompliziert. Ergebnis ist also, daß eine ganz erhebliche Verzögerung im Baufortschritt dieser Vorhaben eintritt. Meine Vorstellungen... gehen dahin, mit der Mittelvergabe, die ohnehin vorgesehen ist, etwa bei Krankenhausbau aus Landesmitteln, wo das Regierungspräsidium die Mittel hingibt, zugleich auch

die Mittelbewilligung für die Bundesmittel zu verbinden, in einem Verfahren...“

Schutzraumbau vorantreiben

Abgeordneter Biehle: „Machen wir uns nichts vor, für einen kommunalen Mandatsträger ist es vielleicht vordergründiger, eine Straße zu bauen, weil er die Lebensqualität in seiner Gemeinde erst einmal fördern will, ehe er daran denkt, einen Schutzraumbau vorzunehmen. Da hat es auch an qualifizierten, finanziellen Angeboten des Bundes gefehlt. Ich teile Ihre Auffassung, daß durch Verwaltungsdinge sehr vieles verkompliziert worden ist, und daß man gesagt hat, ehe man diesen Weg durchschreitet, um dann am Ende vielleicht ein paar tausend Mark zu bekommen, um einige zigtausend Mark selber beisteuern zu müssen, da läßt man es gleich liegen. Ich meine also, daß hier einiges ein bißchen vorangetrieben werden müßte...“

HVB mehr in die Pflicht nehmen

Auf die Frage nach Übungen für den Katastrophen- und Verteidigungsfall antwortete Beigeordneter Schleberger: „Die Verpflichtung ist eine chefsbezogene Verpflichtung im Katastrophenschutzgesetz, da wird der Hauptverwaltungsbeamte angesprochen. Allerdings... ist dort in der Vergangenheit – jedenfalls flächendeckend – im Grunde absolut Unzureichendes geschehen. Was geschehen ist, war punktuell, nämlich abhängig davon, welcher Verwaltungschef gerade für diese Dinge ansprechbar war und sich engagiert hat, und dort konnten also auch erfreuliche Erfolge erzielt werden. Wenn man aber Katastrophenschutz, Zivilverteidigung betreibt, muß das flächendeckend sichergestellt werden... Ich halte es auch wirklich für notwendig, die Verwaltungschefs mehr in die Pflicht zu nehmen.“

Erkenntnisse publik machen

Beigeordneter Dr. Seele: „Bei den Übungen würde ich zunächst einmal die Katastrophenschutzübungen für sich nehmen. Da, wo bedrohte Fälle sind, deichgefährdete oder wassergefährdete, brandgefährdete, wird geübt. Die Erkenntnisse aus diesen Übungen publik zu machen, sehen wir als kommunaler Spitzenverband als eine unserer wichtigsten Aufgaben an. Es ist ein ständiges Thema in unseren Ge-

meinden . . . was da an Erfahrungen gewonnen worden ist. Vieles ist auf diesem Umweg in die Katastrophenschutzgesetze der Länder eingeflossen."

Qualifiziertes Personal

Abgeordneter Biehle: "... Die Hauptverwaltungsbeamten lassen sich – ich würde fast sagen häufig – auch einmal vertreten, wobei ich jetzt da gar keine Qualifizierung vornehmen möchte, durch einen Oberregierungsrat beim Landratsamt oder durch wen auch immer, der das dann beiläufig in seinem Referat noch mitlaufen läßt, der aber von diesen Dingen, ich möchte fast sagen, überhaupt keine Ahnung hat . . . Ich sage das nicht kritisierend, sondern ich stelle das nur als Tatbestand fest. Der soll nun eine solche Großübung unter Umständen leiten und soll denen etwas sagen und soll hier Vorbild sein in der gesamten Anlage einer solchen Übung. Ich meine, daß von Ihren Verbänden her überlegt werden sollte, wie auch hier etwas qualifiziertes Personal im Hinblick auf den Katastrophenschutz zur Verfügung steht . . ."

Begrenzte Zusammenarbeit

Breiten Raum in der Diskussion nahm die Frage der zivilmilitärischen Zusammenarbeit ein. Dazu Beigeordneter Dr. Seele: "... Übungen auf militärischem Gebiet oder in der eigentlichen Zivilverteidigung finden allerdings auf Kreisebene doch wohl nur bedingt und begrenzt statt. Zumeist im großen Rahmen, „Wintex“ pp., und dann natürlich auch in kleinen Stabsrahmenübungen; das ist aber schon von Land zu Land verschieden. Wir haben in Nordrhein-Westfalen dafür ein Modell entwickelt, wie Militärs und zivile Seite zusammenkommen; dieses Konzept haben wir dann den anderen Landesverbänden mitgeteilt, und es ist von dort an die Kreise gegangen, aber die Bereitschaft, da nun wirklich zu üben, ist etwas unterschiedlich. Die Militärs beklagen sich zum Teil über geringes Interesse einiger Hauptverwaltungsbeamter, und die zivile Seite beklagt sich häufig über das mangelnde Verständnis, die mangelnde Kenntnis der militärischen Seite. Es kommt auch hinzu, daß die Organisationen räumlich nicht ganz deckungsgleich sind, die Wehrbereichskommandos sind ja wesentlich großräumiger organisiert, so daß es gelegentlich auch an dem unmittelbaren Kontakt fehlt . . ."

Aufeinander zugehen

Beigeordneter Schleberger: „Zum Nebeneinander, Militärs und Zivilverteidigung, insbesondere auf der örtlichen Ebene. Hier kommt es darauf an . . . daß man aufeinander zugeht, daß man überhaupt einmal über diese Probleme spricht. Das ist nach meiner Einschätzung und meinen Informationen bisher weithin überhaupt nicht geschehen. Dann sollte man auch einmal daran denken – und jetzt spreche ich ein ganz heißes Eisen an – auch das, was bisher an Potential bei der Bundeswehr verfügbar ist, stärker auch für die Zwecke des Katastrophenschutzes und des Katastrophenschutzes im Friedensfall nutzbar zu machen. Ich weiß, da gibt es Probleme, Haushaltsprobleme. Aber dieses Zusammenspiel – was ja auch unter militärischen Gesichtspunkten dann eine wertvolle Übung ist – sollte stärker genutzt werden . . .“

Mangelndes Verständnis abbauen

Abgeordneter de Terra: „Es ist ganz selbstverständlich für mich, daß beide Seiten aufeinander zugehen. Das mangelnde Verständnis auf der militärischen Seite muß abgebaut werden, genauso wie die Mißstimmungen im zivilen Bereich über Schlagworte wie Einsatzbereitschaft der Bundeswehr oder Operationsfreiheit der NATO. Das ist eben dasjenige, was abgebaut werden muß. Wenn das nicht, ich will gar nicht an den Ostteil, an den Ostsee-Bereich unserer Bundesrepublik denken, insgesamt abgebaut wird, dann kriegen wir keine Gesamtverteidigung, so, wie sie mir vorschwebt, daß sie funktionieren kann.“

Das ehrenamtliche Engagement

Zum Thema Zivilschutzkorps und Hilfsorganisationen meinte der Abgeordnete Biehle: "... Ich glaube, hier muß man einmal im verstärkten Maße auf das ehrenamtliche Element zurückgreifen, denn auf die Dauer wird der Staat, auch wenn wir noch so viel darüber reden, dies nicht mehr finanzieren können. Weder der Bund, noch die Länder, noch die Kommunen. Und da, meine ich, liegt ein Großteil brach. Es sind viele ehrenamtliche Kräfte vorhanden, und es sind noch mehr zu mobilisieren; nur, mit Idealismus und mit guten Worten allein

geht es eben nicht; dazu ist eine gewisse Mindestfinanzausstattung notwendig, die fehlt. Diesen Leuten gibt man minderwertiges Material zur Hand, wenn überhaupt; dazu kommt, daß es häufig sogar an der eigenen Ausstattung fehlt . . .“

Höchster Respekt

Beigeordneter Dr. Seele: „Ich bin der Meinung, daß der Zivilschutz durchaus auf den Hilfsorganisationen aufbauen muß. Das ist effektiv, billig und vor allem ist es ein gesellschaftspolitisch eminent wichtiger Faktor. Ich meine, wir als kommunale Spitzenverbände, die wir von der Selbstverwaltung leben, müssen natürlich die Selbstverwaltungseinrichtungen hoch schätzen, aber unsere Erfahrungen sind außerordentlich gut; was Feuerwehrleute, was DRK-Leute freiwillig leisten, ist im Grunde enorm und nötigt höchsten Respekt ab . . .“

Gegen das Kaderprinzip

Beigeordneter Schleberger: „Wir gingen nach dem bisherigen Konzept von 600 000 Helfern aus . . . Man hat festgestellt, 600 000 Helfer werden wir niemals auf die Beine stellen können . . . Daraufhin ist auch überlegt worden, mit einem Kaderprinzip zu arbeiten, also den Grundgedanken der Bundeswehr auch in die Kräfte der Zivilverteidigung zu übertragen. Wir haben dagegen massiv Stellung bezogen, weil wir gesagt haben, das kann und wird nie bei den ehrenamtlichen Helfern der Zivilverteidigung funktionieren, dazu braucht man so ein Wehrrersatzwesen; man muß die Leute festhalten in Karteien, man muß das fortschreiben, man muß sie verfügbar halten; im Fall X stehen sie dann eben nicht zur Verfügung. Es muß ständig geübt werden, das tun sie dann alle nicht. Deswegen eindeutig gegen das Kaderprinzip . . .“

Soweit nur einige wenige, aber wesentliche Auszüge grundsätzlicher Art aus dem Hearing der Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn, an dem die Vertreter der kommunalen Spitzenorganisationen teilnahmen. Ein zweites Hearing fand statt mit Repräsentanten der verschiedenen Verwaltungsebenen, wobei verstärkt die Praxis und die Erfahrungen angesprochen wurden. Das ZSMAGAZIN wird in der nächsten Ausgabe ebenfalls auszugsweise darüber berichten.

Katastrophen von der Antike bis zur Neuzeit und was die Menschen aus ihnen lernten

Mit der Sintflut fing alles an

Feuerwehrschutztruppen in vorchristlicher Zeit – Deichbefestigungen bereits im 11. Jahrhundert – Vorratshaltung in belagerten Städten

Fortsetzung und Schluß



Das Erdbeben.

Nürnberg des Friedr. Wagner

Ein Erdbeben legt die Stadt in Schutt und Asche (Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg).

Griechische Erfindungen vergessen

Die Spritzen der Alexandriner mußten im auslaufenden Mittelalter wieder neu erfunden werden. Erst ab 1500 sollen die Wehrmannschaften in Deutschland Handspritzen besessen haben. 1650 gab es dann die erste Großfertigung von Spritzen, die der Nürnberger Hans Hautsch konstruiert hatte. Er rühmte seine Erfindung: „wann man etlich mal auf die Dächer damit spritzen thut. Es scheint, als wann man mit Schöffern (Bottichen) giessetel!“ Der Amsterdamer Jan van der Heyde erfand knapp 27 Jahre später die erste Schlauchspritze, mit der

sich die Brandstellen bereits lokal bekämpfen ließen.

Damit konnte der erhebliche Wasserschaden, der bisher entstanden war, erheblich reduziert werden. Aber es dauerte bis ins 18. Jahrhundert, bis jede größere Stadt eine solche Spritze besaß.

1858 stellten die Novelty Works in New York die erste fahrbare Dampfspritze her.

Erste Versuche, mit chemischen Mitteln wie mit feuchter Erde, Alaun und Vitriol zu löschen, wurden erfolgreich Ende des 18. Jahrhunderts unternommen.

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts schließlich kamen die Vorläufer der fahrbaren Drehleiter, der Atemschutzgeräte und der

Sprungtücher auf, die die aktuelle technische Entwicklung einleiteten. Die Rettung aus hohen Gebäuden sollte ein Feuerrettungsschlauch schon aus dem Jahr 1808 ermöglichen.

Rätsel um Erdbeben

Weniger erfolgreich war die Vorsorge vor Erdbeben, erst zur heutigen Zeit gibt es die Möglichkeit einer Prognose. Während religiöse Motive eine Erforschung in Europa verhinderten, hatte bereits der chinesische Gelehrte Chang Heng im Jahre 130 vor Christus einen Apparat erbaut, der ferne Erdbebenstöße meldete. Eine Kugel fiel

aus einem kugelhähnlichen Apparat und zeigte das Beben und die Richtung des Bebens vom Standort des Apparates aus an. Eine organisierte seismographische Beobachtung mit wissenschaftlichen Maßstäben begann erst im 19. Jahrhundert. Die Apparate, die die Beben anzeigten, bestanden aus mit Quecksilber gefüllten Schalen. Erst mit dem Beginn unseres Jahrhunderts waren mit dem Seismographen des Göttinger Emil Wiechert die technischen Grundlagen zu einer exakten Beobachtung gegeben, aus der dann auch Vorhersagen abgeleitet werden konnten. Zehntausende von Toten hatten die Erdbeben gefordert, ob 334 in Antiochia in Syrien, 893 in Indien, 1556 in China, 1692 in Jamaica oder 1755 in Lissabon. Gerade die engen Gassen in den Städten wurden für die meisten Menschen zu tödlichen Fallen. Die Häuser stürzten ein und begruben die Bürger, die vielleicht gerade Sekunden zuvor durch ein Grollen und fernen Donner aufgeschreckt worden waren. Nach den Augenzeugenberichten von der Lissaboner Katastrophe am 1. November 1755, die 32 000 Menschen das Leben kostete, fraß sich das Feuer durch die Trümmer der Stadt: „Chaos überall. Niemand denkt an Löschen oder gar an Rettungsarbeiten, die Gefängnisse stehen offen, ausländische Matrosen desertieren, selbst die Sklaven von den Galeeren sind entkommen!“ berichtete ein Überlebender. Und die Plünderer nutzen die Möglichkeit, sich zu bereichern. 200 000 Bewohner

der Stadt entkamen dem Inferno. Nur wenige Zelte konnten für die Obdachlosen aufgestellt werden. Es gab keine Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, viele irrten umher, um ihre nächsten Angehörigen zu suchen. Erst am zweiten Tage nach dem Erdbeben kam organisierte Hilfe aus den Nach-

zwei Stockwerke gebaut werden. Kant, der sich mit der Katastrophe retrospektiv beschäftigte, zitierte Beobachtungen von unruhigen Tieren wenige Tage vor dem Beben als Anhaltspunkte, während die Philosophen der Zeit allgemein religiös argumentierten. Kaum zu nennen sind die Orte an der Nord- und Ost-

der großen Flutkatastrophe in Petersburg am 19. November 1824 existieren detaillierte Augenzeugenberichte. Sie erinnern daran, wie wenig diese Stadt und auch viele andere Metropolen des Kontinents gegen Flutkatastrophen geschützt waren.

Die Bewohner hatten sich in ihren Häusern einge-

Strom in hohen Wogen das Wasser durch die Straßen peitschte. Balken, Betten, Möbel, Leichen von Tieren und Menschen trieben umher!" berichteten die Chronisten. Organisierte Rettungsarbeit war strukturell nicht vorbereitet.

Die Betroffenen waren dem eigenen Schicksal überlassen, zumal auch die Kasernen mit den Soldatenunterkünften zusammenstürzten und Hunderte von Soldaten in den Fluten umkamen.

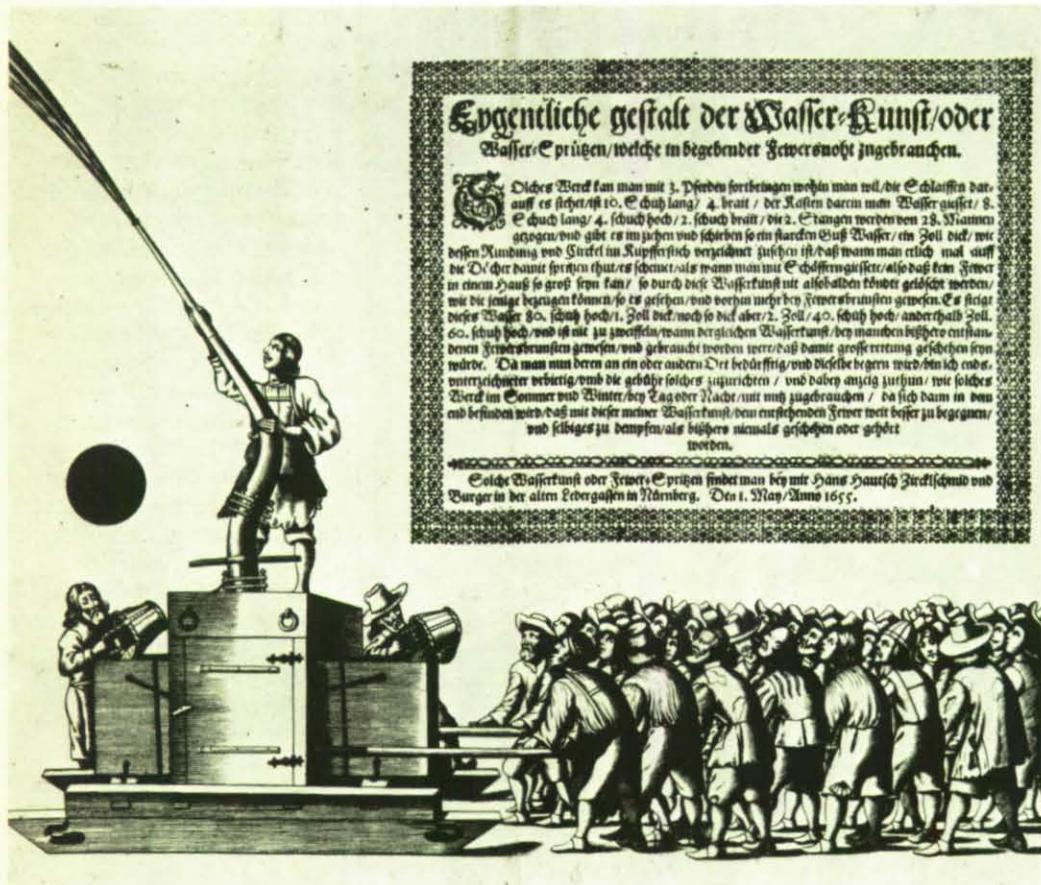
Schließlich konnte sich nur ein Drittel der Bevölkerung auf Bäumen und auf den Dachgiebeln hoher Häuser in Sicherheit bringen. 25 000 Todesopfer waren zu beklagen.

Erst in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gelang es, in Betonblockbau und mit speziellem Mörtel Hafenanlagen zu erstellen, die den stärksten Wassermassen erfolgreich trotzen konnten. Die großen englischen Hafenanlagen von Portsmouth wurden zu jener Zeit gebaut.

Deiche, Schleusen- und Leuchtturmbauten entstanden ebenfalls nach diesem Vorbild.

Stürme, und keine Rettung

Als größte Katastrophe der Geschichte gilt auch heute noch der Zyklon, der am 7. Oktober 1737 auf einem Nebenfluß des Ganges eine Flutwelle von knapp 13 Metern Höhe auslöste. Innerhalb einer Nacht kamen 300 000 Menschen um. „Ein wildes Meer bildete sich über dem Land. Schiffe wurden über die Wipfel von Bäumen hinweggetragen“, beschrieben die wenigen Überlebenden das Inferno. 62 Jahre später verschwand in einem Wirbelsturm und unter einer ungeheuren Flutwelle die Stadt Coringa mit ihren 20 000 Einwohnern!



Eine Wasserspritze aus dem Jahre 1655 (Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg).

barstädten und von den Schiffen im Lissaboner Hafen langsam in Gang. Wenige Männer wagten die Rückkehr in die verwüstete Stadt, in der unter den Trümmern immer noch viele Verschüttete mit dem Tode kämpften. Erst am sechsten Tage nach dem Erdbeben konnten Truppen eingesetzt werden, die dann erst einmal gegen die Plünderer einschritten.

Obwohl zahlreiche Nachbeben die Bewohner immer wieder in Schrecken versetzten, wurde die Stadt wieder aufgebaut. Die engen Gassen verschwanden, kein Haus durfte höher als

seeküste, die in den historisch bekannten Sturmfluten verschwanden. Im Mittelalter und in der Neuzeit wurden zwar immer neue Deichanlagen errichtet, aber es fehlte eine systematische Beobachtung der Naturelemente. Voraussetzen, wie sie heute möglich sind, waren noch nicht entwickelt. Allein die Kirchturmglöcken kündigten in den Küstendörfern drohendes Unheil an, aber sie wurden im heulenden Orkan auf den entfernt liegenden Bauernhöfen und in den entlegenen Siedlungen nicht mehr gehört. Selbst größere Städte wurden nicht verschont. Von

schlossen und hörten nicht das Geläut der Sturmglocken. Ein Orkan drückte Wassermassen in den Finnischen Meerbusen und die Newa hinauf. Innerhalb weniger Stunden stand die Stadt unter Wasser.

„Urplötzlich kam das Wasser aus dem Boden, von den Straßen her und aus den jäh steigenden Kanälen in die Gebäude“, berichteten Überlebende. Tausende ertranken in ihren Zimmern, in den Kellern und in den niedrigen Häusern der äußeren Stadtteile. Hunderte von Häusern stürzten ein.

„Große Boote voller Menschen kenterten, weil der

Erst in jüngsten Jahren konnten anhand genauer Beobachtungen durch Meteorologen Wetterentwicklungen analysiert und entsprechende Vorwarnungen gegeben werden. Bereits nach der Jahrhundertwende hatte der Österreicher Margules über die Energetik der Stürme entscheidende Beobachtungen und Analysen zusammengefaßt, doch sie blieben unbeachtet. Freiballons, Drachenballons, Registrierballons und Drachen lieferten zu jener Zeit die Beobachtungsdaten. Erst mit Einsatz des Computers kam man zu Sturmvorhersagen; ohne das Elektronengehirn hätte die Voraussage einer Sturmentwicklung für die kommenden zwölf Stunden über einen Monat gedauert!

In den vierziger Jahren begann die Wetterfliegerei, um die Wege von Hurrikans, Tornados und anderen Stürmen noch genauer zu ermitteln und die Vorwarnzeiten zu vergrößern.

Organisation und Hilfe

Die Katastrophen von San Francisco, Messina und Tokio – in diesem Jahrhundert – bewiesen in ihrer Gewaltigkeit, daß es in der modernen Zeit immer noch keinen perfekten Schutz vor den Naturelementen gibt, deren verheerende Wirkung in dichtbevölkerten Regionen tausendfach verstärkt wird. Der Kampf gegen die Katastrophen, die Vorwarnung und die Möglichkeiten des Selbstschut-

zes sind mit der Entwicklung der Technik effektiver geworden. Diese Schutzmöglichkeiten, auf oft schon Jahrhunderte Bestand habenden Prinzipien aufbauend, sind verbessert worden. Der Bundesverband für den Selbstschutz will diese historische Thematik in einer Ausstellung sichtbar machen; dazu werden zeitgenössische Dokumente erstmals in dieser Form zusammengetragen. Demnächst soll die historische Entwicklung des Zivilschutzes erstmals zu sehen sein.

Literaturangaben:

Leithäuser, Katastrophen, Berlin 1956.
Rehork, Der jüngste Tag blieb aus, Düsseldorf 1977.

Hornung, Kleine Feuerwehrgeschichte, Berlin 1972.

Erpf (Herausgeber), Das große Buch der Feuerwehr, Bern 1975.

Beßlich, Zivile Verteidigung vor 500 Jahren, in Zivilverteidigung, Bad Honnef, Heft II/75, Seite 56 ff.
Orientierung über den Zivilschutz, Schriftenreihe des Bundesamtes für Zivilschutz, Bad Godesberg, 1964.

Wenger, Unglückschronik, Bern 1888.

Effenberger, Die Welt in Flammen, Hannover 1913.

Szatmari, Die großen Katastrophen, München 1928.

Herrmann, Katastrophen, Naturgewalten und Menschenschicksale, Berlin 1936.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der **Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg in 7303 Neuhausen a. d. F.**

ist baldmöglichst die Stelle des **Lehrgruppenleiters Sanitätsdienst** zu besetzen.

Die Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg hat die Aufgabe, freiwillige Helfer des Katastrophenschutzes in Lehrgängen theoretisch und praktisch auszubilden.

Der Lehrgruppenleiter Sanitätsdienst muß befähigt sein, Unterricht im Sanitätsdienst sowie über Führung und Einsatz anderer Fachdienste des Katastrophenschutzes zu erteilen.

Der Lehrgruppenleiter hat die Mitarbeiter seiner Lehrgruppe anzuleiten und zu beaufsichtigen.

Erfahrungen in der Ausbildung Erwachsener sind vorteilhaft, Kenntnisse über Aufgaben und Tätigkeit des Katastrophenschutzes – insbesondere der Sanitätsorganisationen – sowie über den Aufbau der allgemeinen inneren Verwaltung sind erwünscht.

Für die Stelle sind die Bestimmungen des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT) maßgebend. Die Vergütung richtet sich nach Vergütungsgruppe IV a BAT. Daneben werden die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen gewährt.

Bewerbungen mit Personalbogen, Lichtbild, handgeschriebenem Lebenslauf und Befähigungsnachweisen sind an das

Innenministerium Baden-Württemberg – Abteilung VI – Dorotheenstraße 6, 7000 Stuttgart 1

zu richten.

Fernmündliche Auskünfte sind über 07 11 / 20 72-33 93 oder 33 91 zu erhalten.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der Katastrophenschutzschule in Niedersachsen in Bad Nenndorf ist die Stelle des

Schulleiters

wegen Ausscheidens des bisherigen Stelleninhabers als bald neu zu besetzen.

An der Schule werden jährlich rd. 2200 freiwillige Helfer und Unterführer der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes in ein- und zweiwöchigen Lehrgängen ausgebildet. Die Lehrgangsteilnehmer (gleichzeitig bis zu 100) sind in der Schule untergebracht. Die Schule hat insgesamt 44 Mitarbeiter. Sie untersteht der Dienst- und Fachaufsicht des Niedersächsischen Ministers des Innern.

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Schulleiters liegt in der Leitung und Verwaltung der Schule. Eigene Unterrichtstätigkeit tritt demgegenüber zurück.

Gesucht wird eine dynamische, kontaktfreudige Persönlichkeit, die über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes verfügt und in diesem Bereich mehrjährige Tätigkeiten in leitender Stellung bei Ausbildungseinrichtungen ähnlicher Art, Ämtern, Dienststellen oder Organisationen nachweisen kann. Der Bewerber muß über gute pädagogische Fähigkeiten, Organisationstalent und Verhandlungsgeschick verfügen sowie praktische Erfahrungen in der Menschenführung besitzen. Kenntnisse auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung sind erforderlich.

Die Vergütung erfolgt nach Vergütungsgruppe I b Fallgruppe 1 a BAT.

Bad Nenndorf (8000 Einwohner) ist niedersächsisches Staatsbad, 27 km von Hannover entfernt.

Bewerbungen mit Lichtbild, handgeschriebenem lückenlosen Lebenslauf und Zeugnisabschriften werden erbeten an:

Bezirksregierung Hannover

Dezernat 102

Am Waterlooplatz 11, 3000 Hannover 1



Mit dem Wasser stieg auch die Hilfsbereitschaft

Schäden werden auf rund 700 Millionen Mark geschätzt – Höchster Pegelstand des Neckars seit Menschengedenken – Unermüdlicher Einsatz der Helfer

Die Hochwasserkatastrophe, von der Teile Baden-Württembergs und Bayerns im Mai betroffen wurden, verursachten nach vorsichtigen Schätzungen Schäden in Höhe von rund 700 Millionen Mark. Die Regierungen beider Länder stellten ein finanzielles Soforthilfe-Programm auf, mit dem großzügig und unorthodox den Geschädigten unter die Arme gegriffen wurde. Rein optisch hat sich die Lage erstaunlich schnell normalisiert, was bleibt ist die Verzweiflung der Bauern über die vernichtete Ernte und die der Städter über mehr oder minder beschädigte Häuser. Was bleibt ist aber auch die Erinnerung an eine hervorragend funktionierende Nachbarschaftshilfe und an den unermüdl-

chen Einsatz der Helfer der Katastrophenschutzorganisationen, der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und der in diesen Gebieten stationierten ausländischen Militärs.

Schlammwüste

In Bayern wurden die Landkreise Miltenberg und Lichtenfels besonders hart betroffen. Zwei Wolkenbrüche innerhalb einer Stunde verwandelten das Dorf Riedern (Kreis Miltenberg) in eine Schlamm- und Gesteinswüste. Durch die Regenfälle lösten sich zum Teil tonnenschwere Felsbrocken, die die Straßen bis zu vier Metern Höhe verschütteten. Niemals vorher hatte man in diesem Dorf etwas Ähnl-

ches erlebt. Landrat Oberle: „Das Ausmaß dieser Katastrophe war nicht vorhersehbar, alles ging blitzschnell.“ Täglich waren bis zu 800 Helfer der Freiwilligen Feuerwehr, des THW, des Bayerischen Roten Kreuzes, der Bundeswehr, der Polizei und der US-Army im Einsatz. Mit Hilfe von drei Schützenpanzern, einem Bergepanzer, zahlreichen Lkw, schwerem Räumgerät und Notstromaggregaten arbeiteten die Helfer tagelang praktisch rund um die Uhr. Zudem brannten einige Scheunen nach Blitzschlägen nieder.

Ein großer Teil der Ernte wurde vernichtet.

Nicht sehr viel besser sah es in Eichenbühl (ebenfalls Kreis Miltenberg) aus. Ein

Campingplatz wurde durch die hochwasserführende Erfa buchstäblich hinweggespült, etwa 60 Wohnwagen zerschellten an Brückenpfeilern. Man konnte erst einen Tag später zu dem Platz vordringen. Zahlreiche Menschen mußten evakuiert werden. Eine Brücke stand kurz vor dem Einsturz, als durch das Unwetter die Holzstapel eines nahegelegenen Sägewerks weggespült wurden und gegen die Brückenpfeiler trieben. Nach einem Blitzschlag, der die Trafostation bei Eichenbühl traf, ging in den vom Hochwasser bedrohten Dörfern das Licht aus. So war es in Eichenbühl nicht einmal mehr möglich, Katastrophenalarm zu geben, weil die Sirene ausgefallen war. Auch hier

wurde mit Hilfe von Notstromaggregaten feierhaft geräumt und gepumpt.

Explosion

In Staffelstein (Kreis Lichtenfels) schwoll die sonst nur etwa zwanzig Zentimeter tiefe Lauter innerhalb von zehn Minuten auf eine Höhe von zwei Metern an. Rund 400 Wohnhäuser und Gewerbebetriebe standen teilweise unter Wasser. Das Tal und die Stadt Staffelstein wurden auf einer Breite bis zu 300 Metern überflutet. Für die Schüler der Adam-Riese-Schule wurden die Pfingstferien um eine Woche verlängert, da die im Physiksaal lagernden Chemikalien bei der Berührung mit dem Wasser explodierten und zahlreiche Klassenzimmer unter Wasser standen. Die 40 Lehrer traten vorzeitig wieder ihren Dienst an, um bei den Aufräumarbeiten mitzuhelfen. 80 Freiwillige Feuerwehren, vier Ortsverbände des THW, ein ABC-Zug (Regieeinheit), Bundesgrenzschutz und Bundeswehr beteiligten sich an der Hilfsaktion. Insgesamt waren rund 1500 Mann im Einsatz. In zwei Tagen hatte man bereits die größten Schäden beseitigen können.

Aussaat vernichtet

In der weiteren Umgebung der beiden Landkreise wurden zahlreiche Straßen von den Wassermassen unterspült und konnten zum Teil nicht mehr befahren werden. Immer wieder gab es kleinere und größere Erdbeben, die die Helfer in ihrer Arbeit zurückwarfen.

In weiten Teilen wurde der Humusboden von den Feldern und Wiesen einfach weggeschwemmt, die Aussaat vernichtet. Das Vieh konnte bis auf einige wenige Fälle rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Todesfälle waren in diesen



Bis in Ampelhöhe stieg das Hochwasser des Neckars im Bereich der Heidelberger Uferstraßen.

Gebieten nicht zu beklagen, auch keine nennenswerten Verletzungen. Einzelne Bürger erlitten jedoch Schocks.

Höchster Pegelstand

Sehr viel härter betroffen als Bayern war jedoch Baden-Württemberg. Die Autobahnen im Großraum zwischen Karlsruhe und Heilbronn waren überflutet, mancher sonst friedlich plätschernde Bach entwickelte sich zum reißenden Fluß, Rhein und Neckar führten Hochwasser, das Chaos war perfekt. Das Wasser- und Schiffsamt in Stuttgart meldete den höchsten Stand des Neckars bei Plochingen seit Menschengedenken mit 5,79 Metern. Es gab Geröllver-

schiebungen auf dem Flußgrund, die Strömung an der Oberfläche betrug drei bis vier Meter pro Sekunde.

Der Rhein erreichte bei der Meßstelle Maxau (Karlsruhe) die „Jahrhundertmarke“ von 8,46 Metern.

Rund 15 000 Helfer aller Organisationen standen tagelang pausenlos im Einsatz. Zwei Tote sind zu beklagen: Ein junger Mann aus Scheppach (Kreis Hohenlohe) erhielt beim Abpumpen auf einem Gehöft einen elektrischen Schlag und erlag seinen Verletzungen; eine junge Frau kam mit ihrem Pkw auf der Autobahn infolge der Regengüsse ins Schleudern, prallte mit einem Lkw zusammen und erlitt tödliche Verletzungen.

10 000 Helfer

Die Stunde der Bewährung kam auch in mehreren Kreisen des Regierungsbezirks Karlsruhe. In allen betroffenen Gebieten arbeiteten die Krisenstäbe rund um die Uhr, Katastrophenschutz wurde jedoch nur in Baden-Baden-Oos ausgelöst. Insgesamt wurden im Regierungsbezirk rund 10 000 Helfer eingesetzt, davon allein 5000 von den Freiwilligen Feuerwehren. Der Rest setzte sich aus THW (1400 Helfer), den Sanitätsorganisationen, der Bundeswehr, Einheiten der US-Streitkräfte, der französischen und der kanadischen Armee zusammen. Aber auch hier stand die Nachbarschaftshilfe hoch im Kurs.



Eine streckenweise vier Meter hohe Gesteins- und Schlamm-lawine verwüstete Teile der Ortschaft Riedern (Kreis Miltenberg).



Überschwemmte Straße in Lauffen am Neckar.

Autobahn 81 Stunden gesperrt

Zahlreiche Straßen, vor allem aber die Autobahn A 5 (Frankfurt-Basel) waren über weite Strecken überflutet und unpassierbar geworden. Ein „See“ auf der Autobahn bei Karlsruhe hatte zur Folge, daß die Strecke für 81 Stunden voll gesperrt werden mußte. Sein Volumen betrug runde 50 Millionen Liter Wasser. Nachdem bereits viel Wasser abgelaufen war, pumpen die Feuerwehren Karlsruhe und Ettlingen und eine „Labor Group“ der US-Army die letzten 13 Millionen Liter Wasser mit Hochleistungspumpen in die angrenzenden Seewiesen. Kuriosum am Rande: Einige Wind-Surfer und Paddler nutzen die Autobahn für ihren Sport, nachdem die Regenfälle nachgelassen hatten.

Dramatisch wurde es in Ettlingen, als das Wasser der Alb in der Ettlinger Innenstadt da und dort schon über die Ufer schwappte. Über Stunden hinweg wurden mit Hilfe aller verfügbarer Kräfte, vor allem aber mit Hilfe amerikanischer Soldaten, Tausende von Sandsäcken verbaut, um das Schlimmste zu verhindern. Die Alb trat dennoch über ihre Ufer. Höhepunkt des nächtlichen Einsatzes war die Sicherung einer Fußgängerbrücke, die von

Auf der Autobahn zwischen Rastatt und Karlsruhe mußten einige Autofahrer aus ihren Wagen geborgen werden. Die Fahrzeuge standen bis zu 80 Zentimeter hoch im Wasser.



einem schweren Bulldozer mit Hilfe von Stahlrossen gegen ein Abtreiben gesichert wurde.

„Zwei-Fronten-Krieg“

In Karlsruhe selbst führte man einen „Zwei-Fronten-Krieg“ gegen Rhein und Alb. In 32 Stunden fielen in Karlsruhe 153,6 Liter Regen pro Quadratmeter. Wäre der Rhein nur noch um vier Zentimeter weiter gestiegen, hätte der Krisenstab Katastrophenalarm gegeben. Im gesamten Stadtgebiet wurden ununterbrochen Keller ausgepumpt. Bedenklich wurde die Lage für sechs Bauernfamilien, die auf den Ruppurer Wiesen ihre Aussiedler-

höfe stehen haben. Der Erlengraben – in normalen Zeiten ein unscheinbares Rinnsal – hatte sich in einen reißenden Bach verwandelt. Die US-Streitkräfte stellten Schwimmbrücken zur Verfügung zur möglicher Weise erforderlichen Evakuierung von Mensch und Tier. 600 Rinder sollten vorübergehend im städtischen Viehhof untergebracht werden. Glücklicherweise konnte diese Aktion abgeblasen werden, da der Pegel des Erlengrabens nicht weiter anstieg.

Auslaufende Tanks

Schwer betroffen wurde auch der Landkreis Rastatt. In mehreren Gemeinden

wurde Hochwasseralarm gegeben. Der Ort Ottersweier glich nach Augenzeugenberichten einem Fluß, in dem zufälligerweise Häuser standen. Auslaufende Tanks, Oberflächenwasser, das in die Tiefbrunnen sickerte, ließ in manchen Ortschaften die Trinkwasserversorgung total zusammenbrechen. Es gab Dammbüche, Erdbeben und immer wieder überflutete Ortschaften und Dörfer. Man bereitete sich auf Evakuierungen vor, was dann letztlich doch nicht mehr nötig wurde. Die eigenen Hilfskräfte reichten jedoch nicht mehr aus, Karlsruhe bot seine Feuerwehr zur Verstärkung an. Auch französische Streitkräfte unterstützten die Rettungsarbeiten.



Schwere Einbußen erlitt auch der Einzelhandel durch die Überschwemmungen.



Der baden-württembergische Innenminister Lothar Späth (links) informierte sich vor Ort über das Ausmaß der Schäden.



Behelfsbürgersteige wurden im Mannheim-Ludwigshafener Raum nötig, nachdem der Rhein über die Ufer getreten war.

land-pfälzische – THW bot sich an, wenn erforderlich, Sandsäcke zur Abdichtung zur Verfügung zu stellen. Zu guter Letzt gab es doch noch einen Dammbuch bei Brühl-Rohrdorf. Hier mußte übrigens berittene Polizei die Schaulustigen abdrängen!

Haarrisse am Rückhaltebecken

Die Lage im Rhein-Neckar-Kreis spitzte sich ebenfalls stündlich zu. In Neckargegend mußten Häuser und Keller geräumt werden. Die Oberstadt und die Unterstadt wurden durch Wassermassen getrennt. Ein Dammbuch wurde befürchtet, eine Bundeswehrkompanie alarmiert, Gerät aus Speyer angefordert.

In Schriesheim drohte das Rückhaltebecken zu bersten. Es zeigten sich am Rückhaltebecken Haarrisse, es wurde auf Weisung des Wasserwirtschaftsamtes gänzlich geleert.

Bei Ludwigsburg-Baihingen wurde Katastrophenalarm gegeben, nachdem ein Neckardamm gebrochen war.

Im allerletzten Moment konnten ausländische Arbeiter, die in einer Baracke auf einem Industriegelände direkt am Neckar untergebracht waren, gerettet werden. Sieben weitere Häuser mußten geräumt werden

ten mit Schlauchbooten. Schlimm hat es auch Baden-Baden – hier vor allem den Ortsteil Oos – getroffen. Bei Kellerüberflutungen großen Umfangs war ein sofortiges Freipumpen nicht mehr möglich. Sogar der Flugplatz stand unter Wasser. Aus Sicherheitsgründen mußte die Stromversorgung in einigen Stadtteilen abgeschaltet und mehrere Straßenzüge gesperrt werden.

Häuser waren einsturzgefährdet, auch kam es zu Erdbeben.

Bei Pforzheim liefen 10 000 Liter Heizöl aus. In Eutingen-Rottach wurde die Räumung von Wohnhäusern erforderlich – gegen den Willen der Bewohner. Im Enzkreis überflutete

die Enz ein Gebiet bis zu 200 Metern Breite. Eine Papierfabrik in Niefern stand einen Meter unter Wasser. Die Feuerwehr brachte 80 Stück Vieh ins Trockene. Immer wieder hatte man es mit Öl zu tun. Teils wurden Tanks gesichert, teils wurde bereits ausgelaufenes Öl mit Bindemitteln unschädlich gemacht.

Fabriken unter Wasser

Im Neckar-Odenwald-Kreis machten überflutete Straßen diverse Hilfsaktionen nicht eben leichter. In Haßmersheim mußten Wohnungen geräumt werden, Keller waren überflutet, eine Umgehungsstraße auf Stelzen

stand zur halben Höhe unter Wasser, ebenso eine Gardinenfabrik, eine Werft und eine Mikrofonbaufabrik.

Trotzdem blieb man Herr der Lage.

Nicht ohne ängstliche Spannung verfolgten die Mannheimer das stetige Ansteigen des Rheins. Es gab großflächige Überflutungen; 400 bis 500 Helfer standen im Einsatz. Gefährdet waren vor allem der Handshafen, der Damm Sandhofen und der Staudamm nördlich von Viernheim in der Nähe des Autobahndreiecks und der Kläranlage. Ein Teil der Helfer war vollauf damit beschäftigt, einzelne Gebäude am Hafen leerzupumpen. Das linksrheinische – also rhein-



Oben: Paddler auf der Autobahn an der Ausfahrt Ettlingen. – Unten: Kaimauern und Hafenanlagen standen in Mannheim unter Wasser.



– sie standen bis zur ersten Etage unter Wasser. Die Bundeswehr stellte Schlauchboote zur Evakuierung bereit.

Es war das höchste Hochwasser seit 1824. Nur gab es damals noch nicht die Verschmutzungen wie heute: Zahlreiche Wiesen wurden überschwemmt und durch das mitgeschwemmte Öl für den Rest des Jahres unbrauchbar. In Benningen – ebenfalls in der Nähe von Ludwigsburg – wurde

das Wasserreservoir verseucht und wird voraussichtlich erst in einem halben Jahr wieder betriebsfähig sein. Das THW verlegte eine provisorische Wasserleitung von Baihingen nach Benningen. Im Wasserwerk Pleidelsheim wurden Kohlebakterien festgestellt.

Dramatisch wurde die Lage auf dem Neckar, als zwei Lastkähne sich losrissen und auf das Wehr in Hessegg trieben, obwohl die Schiffer mit voller Kraft

voraus stromaufwärts zu kommen versuchten. Man benötigte dringend drei Zentimeter dicke Drahtseile, doch weder THW noch Feuerwehr verfügten über sie.

Buchstäblich im letzten Moment konnten diese Tawe bei einer Privatfirma aufgetrieben werden, Menschen und Schiffe knapp vor dem Wehr noch gerettet werden.

Aus Schaden gelernt

Glimpflich kam das Sulmtal davon. In manchen Gemeinden gab es durch Oberflächenwasser Überschwemmungen, auch die Keller standen unter Wasser, im unteren Sulmtal passierte jedoch so gut wie nichts. Man hatte aus der letzten Hochwasserkatastrophe vor acht Jahren gelernt und Rückhaltebecken gebaut. Damals standen die Anlagen eines Automobilwerkes unter Wasser.

Diesmal befürchtete man, daß der Damm bei Neckar-

sulm den Wassermassen nicht mehr standhalten würde, da er bereits einige poröse Stellen zeigte. 200 Mitglieder der Feuerwehr und des THW dichteten den Damm mit Sandsäcken ab – er konnte gehalten werden und dürfte inzwischen durch eine Spundwand befestigt sein.

Der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Karlsruhe sprach denn, nachdem die schlimmsten Schäden dieses „Jahrhunderthochwassers“ beseitigt sind, den Helfern seinen Dank aus, und diese Worte können wohl für alle Helfer in den betroffenen Kreisen stehen: „Ihrem Mut und Ihrer Tatkraft ist es zuzuschreiben, daß das menschliche Leid und die materiellen Schäden nicht noch größer wurden. Angesichts der gemeinsamen Anstrengung ist es nicht möglich, auch nur einen der rund 10 000 Helfer besonders hervorzuheben. Ihnen allen gilt meine hohe Anerkennung und mein Dank.“

– Der Präsident des BVS –

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz!

Sie alle haben in den vergangenen Jahren bei den verschiedensten Gelegenheiten über die Bemühungen um eine Veränderung der Struktur des Verbandes manches gehört und gelesen. Schließlich gehen die ersten Überlegungen dazu in das Jahr 1972 zurück und haben eine Entwicklung eingeleitet, die heute nach 6 Jahren als abgeschlossen gelten kann. Es scheint mir daher an der Zeit, Ihnen einmal den gesamten Komplex zu umreißen und die wesentlichsten Probleme darzustellen.

Vorstand und Mitglieder, Bundeshauptstelle und auch die Gesprächspartner im Bundesministerium des Innern hatten das Ziel anzustreben, eine Organisationsform zu finden, die dem durch das KatSG geänderten gesetzlichen Auftrag entsprechen und eine effektivere Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung ermöglichen sollte. Dabei durften, nach einer berechtigten Forderung der Länder, der föderalistische Aufbau des BVS nicht angetastet und, nach einer Forderung des Bundesministers der Finanzen, der bisherige finanzielle Rahmen für die Arbeit des Verbandes nicht überschritten werden.

Ich glaube, daß uns dies nach vielen Verhandlungen und einem zähen Ringen um die bestmögliche Lösung dank des Verständnisses und guten Willens aller Beteiligten gelungen ist.

Ich spreche ganz bewußt nicht von der besten, sondern von der bestmöglichen Lösung, und ich bin mir darüber im klaren, daß die jetzt verabschiedete Regelung nicht die uneingeschränkte Zustimmung aller finden wird; für den einen oder anderen nämlich kann die Strukturänderung die Notwendigkeit zur Einarbeitung in zusätzliche oder neue Aufgabenstellungen oder das Hineinfinden in ein neues Mitarbeiter-Team bedeuten. Eines aber steht fest, und das soll hier noch einmal in aller Form versichert werden: Der Besitzstand der hauptamtlichen Mitarbeiter und die Einsatzmöglichkeiten der ehrenamtlichen Mitarbeiter bleiben gewährleistet.

Ich will versuchen, Ihnen einen kurzen Überblick über Ursachen und

Ziele unserer Bemühungen um eine Strukturänderung zu geben.

Überlegungen zu organisatorischen Änderungen sind für jede Institution, gleich, ob sie auf privatwirtschaftlicher oder öffentlicher Grundlage beruht, in gewissem Sinne eine Daueraufgabe. In einer Gesellschaft, in der sich die Vorstellungen über das Zusammenleben und -arbeiten der Menschen sehr schnell weiterentwickeln, müssen auch solche Institutionen mithalten. Dies gilt im besonderen Maße für unseren Verband, der seine Aufgabe in sehr engem Bezug zum Bürger erfüllt.

Das 1968 verabschiedete Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) und die dazu in der Folgezeit erlassenen Verwaltungsvorschriften setzten für unsere Arbeit veränderte Schwerpunkte und brachten auch erneut eine Überprüfung der Organisationsstruktur in Gang. Dabei waren folgende Feststellungen nicht zu übersehen:

Konnten wir es uns bis dahin noch leisten, das Bundesgebiet unterschiedlich mit haupt- und ehrenamtlichen Dienststellen abzudecken, Schwerpunkte da zu setzen, wo sie in bezug auf Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung besonders ergiebig schienen, so war die Situation nach dem KatSG eine andere. Zweifellos gab es auch vorher schon ehrenamtliche Dienststellen, die eine ständige Präsenz garantierten und hervorragende Leistungen brachten; aber das war weitgehend von den Umständen und der persönlichen Initiative der ehrenamtlichen Mitarbeiter, sei es nun als Dienststellenleiter oder Fachbearbeiter, abhängig. Das KatSG aber verlangt von uns, im ganzen Bundesgebiet als Ansprechpartner des Hauptverwaltungsbeamten jederzeit verfügbar zu sein, um in seinem Auftrag die Bevölkerung auszubilden.

Dieser Forderung aber stand die Unterteilung in haupt- und ehrenamtliche Dienststellen und die, man könnte sagen, Aufspaltung in viele kleinere Organisationseinheiten entgegen.

Da sind zwar in 135 Dienststellen hauptamtliche Kräfte tätig, jedoch zum weitaus überwiegenden Teil jeweils nur der Dienststellenleiter, ein Fachbearbeiter und eine Bürohilfskraft. 192 Dienststellen sind einer

Besetzung ausschließlich mit ehrenamtlichen Kräften vorbehalten. Da es immer schwieriger wird, tagsüber einsetzbare Helfer zu gewinnen, die auch bereit und in der Lage sind, Verwaltungsarbeit zu übernehmen, kann ein großer Teil der ehrenamtlich ausübenden Leitungs- und Verwaltungsfunktionen nicht mehr besetzt werden. In zahlreichen Fällen müssen daher rein ehrenamtlich besetzte Dienststellen von Bediensteten benachbarter Dienststellen verwaltungsmäßig und z. T. fachlich mitbetreut werden.

Angesichts der unzureichenden hauptamtlichen Besetzung ist diese Unterstützung nur in beschränktem Umfang möglich. Besondere Schwierigkeiten bereitet dabei die vollkommen ungenügende Ausstattung mit Kraftfahrzeugen; z. Z. sind bei den BVS-Dienststellen insgesamt nur 67 fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstellen vorhanden, die aber in 327 Dienstbereichen zum Einsatz gebracht werden müssen.

Auf der Grundlage einer Auswertung dieser Erkenntnisse beauftragten Vorstand und Mitgliederversammlung 1972 die Bundeshauptstelle, konkrete Pläne zu verbandsinternen organisatorischen Änderungen zu erarbeiten, damit der BVS in die Lage versetzt wird, den Auftrag des Gesetzgebers besser zu erfüllen. Damit sollten nicht nur die Auswirkungen des KatSG auf die Organisation übertragen, sondern möglichst ein noch rationelleres Arbeiten gewährleistet und damit eine Steigerung der Effektivität erreicht werden. Nach eingehender Erörterung der ihnen 1973 vorgelegten Alternativvorschläge beschlossen die Organe, eine Strukturänderung des BVS durchzuführen und dabei von folgenden unverzichtbaren Grundsätzen auszugehen:

- Alle BVS-Dienststellen müssen gleiche Arbeitsbedingungen erhalten; dazu gehört insbesondere die ausreichende hauptamtliche Besetzung jeder Dienststelle.

- Die hauptamtlichen Kräfte sind so einzusetzen, daß ein größerer Anteil als bisher im Fachbereich, d. h. für die Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Unterrichtung und Ausbildung auf der Orts-/Kreisebene verfügbar ist.

- Die künftigen Dienststellen sind ausreichend mit Kraftfahrzeugen

zur Bewältigung der fachlichen Aufgaben auch in größeren Dienstbereichen auszustatten.

● Die ehrenamtlichen Mitarbeiter müssen für die eigentlichen Fachaufgaben zur Verfügung stehen und sind deshalb von Verwaltungsaufgaben freizuhalten.

Der Bundesminister des Innern hielt eine Strukturänderung in der von den Organen des BVS beschlossenen Form für sachgerecht. Auch der Bundesminister der Finanzen erkannte die Notwendigkeit der Änderung im Grundsatz an. Aus der angespannten Haushaltslage des Bundes und der verschärften Situation im Personalbereich des öffentlichen Dienstes ergaben sich jedoch Zwänge, denen sich auch der BVS nicht entziehen konnte. Es mußte nunmehr davon ausgegangen werden, alle nur denkbaren mit der Strukturänderung verbundenen, einmaligen und laufenden Kosten im Rahmen der Haushaltsansätze für den BVS zu halten. Somit waren weitere schwierige und sich über Jahre erstreckende Verhandlungen erforderlich. Unerlässlich war es dabei, alle Ebenen der Verbandsorganisation einzubeziehen und bei allen finanziellen Überlegungen die vom Verband aufgestellten Grundsätze der Organisationsänderung nicht anzutasten.

Die Verhandlungen konnten jetzt zum Abschluß gebracht werden; die Zustimmungen des BMI und des BMF zur Strukturänderung liegen vor. Auf der Orts-/Kreisebene werden insgesamt 81 BVS-Dienststellen eingerichtet, die sich wie folgt auf die einzelnen Landesstellen verteilen:

Schleswig-Holstein	4
Hamburg	2
Niedersachsen	10
Bremen	1
Nordrhein-Westfalen	23
Hessen	7
Rheinland-Pfalz	5
Baden-Württemberg	12
Bayern	15
Saarland	2

Die Standorte und die Bereiche der Dienststellen werden im Einvernehmen mit den Ländern und mit dem BMI festgelegt.

Jede der 81 BVS-Dienststellen wird einheitlich mit 8 hauptamtlichen Mitarbeitern, nämlich dem Dienststellenleiter, einem Fachbearbeiter, einem Verwaltungssachbearbeiter, zwei Leitern und zwei Lehrern der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstellen (FAAST) und einer Bürohilfskraft sowie nach Maßgabe eines

neuen Sollstärkeplanes mit ehrenamtlichen Mitarbeitern im Arbeitsstab und für die Tätigkeit als Beauftragte, die im Dienststellenbereich verteilt tätig sind, in ausreichender Zahl besetzt.

An Fahrzeugen erhält jede Dienststelle zwei FAASTen. Damit erhöht sich die Anzahl dieser Einrichtungen von 67 auf insgesamt 162. Außerdem wird je Dienststelle ein Pkw, der ebenfalls für die Durchführung von Fachaufgaben einsetzbar ist, verfügbar sein.

In jedem Bundesland wird der BVS nach wie vor durch eine Landesstelle vertreten sein; in Bremen soll der Leiter der dortigen BVS-Dienststelle zugleich die Aufgaben des Landesstellenleiters wahrnehmen. Die Arbeitsstäbe der Landesstellen werden entsprechend der Ländergröße und der künftig vorgesehenen Anzahl der nachgeordneten Dienststellen personell unterschiedlich besetzt. Wegen der starken Erhöhung der Anzahl der FAASTen ist vorgesehen, zukünftig nur noch insgesamt 6 fahrbare Schulen zum Einsatz zu bringen.

Außerdem stehen den Landesstellen wie bisher 7 fahrbare Zivilschutzstellungen (FZA) jeweils mit Leiter, Redner und Fahrer zur Verfügung, die sowohl zu aktuellen Anlässen an Schwerpunkten wie in Gebieten mit wenigen ehrenamtlichen Helfern eingesetzt werden können.

Die Abwicklung aller Maßnahmen zur Strukturänderung wird sich mindestens auf drei Jahre erstrecken. Vorgespräche der Tarifpartner mit dem Ziel, möglichst bald den Tarifvertrag für die Angestellten des BVS vom März 1967 durch einen neuen Vertrag zu ersetzen, wurden bereits geführt; ein Termin für Tarifverhandlungen war für Ende Juni festgelegt. Organe und Geschäftsleitung des Verbandes sind sich, zusammen mit der Personalvertretung, einig, daß Entlassungen von Bediensteten grundsätzlich ausgeschlossen sein müssen und der Besitzstand gewahrt bleibt.

Auch hinsichtlich der ehrenamtlichen Mitarbeiter sind sich Vorstand und Mitglieder darüber einig, daß die Strukturänderung ihnen ein breites Betätigungsfeld lassen und ihren Einsatz nach Möglichkeit sogar noch sinnvoller und erfolgreicher gestalten soll.

Dabei geht es vor allem um die Ausschöpfung des vorhandenen Potentials. Die derzeitige Zahl der ausge-

bildeten ehrenamtlichen Helfer wäre nämlich voll ausreichend für die Bewältigung der in Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung gesteckten Ziele. Ihr Einsatz aber soll in Zukunft intensiver und sinnvoller gestaltet werden. Es geht nicht an, daß sich der ehrenamtliche Mitarbeiter einer langen zeit- und kräfteerfordernden Ausbildung unterzieht und dann nur sporadisch eingesetzt oder mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt wird. Dies kann seinem Bedürfnis nach aktiver Mitarbeit an unserer humanitären Aufgabe in keiner Weise entsprechen.

Eine Ausweitung der Sollstärke ist also nicht mehr erforderlich. Der künftige Sollstärkeplan für ehrenamtliche Funktionen wird daher in etwa der heutigen Iststärke entsprechen. Dabei ist natürlich – ebenso wie bei den hauptamtlichen Mitarbeitern – auch bei den ehrenamtlichen eine Um- und Neuverteilung der Funktionen in manchen Fällen zwingend notwendig. Diese Funktionen werden sich vor allem auf bestimmte Bereiche in den Arbeitsstäben der Dienststellen sowie auf die Beauftragten konzentrieren. Der Arbeit der Beauftragten wird dabei für die künftige Entwicklung im Bereich der ehrenamtlichen Mitarbeiter besondere Bedeutung beigemessen. Im übrigen darf ich Ihnen versichern, daß die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Sollstärkeplanes stehenden Fragen, soweit sie den Einsatz der Helfer berühren, natürlich unter Mitwirkung des Helfervertreeters bei der Bundeshauptstelle geregelt werden, bevor sie den Organen zur Beschlußfassung zugehen.

Meine lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ich habe versucht, Ihnen die Grundsätze und Ziele der Strukturänderung zu umreißen. Bei der Erarbeitung der Grundsätze und der daraus resultierenden neuen Struktur waren wir am Zuge. Ob die gesteckten Ziele erreicht werden, wird nun in erster Linie von Ihnen abhängen. Ich vertraue darauf, daß Sie die gleiche Begeisterung und Phantasie, die Sie in der Vergangenheit bei der Erfüllung unserer Aufgaben unter Beweis gestellt haben, auch in die neue Struktur des Verbandes mit einbringen; und ich bin sicher, daß Sie nach einer ersten Zeit der Anpassung die veränderten Arbeitsbedingungen als effektiver und befriedigender erleben werden. In dieser Zuversicht wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

Kuhn, Präsident des BVS

Zwischen Nordsee und Ostsee

Bad Segeberg. 85 Verkäuferinnen und Verkäufer sowie 56 Verwaltungsangestellte eines Möbel-Unternehmens in Bad Segeberg nahmen am 6. und 7. April 1978 an einer Aufklärungsveranstaltung der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle des BVS teil. In zweimal drei Stunden erläuterten die BVS-Mitarbeiter Boldt und Prüfer den „Brandschutz im Selbstschutz“. Die Teilnehmer wurden dabei auch in der Handhabung der betriebseigenen Feuerlöscher P 6 ausgebildet.

Neumünster. Artur Föhre, ehrenamtlicher BVS-Helfer aus Neumünster, wurde mit der Ehrennadel des BVS ausgezeichnet. BVS-Landesstellenleiter Franz Beiter, der die Auszeichnung überreichte, würdigte Föhres Tätigkeit als Fachbearbeiter im Bereich „Bau und Technik“, die er seit 1968 ausübt.

Auf seine Initiative hin wurde in der Stadt Neumünster der erste, mit privaten Mitteln finanzierte Schutzraum in der Bundesrepublik gebaut. Föhre, der bereits 1954 zum BVS kam, stellte sich auch als Bauberater auf Ausstellungen zur Verfügung.

Als bekannter Architekt und als profilierte Persönlichkeit setzt sich Föhre für den Gedanken des Selbstschutzes ein, den er den Politikern und den Verantwortlichen in den Behörden nahebringen will. Er ist auch Selbstschutzberater der Stadt.

Eckernförde. Für seine 25jährige ehrenamtliche Tätigkeit als BVS-Helfer wurde Werner Stapelfeldt mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. Er ließ sich, seinen beruflichen Neigungen entsprechend – Stapelfeldt ist Architekt –, zum Bauberater ausbilden. Bis 1971 war er Fachbearbeiter „Bau und Technik“.

Nach der Auflösung der Eckernförder BVS-Dienststelle stellte er sich dem BVS in Neumünster zur Verfügung.

Bauberatungen auf landwirtschaftlichen Ausstellungen, wie etwa der

NORLA/NORFOKA in Rendsburg, liegen ihm besonders; daneben arbeitet Stapelfeldt als Bauberater im Landkreis Rendsburg/Eckernförde.

Flensburg. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit startete die Flensburger BVS-Dienststelle vor einigen Wochen eine besondere Aktion: Mit persönlichen Schreiben wandte sich BVS-Dienststellenleiter Hiebsch an die Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehren, die Vorsitzenden der Landfrauenvereine und die Pastoren im Dienstbereich. Er machte ihnen das Angebot, eine Aufklärungsveranstaltung, einen Selbstschutz-Grundlehrgang durchzuführen oder einen Fachvortrag zu einem besonders interessanten Thema zu halten. Bisher haben von dem Angebot – rd. 200 Personen wurden angeschrieben – vorwiegend die Freiwilligen Feuerwehren Gebrauch gemacht. Sechs Veranstaltungen wurden bereits durchgeführt. Einige Wehrführer bat, die angebotenen Veranstaltungen ab Frühjahr durchzuführen, weil in der kommenden Zeit bei ihnen zunächst die praktische Ausbildung Vorrang habe.

Für die Landfrauenvereine waren zwei Veranstaltungen vorgesehen; eine fand bereits statt. Kirchliche Arbeitskreise haben bisher vier Veranstaltungen mit dem BVS eingeplant. In vielen Vereinen und Verbänden ist die Planung der Winterarbeit im wesentlichen abgeschlossen, die BVS-Dienststelle Flensburg beabsichtigt daher, im kommenden Herbst die angesprochenen Personen noch einmal an das Angebot des BVS zu erinnern.

Kiel. Die Teilnehmer an einem dreitägigen Fachlehrgang „Bergung“, den der BVS auf dem Gelände am Elendsberg in Kiel durchführte, übten das Abseilen aus Höhen. Etwa 40 Freiwillige aus verschiedenen Kieler Behörden und Dienststellen ließen sich unterweisen, um nach der Teilnahme an diesem Lehrgang oder dem parallel laufenden Brandschutzlehrgang künftig in ihren Dienststellen die Brandschutz- und Bergungsgruppen zu unterstützen.



Sorgfältig müssen die Leinen umgelegt und geführt werden, ehe der Teilnehmer den Abstieg beginnt.



Aufmerksam beobachten die Lehrgangsteilnehmer, wie sich einer von ihnen an der Außenwand eines Schuppens abseilt. Die Übung erfordert persönlichen Mut.

Katastrophenschutz-Ausstellung im Einkaufs-Zentrum

Eine Gesellschaft, die sich mit der Entwicklung von Einkaufs-Zentren befaßt, gab der BVS-Landesstelle Bremen im April bekannt, daß die zur Unternehmensgruppe gehörenden Einkaufs-Zentren grundsätzlich bereit sind, Wanderausstellungen des BVS auf ihrem Areal zu gestatten und diese tatkräftig zu unterstützen. Das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ der BVS-Bundeshauptstelle hat daraufhin die Landesstellen, in denen die Unternehmensgruppe vertreten ist, auf die angebotene Möglichkeit hingewiesen.

In einem Einkaufs-Zentrum im Bereich der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord wurden bereits im Juli 1977 erste Kontaktgespräche geführt. Der zuständige Manager, Fischer, war sofort bereit, eine Ausstellung des BVS im Einkaufs-Zentrum aufzunehmen und zu unterstützen. Nach einer Ortsbesichtigung zeigte sich, daß die Ausstellungsflächen für eine Ausstellung des BVS allein zu großräumig sind. BVS-Dienststellenleiter Bochert erbot sich, mit allen in Hamburg im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen Kontakt aufzunehmen, um festzustellen, ob bei diesen die Bereitschaft zur Mitwirkung im Rahmen einer gemeinsamen Ausstellung bestand.

Nach dem positiven Echo fanden im Januar 1978 vorbereitende Gespräche zwischen dem Manager und den Vertretern des BVS und aller Hilfsorganisationen statt. Als Ausstellungstermin wurde die Zeit vom 13. bis 22. April 1978 festgelegt.

Der Präses der Innenbehörde, Senator Werner Staak, wurde gebeten, die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Er erklärte sich bereit, diesem Wunsch zu entsprechen. Mit Plakaten, die die Embleme aller beteiligten Hilfsorganisationen trugen, wurde auf diese Ausstellung hingewiesen. An der Ausstellung beteiligten sich: BVS, DLRG, DRK, Deichwacht Hamburg, ASB, JUH, THW und Feuerwehr.

Am Vormittag des 13. April 1978 hatte BVS-Landesstellenleiter Franz Beiter Vertreter der Hamburger Presse, den Rundfunk und das Fernsehen zu einem Pressegespräch eingeladen. Der Norddeutsche Rundfunk sendete



Senator Staak, der Schirmherr der Ausstellung, hält die Eröffnungsrede. In der ersten Reihe (sitzend v. l.): Landesstellenleiter Beiter, Oberbranddirektor Gebhardt und THW-LB Trautvetter.

am gleichen Tage im UKW-Programm in seiner „Umschau am Abend“ einen Beitrag über die Aufgaben des BVS unter dem Titel „Vorsorge oder Panikmache“. Interviewpartner waren NDR-Redakteur Fricke und BVS-Landesstellenleiter Franz Beiter.

Vor weit über 100 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung und den Vertretern der Hilfsorganisationen wurde in den Abendstunden die Ausstellung eröffnet. Nach der Begrüßung durch Manager Fischer machte Beiter Ausführungen zur Ausstellung und den Veranstaltungen. Er betonte, daß gerade die Bewohner Hamburgs nach dem letzten Krieg mehrfach Anlaß hatten, die Einrichtungen des Katastrophenschutzes bei Sturmfluten und anderen Situationen auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen. Den ständigen Bemühungen aller bisherigen Innensensoren sei es zu verdanken, daß der Katastrophenschutz in Hamburg inzwischen einen Stand erreicht habe, auf den man mit Recht stolz sein könne. Nun gelte es, weiterhin die Bevölkerung zu informieren und sie zu motivieren, für den eigenen Schutz auch selbst etwas zu tun.

Senator Staak sagte in seiner Eröffnungsansprache u. a.: „Der Bundesverband für den Selbstschutz und die anderen im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen haben in diesem Jahr einen interessanten Weg gewählt, um ... das Interesse der Bürger zu finden. ... Fragen des aktiven oder auch vorbeugenden Katastrophenschutzes finden in der Öffentlichkeit vielfach erst dann ihren Niederschlag, wenn Katastrophen bereits eingetreten oder gerade überstanden sind. Sehr schnell sind viele ... bereit, die Fragen eines moder-

nen, zeitgemäßen Katastrophenschutzes wieder zu verdrängen. Für den Hamburger Senat sind und waren Fragen eines modernen Katastrophenschutzes grundsätzlich auch Fragen der Lebensfähigkeit dieser Stadt.“

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord waren mit folgenden Einzelveranstaltungen an der Aktion beteiligt: 12 Aufklärungsveranstaltungen für 35 Schulklassen mit insgesamt 1197 Schülerinnen und Schülern; 35 Aufklärungsveranstaltungen mit 1794 Teilnehmern, die als Nachmittagsveranstaltungen durchgeführt wurden; 9 Vorführungen „Ablöschen brennender Personen“, dabei wurden 2300 Zuschauer gezählt.

Das Einkaufs-Zentrum wird täglich von rund 25 000 Personen besucht. Da die Ausstellung und die Infostände über das gesamte Areal des Einkaufszentrums (drei Etagen) verteilt waren, kann angenommen werden, daß sich rund 170 000 Besucher und Kunden über den BVS und die Katastrophenschutzorganisationen in Hamburg informieren konnten.



Interessiert betrachtet Senator Staak die ausgestellten Geräte und Schaubilder; links im Bild: BVS-Dienststellenleiter Borchert.

Bau-Fachleute informierten sich

Die Mitglieder der Architektenkammer Bremen und des Bundes Deutscher Baumeister, Bremen, waren zu einem Informationsvortrag der BVS-Landesstelle eingeladen worden. Zusammen mit der Einladung war ihnen eine Kurzinformation über die Möglichkeiten des Baues von Hausschutzräumen zugegangen.

Zum Thema „Hausschutzräume – technische Anforderungen und deren Verwirklichung“ sprach BVS-Landesstellenleiter Singer. U. a. wurden den Anwesenden die Beratungsmöglichkeiten des BVS erläutert. Mit dieser Veranstaltung wollte man erreichen, daß künftig mehr Architekten als bisher bei ihren Beratungen und Gesprächen mit Bauherren und Bauinteressenten auf die Möglichkeit des Einbaues von Hausschutzräumen hinweisen. In Bremen stehen – nach Mitteilung des Senators für Inneres –

im Jahre 1978 weitere Haushaltsmittel als Zuschüsse für den Bau von Hausschutzräumen zur Verfügung.

Bauberatungen über Hausschutzräume

Während einer Ausstellung des BHW – „Bauen und Wohnen“ – hatten die Besucher Gelegenheit, sich über den Bau von Hausschutzräumen zu informieren. Diese Ausstellung wurde in der Stadthalle von Bremerhaven gezeigt. Wichtige Hinweise über Zuschüsse und steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten beim Bau von Schutzräumen konnten Hausbesitzer und künftige Bauherren gleich zur Kenntnis nehmen.

Die BVS-Bauberater aus Bremerhaven und Bremen erregten die Aufmerksamkeit der Besucher, indem sie über Tageslichtprojektor Grundrisse und Belüftungsanlagen von Schutzräumen zeigten. Sie erläuterten auch die „Bautechnischen



Unser Bild zeigt die attraktive Koje des BVS auf der BHW-Ausstellung „Bauen und Wohnen“. Zahlreiche Besucher nutzten die Möglichkeit, sich über Schutzräume zu informieren.

Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschutzes“. Ein Schutzraummodell und Pläne von bereits ausgeführten Hausschutzräumen im Neubau eines Wohnhauses sowie Beispiele für den nachträglichen Ausbau eines bestehenden Keller- raumes ergänzten das Informationsangebot des BVS.

Selbstschutzwettbewerb und Rettungsübung

Der Selbstschutzwettbewerb, der im Rahmen einer Dorfwoche der Samtgemeinde Gellersen bei Lüneburg veranstaltet wurde, stand unter der Schirmherrschaft von Samtgemeindedirektor Reiner Guthoff. Sein Motto: „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“.

Die Lüneburger BVS-Dienststelle war der Träger der Veranstaltung; beteiligt waren der Ortsverband Kirchzellern des DRK und die Freiwillige Feuerwehr Gellersen. Das Ergebnis überraschte. Die Teilnehmer erzielten bei den Aufgaben – es mußten zehn Aufgaben gelöst werden – überdurchschnittliche Ergebnisse.

Jeder sollte seine Fähigkeit, Selbst- und Nächstenhilfe zu leisten, kritisch überprüfen und angeregt werden, sich noch fehlende Kenntnisse anzueignen. Man wollte mit dieser Veranstaltung das Interesse der Bürger am Selbstschutz wecken. Das ist notwendig, wenn der Samtgemeinde-



Samtgemeindedirektor Guthoff (links) zeigte sich erfreut über den Wissensstand der Teilnehmer. Bildmitte: BVS-Dienststellenleiter Schaper.

direktor als Hauptverwaltungsbeamte seinen gesetzlichen Auftrag, den Selbstschutz aufzubauen, zu fördern und zu leiten, erfüllen soll.

In seiner Begrüßung stellte Samtgemeindedirektor Guthoff diesen Auftrag in den Vordergrund. Bürgermeister und Ausschüsse seien, als politische Organe, in diesem Fall nicht zuständig, meinte er. Sein Dank galt dem Leiter der BVS-Dienststelle Lüne-

burg, Wilhelm Schaper, der die Idee zu dieser Veranstaltung hatte, und der Leiterin des DRK-Ortsvereins Kirchzellern, Helene Tiel, welche tatkräftig geholfen hatte, die Idee zu realisieren.

Lebensrettende Sofortmaßnahmen, die Bedeutung der Sirensignale, Fragen aus dem Bereich des Schutzes vor Unfällen, das waren Aufgaben des Wettbewerbs. Sieger wurde Ger-

hard Lemke aus Kirchzellern, er erhielt aus der Hand des Schirmherrn einen vom BVS gestifteten Zinnteller als Ehrenpreis. Weitere Preise wurden verlost, Kleinf Feuerlöscher, Verbandkästen und Bücher wurden freudig von den Gewinnern in Empfang genommen.



Kritisch wird jeder Handgriff der Wettbewerbsteilnehmer überwacht; hier wird die richtige Lagerung nach einem Schock demonstriert.

Den Abschluß der Veranstaltung bildete eine gemeinsame Rettungsübung von DRK und Feuerwehr – unter Einsatz von schwerem Gerät – bei einem angenommenen Verkehrsunfall.

Interessante Zivilschutz-Ausstellung

Im Neubau der Stadtparkasse zeigte die BVS-Dienststelle Cuxhaven eine vielbeachtete Zivil- und Selbstschutz-Ausstellung.

Oberstadtdirektor Dr. Hans-Heinrich

Eilers würdigte in seiner Eröffnungsansprache die Bemühungen des BVS, mit solchen Ausstellungen falsche Vorstellungen über den Zivilschutz abzubauen. Eilers rief die Cuxhavener Bürger auf, mehr noch als bisher vom Ausbildungsangebot des BVS Gebrauch zu machen. BVS-Dienststellenleiter Eversmann dankte Sparkassendirektor Armin Korthals für die Unterstützung bei der Durchführung der Ausstellung.

Es wurde die Tafelausstellung „Zivilschutz“ gezeigt, welche durch die



Für diesen 1. Preis lohnt sich das Nachdenken. Ein Lebensmittelvorrat für 14 Tage für einen Vier-Personen-Haushalt. BVS-Dienststellenleiter Eversmann (rechts) im Gespräch mit dem Spender und Sparkassendirektor Korthals.

Themen Brandbekämpfung im Haushalt – Lebensmittelbevorratung – Gefahren am häuslichen Arbeitsplatz – Hausapotheke/Verbandmittel ergänzt wurde. Geschäftsleute der Stadt hatten es übernommen, die Stände auszustatten. Die entsprechenden Gegenstände wurden als Preise für das „Selbstschutz-Ratespiel“ zur Verfügung gestellt. Der 1. Preis war ein Lebensmittelvorrat eines Vier-Personen-Haushaltes für 14 Tage.

Mehr als 200 persönliche Selbstschutzberatungen, 26 Schutzbauberatungen und zahlreiche Anmeldungen für Selbstschutz-Grundlehrgänge waren der Erfolg dieser Aktion.



Vor kniffligen Entscheidungen. Innerhalb von zwei Minuten sollen die richtigen Antworten zu Papier gebracht werden.

Niedersachsen kurz und bündig

Bienenbüttel/Uelzen. Gemeindedirektor Alsholz betonte in einer Rede anlässlich der Eröffnung einer ZS-Ausstellung, daß es auch Aufgabe der Gemeinden sei, sich mit den Fragen des Zivilschutzes zu befassen. Schwerpunkt der Überlegungen sei der Selbstschutz als Grundlage aller Schutz- und Hilfsmaßnahmen. Ihm komme daher ein besonders hoher Stellenwert zu.

Nordhorn/Meppen. „Selbstschutz geht jeden an!“, dieses Motto unterstrich Stadtrat Bernhard Schoo anlässlich der Ausstellung „Zivilschutz“ der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Nordhorn. Schoo dankte den Mitarbeitern des BVS und der Katastrophenschutz-Organisationen, die mit dazu beitragen, der Bevölkerung den Gedanken der Vorsorge näherzubringen.

Norderney. Der Leiter der BVS-Dienststelle Aurich hatte durchaus richtig geplant, daß der März für die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ auf der Badeinsel Norderney der richtige Zeitpunkt sei.

60 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die zur Eröffnung erschienen waren, und eine stattliche Besucherzahl waren die Bilanz.

Soltau. Vor der Gesellschaft für Wehrkunde hielt der Leiter der BVS-Dienststelle, Wilhelm Welge, einen Vortrag. Er verwies darauf, daß ohne die zivile Verteidigung eine militärische Verteidigung undenkbar sei. Die Bundesrepublik müsse sich deutlicher zur zivilen Nato-Verteidigung, vor allem aber zur Zivilverteidigung im nationalen Bereich, bekennen.

Alfeld. Die Fachbearbeiterin für Frauenarbeit der BVS-Dienststelle Hildesheim, Renate Heiland, referierte vor den Mitgliedern des Ortsverbandes des Deutschen Hausfrauenbundes. Es gelang ihr, die Frauen für eine Selbstschutz-Ausbildung zu interessieren.

Die Öffentlichkeit wachrütteln

Unna. „Wir müssen die Öffentlichkeit für den Selbstschutz wachrütteln“, erklärte der Stadtdirektor von Werne, Dr. Heinrich Hoffschulte, als er in der Volksbank Werne die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ eröffnete. Als Schirmherr dieser Ausstellung lobte er das Engagement der Katastrophenschutz-Organisationen: „In Werne stehen zahlreiche Freiwillige für den Dienst am Mitmenschen bereit. Sie proben uneigennützig für Einsätze, die hoffentlich nie erforderlich werden.“

Klaus Gissel vom BVS erklärte bei der Eröffnung der Ausstellung, Selbstschutzmaßnahmen sollten bereits im Haushalt beginnen, etwa mit dem Anlegen eines Lebensmittelvorrates. In der Werner Volksbank war als Beispiel eine ausreichende „eiserne Reserve“ ausgestellt. Der BVS-Sprecher empfahl ferner die Einrichtung einer Hausapotheke, die Vorbereitung von Notgepäck und die Sicherung wichtiger Dokumente.

Umzug im Herbst

Gelsenkirchen. Im neuen Katastrophenschutzzentrum, welches die Stadt Gelsenkirchen in den ehemaligen Kasernen an der Adenauer-Allee einrichten will, wird auch die Gelsenkirchener BVS-Dienststelle eine neue Unterkunft finden. Horst Schlemminger, der kommissarische Leiter dieser Dienststelle, rechnet damit, daß er den Umzug im Herbst dieses Jahres vornehmen muß.

Die Stadt Gelsenkirchen gibt für den Umbau der Kasernen, in denen künftig alle Hilfs- und Katastrophenschutz-

einheiten Platz finden werden, rund 800 000 DM aus. Nach Angaben Schlemmingers haben im vorigen Jahr 1784 Gelsenkirchener Bürger an einem Selbstschutzgrundlehrgang teilgenommen.

Ein zuverlässiger Partner

Leverkusen. Daß die Bundespost auch im Bereich des betrieblichen Katastrophenschutzes ein zuverlässiger Partner ist, stellten die Beauftragten der BVS-Dienststelle Leverkusen fest. Sie beobachteten eine Frühjahrsübung der Katastrophenselbstschutzeinheiten des Postamtes Radevormwald.

13 Postbeamte probten bei einem Zimmerbrand in einem abbruchreifen Haus den Ernstfall. Sie bewiesen dabei nicht nur Schnelligkeit im Umgang mit Löschgeräten, sondern auch handwerkliches Geschick beim Bau einer Treppe. Die Beobachter sparten nicht mit Lob für die praktischen Übungen, zu denen auch das Abseilen aus einem höhergelegenen Stockwerk gehörte.

Schlanke „Opfer“ bevorzugt

Paderborn. „Alle ‚Opfer‘ sind nicht gerade schlank“, kommentierte Dorothea Zücker vom Bauverwaltungsamt der Stadt Paderborn, als sie von ihren Erfahrungen aus der Selbstschutzausbildung berichtete, die die Stadt für 30 Mitarbeiter – in Zusammenarbeit mit dem BVS – in Paderborn durchgeführt hatte. Der Wille zum „Mithalten“ mit den männlichen Kollegen in den Selbstschutzzügen der Stadtverwaltung, die nun ihre Ausbildung abgeschlossen haben, mußte mit vielen Schweißtropfen erkauft

werden. Über 30 Stunden drückten auch die Damen die Schulbank.

Dorothea Zücker, Barbara Grosser und Elisabeth Salmen hatten es nicht leicht, wenn beim Üben der Rettungsgriffe übergewichtige Kollegen auf die bereitstehende Trage zu legen oder in die stabile Seitenlage zu bringen waren.

Seit 1956 für den BVS tätig

Lengerich. Der ehrenamtliche Leiter der BVS-Dienststelle für den Kreis Steinfurt, Karl Beißel, wurde in einer Feierstunde in den Ruhestand verabschiedet. Vertreter der Kreis- und der Stadtverwaltung von Rheine würdigten die Arbeit von Beißel, der seit 1956 für den Selbstschutz tätig war und 1957 das Amt des Dienststellenleiters im Kreis Steinfurt übernommen hatte. Daß die Bevölkerung dieser Region dem Gedanken des Selbstschutzes sehr aufgeschlossen ist, sei nicht zuletzt Karl Beißel zu verdanken, hieß es in den Reden, die anlässlich seiner Verabschiedung gehalten wurden.

Selbstschutz auf dem Stundenplan

Pelkum. Zwei Tage lang stand in der Kopernikus-Hauptschule in Pelkum Selbstschutz auf dem Stundenplan. Die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen durch Mitarbeiter der BVS-Landesstelle in Recklinghausen brachte für drei Abschlußklassen Abwechslung in den Unterricht. Die Jungen und Mädchen waren auch an Informationen über den Zivil- und Katastrophenschutz sehr interessiert.

Freiwillige Feuerwehr ließ sich informieren

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Heppenheim waren bei der Feuerwehr zu Gast. Diesmal hatte die Freiwillige Feuerwehr Birkenau darum gebeten, einige Vorträge hören zu können. Man interessierte sich vor allem für folgende Probleme: Gefah-

ren aus der Retorte; Wirkung von Atomsprengkörpern; Bergung im Selbstschutz; Zivilschutz in unserer Welt.

Für die BVS-Mitarbeiter war es nicht nur ein Auftrag, den es zu erfüllen galt, man freute sich, vor einem sachverständigen Publikum sprechen zu können. Nach jedem Vortrag gab es rege Diskussionen. Man war sich

darüber einig, daß in unserer gefährlichen Welt Zivil- und Katastrophenschutz notwendig sind. Den Feuerwehrmännern liegt das Wohl der Bevölkerung besonders am Herzen, zumal es bei ihnen nicht nur um Brandbekämpfung geht, sondern auch um Hilfsmaßnahmen gegen die Gefahren, die der Alltag mit sich bringt.

Am letzten Vortragsabend wurde dies besonders deutlich: Die Männer der Feuerwehr kamen mit etwa 20 Minuten Verspätung. Sie hatten noch einen Einsatz, weil aus einem Tankanhänger eines Fahrzeuges 2 500 l Treibstoff ausgelaufen waren und zu versickern drohten. Die Feuerwehrmänner waren rasch zur Stelle gewesen und hatten die drohende Gefahr beseitigt. Sie sperrten mit der Polizei die Straße – und mußten dann selbst eine Umleitungsstrecke benutzen.

Fulda ernannt Selbstschutz-Berater

In einer Feierstunde konnte Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hamberger den 26 Selbstschutz-Beratern der Stadt Fulda die Ernennungsurkunden aushändigen. Damit sind die Voraussetzungen für den Aufbau des Selbstschutzes in den Wohnstätten geschaffen worden.

In seiner Begrüßungsansprache erwähnte der Oberbürgermeister, daß die Kernstadt Fulda in acht Wohnbereiche aufgeteilt sei. Alle eingemeindeten Ortsteile bilden je einen weiteren Wohnbereich, so daß es in der Stadt Fulda insgesamt 32 Wohnbezirke gibt. Für diese Wohnbereiche konnten bisher 28 Selbstschutz-Berater gewonnen werden. Für die restlichen Wohnbereiche, in denen es noch keinen Selbstschutz-Berater gibt, sei man bemüht, geeignete Bürger für diese Aufgabe zu finden. Bis zu diesem Zeitpunkt – so Hamberger – würden die unbesetzten Wohnbereiche durch die Berater in den nachbarten Wohnbereichen mitbetreut.

Der Oberbürgermeister gab der Hoffnung auf eine künftige vertrauensvolle Zusammenarbeit Ausdruck.

Er knüpfte daran den Wunsch, daß die Selbstschutz-Berater in den Wohnbereichen nie ihre vorgesehenen Aufgaben erfüllen müßten. BVS-Dienststellenleiter Robert Ludwig umriß den Begriff Selbstschutz und seine Aufgaben.

Der Selbstschutz bedarf der behördlichen Förderung, durch gute Öffentlichkeitsarbeit werde der Wille des Bürgers zum Selbstschutz mobilisiert.

Ludwig erläuterte weiter den Selbstschutz-Beratern der Stadt Fulda das Ausbildungsprogramm, welches sie in Kürze absolvieren müssen.

Bei der Gesellschaft für Wehrkunde

Die Sektion Wiesbaden der Gesellschaft für Wehrkunde ist bemüht, ihre Mitglieder auch über den Bereich der Zivilverteidigung zu informieren.

Sektionsleiter OLT. a. D. Przewloka wandte sich an den BVS mit der Bitte, den Mitgliedern einen allgemeinen Überblick über die zivile Verteidigung, insbesondere über den Zivilschutz und den Selbstschutz, zu geben. Die BVS-Dienststelle Wiesbaden kam dieser Bitte gerne nach.

Nach der Begrüßung durch den Sektionsleiter erläuterte BVS-Fachbearbeiter Helmholz kurz die Aufgaben des BVS. Er führte dann aus, daß sich die Zivilverteidigung in vier Aufgabenbereiche gliedert. Die Aufgaben des Zivilschutzes wurden stärker herausgestellt.

Viele Zuhörer erfuhren erstmals etwas über die Arbeit des Selbstschutzes und hörten, mit welchen Schwierigkeiten der BVS bei der Erfüllung seines Auftrags zu kämpfen hat.

Zivilverteidigung war Thema einer Schülerarbeit

Thomas Horn, Schüler eines Wiesbadener Gymnasiums, hatte vor zwei Jahren an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilgenommen. Als in einer Unterrichtsreihe des Fachs Gemeinschaftskunde die militärisch-wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik besprochen wurde, genügte ihm das Gehörte nicht. Er vermißte Aussagen über die zivile Verteidigung und deren Funktion. Deshalb beschloß er, sich mit dieser Materie zu befassen und ein Referat darüber zu halten.

Bei seinen Überlegungen über die Beschaffung von Unterlagen erinnerte er sich an den Selbstschutz-Grundlehrgang. Er wandte sich an die BVS-Dienststelle, die ihm einige Broschüren und Hefte zur Verfügung stellte. Mit diesen Unterlagen ausgestattet, arbeitete er sein Referat aus.

Ein eineinhalbstündiger Vortrag über die Zivilverteidigung war das Ergebnis.

Die für diese Arbeit aufgewendete Zeit, das Interesse für die Thematik und die Fähigkeit, die Informationen anschaulich weiterzugeben; alles dies wurde auch von seinem Gemeinschaftskundelehrer und – nicht zuletzt – von seinen Mitschülern ent-

sprechend gewürdigt. Eine mehr als gute Note war für Thomas Horn die äußere Anerkennung.

Sicherheitsfachkräfte im BVS-Seminar

Der BVS hatte aus Bergsträßer Betrieben Sicherheitsbeauftragte zu einem zweitägigen Seminar nach Heppenheim eingeladen. Dieser Personenkreis sollte mit den Maßnahmen des Zivilschutzes, insbesondere aber mit den Aufgaben des betrieblichen Katastrophenschutzes vertraut gemacht werden.

Die Referenten, unter ihnen Ltd. Regierungsdirektor Rudolf Handwerk vom Hessischen Ministerium des Innern und der Leiter des Arbeitskreises Wehrpolitik an der Universität Mainz, Rodschinke, gaben interessante Hinweise. Am Nachmittag des ersten Tages besichtigte man den Feuerwehrhauptstützpunkt und die Zentrale der Rettungsleitstelle. Am zweiten Tag wurden fachbezogene Themen besprochen und diskutiert.

Nachruf

Die BVS-Landesstelle hat die traurige Pflicht, allen Helferinnen und Helfern mitzuteilen, daß der ehemalige Kollege und Fachgebietsleiter für die Ausbildung

Helmut Sickert

nach kurzer, schwerer Krankheit am 29. April verstorben ist.

Sickert, der am 31. 3. 1977 auf eigenen Wunsch aus dem Dienst ausgeschieden ist, war eine Persönlichkeit, die über zehn Jahre lang die Ausbildung des BVS im Bereich Hessen mitgeprägt hat. Ihm ging Qualität über Quantität. Seine Fachkenntnisse, sein temperamentvolles Engagement und sein Humor trugen dazu bei, daß er bei ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern viele Freunde hatte.

Die BVS-Landesstelle wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein Betrieb sorgt vor

Wie bisher in jedem Jahr wurde die BVS-Dienststelle Heppenheim auch diesmal gebeten, in einem Betrieb die Betriebs helfer zu unterweisen. Nach getrennt durchgeführten Unter-

richtungen erfolgt dann jeweils eine gemeinsame Selbstschutzübung der beiden Einsatzgruppen des Betriebes. Den Zeitpunkt dieser Übung bestimmt der Seniorchef, der auch den Ablauf verfolgt. Die Ausarbeitung der Übung liegt jeweils in den Händen des BVS.

Jetzt war folgende Ausgangslage zugrunde gelegt: Durch Schweißfunken gerät der Inhalt eines mit leicht entzündlicher Flüssigkeit gefüllten – versehentlich in der Schlosserei abgestellten – Fasses in Brand. Dabei kommt es zu Verpuffungen, Menschen werden durch umherfliegende Trümmer verletzt. Es gibt Brandverletzungen, Rißwunden, Splitterverlet-

zungen und ähnliches. Wegen der Brandausdehnung muß beim Löschen ein Umfassungsangriff durchgeführt werden.

Unter den kritischen Augen des Wehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Bensheim-Auerbach wurden Standrohre gesetzt, Verteiler gelegt und Schläuche ausgerollt. Innerhalb von drei Minuten nach dem Auslösen des Alarms war bereits Wasser an den Strahlrohren. Die Sanitätsstaffel versorgte die „Verletzten“. Zur Unterstützung der Betriebshelfer standen Werksangehörige aus allen Abteilungen bereit, die mit Feuerlöschern sofort in das Geschehen eingreifen

konnten. Ein Fahrzeug der DRK-Bereitschaft Auerbach stand zur Verfügung, um gegebenenfalls Verletzte in die Krankenhäuser zu bringen.

Abschließend traf man sich zu einer kritischen Aussprache in der Kantine. Seniorchef und Wehrführer fanden lobende Worte für die gezeigten Leistungen. Wenn manches noch hätte besser gemacht werden können, so lag das nach Meinung der Teilnehmer auch daran, daß zu wenig geübt wird. Auf den Einwand, dies alles koste ja auch eine ganze Menge Geld, meinte der Seniorchef: „Das ist immer noch billiger als die Grippewelle im Frühjahr – und sinnvoller.“

RHEINLAND~PFALZ



Ministerpräsident besuchte BVS-Stand

Auf der 4. Eifelschau in Mayen war auch der BVS wieder mit einem eigenen Stand vertreten. Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, eröffnete die



Ministerpräsident Dr. Vogel begrüßt BVS-Bereichsbeauftragten Heinrich. In Begleitung Dr. Vogels der Mayener Oberbürgermeister Nell (Zweiter von links).

Ausstellung und besuchte bei seinem Rundgang mit den Ehrengästen auch den Stand des BVS. Von Erich Heinrich, dem BVS-Dienststellenleiter in Mayen, wollte er wissen, welche Bevölkerungskreise durch den BVS angesprochen werden, wie hoch das Durchschnittsalter der an Selbstschutz-Veranstaltungen teilnehmenden Personen sei – und, ob die Aufklärungs- und Ausbildungsangebote des BVS „ankommen“. Ihn interessierte, wieviel ehren- bzw. hauptamtliche Kräfte des BVS in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen. Der Ministerpräsident meinte, daß der Mensch nicht gern an die Gefahren denke, die ihn umgeben, und man es daher

oft an den notwendigen Vorsorgemaßnahmen fehlen lasse. Hier sei sicherlich für den BVS – in Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutz-Organisationen – ein breites Betätigungsfeld gegeben.

Ausstellung des BVS in Trier

Neun Tage lang war die Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ im Zentrum der Domstadt Trier zu sehen. Zum Auftakt der Ausstellung konnte BVS-Dienststellenleiter Linden zahlreiche Gäste begrüßen. Er wies auf das humanitäre Anliegen hin, welches die an der Ausstellung beteiligten Hilfsorganisationen verbindet. Grundvoraussetzung für jede Hilfeleistung sei jedoch die Mitarbeit der Bevölkerung, die mit dieser Ausstellung aktiviert und informiert werden solle.



Das DRK zeigte in Trier die Bergung von eingeklemmten Verletzten.

Beigeordneter Petzholdt eröffnete im Namen des Oberbürgermeisters die Wanderschau; er gab der Hoff-

nung Ausdruck, daß die Veranstaltung eine große Wirkung auf die Bevölkerung haben werde. Rund um den Viehmarktplatz fanden während der Dauer der Ausstellung Vorführungen der Organisationen des Katastrophenschutzes statt. Die DLRG machte mit „lebensrettenden Maßnahmen“ den Anfang, THW, DRK, BVS, MHD und Berufsfeuerwehr schlossen sich an.

Mit der Ausstellung wollten BVS und Katastrophenschutz-Organisationen auf ihre Aufgaben hinweisen, als unabdingbar aber auch die Bedeutung privater Vorsorge herausheben.



Erste Hilfe demonstrierten die Helfer des MHD anlässlich der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“.

BVS bei der „Oberschwäbischen Woche“

Auf der „4. Oberschwäbischen Woche“ in Biberach an der Riß war in diesem Jahr auch der BVS mit einem Informationsstand vertreten.

Die für den oberschwäbischen Raum bedeutungsvolle Regionalmesse des Handwerks und der Industrie zieht alle zwei Jahre weite Bevölkerungskreise in die Kreisstadt. Etwa 65 000 Besucher wurden diesmal gezählt; sicher nicht zuletzt deswegen, weil zugleich die am Messegelände gelegene Stadthalle, das „Jahrhundert-

bauwerk“ der Stadt Biberach, im Rahmen eines Festaktes übergeben werden konnte.

Zahlreiche Messebesucher informierten sich über die Bedeutung der privaten Vorsorgemaßnahmen. Diskussionen der BVS-Helfer mit mehr als 3 000 Stand-Besuchern – unter ihnen auch prominente Gäste – und über 200 Einzelberatungen zu speziellen Fragen des Selbstschutzes waren die Bilanz eines gelungenen Einsatzes.



An der Bodensee-Messe beteiligt

Der Ausstellungsstand der BVS-Landesstelle auf der Internationalen Bodensee-Messe 1978 konnte sich „sehen“ lassen: Die hellen Werbeflächen auf dem schwarzen Hintergrund kamen wirkungsvoll zur Geltung. Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Friedrichshafen betreuten viele Gäste; das zeigen die Widmungen im Gästebuch.

Vor allem die technischen Geräte, an denen sich jung und alt gerne betätigen, lockten die Besucher an. Daraus ergaben sich sehr oft Kontaktgespräche.

Hilfe durch Selbstschutz

Die vielen Rennsport- und Auto-Enthusiasten, die Motoren- und Modellbauern, die Flugsportinteressenten, sie alle fanden auch den Weg

zum Ausstellungsstand des BVS auf der RMF-Schau in Friedrichshafen. Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Friedrichshafen am Stand „Hilfe durch Selbstschutz“ waren deshalb sehr beschäftigt.

Sicher ist einem großen Teil der 25 000 Besucher der Selbstschutz und der BVS wieder ins Bewußtsein gerückt worden. Im Gästebuch stehen die Namen vieler Prominenter, darunter berühmter Rennfahrer, des Oberbürgermeisters und vieler Gemeinderäte und Abgeordneter – nicht nur des Bodenseekreises.

Betrieblicher Katastrophenschutz

Die Stadtverwaltung Oberndorf/Nekar hatte die Vertreter von 26 Betrieben zu einem Informationsgespräch über den betrieblichen Katastrophenschutz eingeladen. Bürgermeister Halter erläuterte die Notwendigkeit

von Selbstschutzmaßnahmen in Betrieben. Er betonte, daß es seine Aufgabe sei, solche Selbsthilfemaßnahmen in den Betrieben zu fördern. Daß der Gesetzgeber in der Überzeugung, daß das Handeln aus eigener Erkenntnis sinnvoller und erfolgversprechender sei, bis heute keine konkreten Rechtsnormen erlassen habe, wertete Halter positiv. Keine Unternehmensleitung könne sich heute mehr der Sorge um die Sicherheit der arbeitenden Menschen und um die Erhaltung der Betriebe und der Arbeitsplätze entziehen.

BVS-Dienststellenleiter Gneist nannte zahlreiche Beispiele, Erdbeben, Brandkatastrophen, Flugzeugabstürze bis hin zum Verteidigungsfall, die die Notwendigkeit von Selbsthilfemaßnahmen im Betrieb erhärten. Betrieblicher Katastrophenschutz sei abhängig von der Einsicht der Betriebsleitung, der Bereitschaft der Mitarbeiter zur Mitwirkung und den finanziellen Möglichkeiten des Betriebes. Gneist verwies darauf, daß der BVS die Betriebe berate und die Ausbildung der Mitarbeiter durchführe.

Die Vertreter der Betriebe vereinbarten, im Oberndorfer Bereich einen Arbeitskreis zu bilden, der sich unter der organisatorischen Leitung der Stadtverwaltung mit den aufgeworfenen Problemen weiter befassen soll. Die BVS-Dienststelle Rottweil wird in diesem Arbeitskreis beratend mitwirken.

Ehrennadel für Günter Überück

In einer kleinen Feierstunde überreichte BVS-Landesstellenleiter Kunde dem langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiter Günter Überück die Ehrennadel des BVS.

Überück ist seit 1960 BVS-Helfer und seit 1963 als Fachbearbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit und als Redner bei der BVS-Dienststelle Kehl eingesetzt. Als Rektor und Gemeinderat ist Überück ein guter Kenner der örtlichen Verhältnisse. Es ist ihm gelungen, seinen Einfluß in der Bevölkerung auch für die Notwendigkeit des Selbstschutzes geltend zu machen. Der Leiter der BVS-Dienststelle Kehl, Viebeg, würdigte die Leistung des verdienten Mitarbeiters.

Ausstellung in der Bank

Die Saar-Bank-Filiale in Wadern zeigte 14 Tage lang im Schalterraum die Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“. Der Leiter der Bank, Wilkin, sagte, mit dieser Schau des Elends werde bewußt der Versuch gemacht, den Menschen von heute zum Nachdenken über die ihn umgebenden Gefahren anzuregen.

BVS-Dienststellenleiter Althoff erläuterte die Situation, aus der heraus die Graphiken Henry Moores entstanden sind. Die Bilder aus einer – auch heute durchaus möglichen – Gefahrenlage sollten mahnen, jederzeit bereit zu sein, solchen Bedrohungen vorbeugend zu begegnen.

Fast jeder Bankkunde habe – so der Leiter der Bank – mit Interesse die beredten Skizzen betrachtet. Mehrere Schulklassen seien ebenfalls dagewesen.

Aktivierung der Selbstschutzarbeit

BVS-Landesstellenleiter Christian Koch besuchte Anfang Mai den Landrat des Saar-Pfalz-Kreises, Schwarz, um mit ihm Maßnahmen abzusprechen, die zu einer Aktivierung der Selbstschutzarbeit führen sollen.

Koch gab zunächst einen Überblick über die im Saarland geleistete Arbeit des BVS. Hierbei wies er auf die in den letzten beiden Monaten erfolgte Bestellung von 185 Selbstschutz-Beratern hin. Er bat den Landrat um Unterstützung bei einer intensiveren Fortsetzung der Selbstschutzarbeit.

Koch stellte vier Grundvoraussetzungen heraus, die vorliegen müssen, wenn die gesteckten Ziele erreicht werden sollen:

1. Die Gemeinden müssen dafür sorgen, daß für die notwendigen Aufklärungsveranstaltungen und die durchzuführende Ausbildung geeignete Räume und Plätze zur Verfügung stehen.

2. Es sollte eine genügende Anzahl Selbstschutz-Berater gewonnen werden. Wo dieses nicht gelingt, müssen die Bemühungen verstärkt einsetzen.

3. In den Gemeinden muß der Aufbau des Behördenselbstschutzes zielstrebig fortgesetzt werden.

4. Der betriebliche Katastrophenschutz sollte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert werden.

Landrat Schwarz, der die vorgetragenen Probleme mit großem Interesse zur Kenntnis nahm, äußerte die Absicht, baldmöglichst eine Bürgermeisterbesprechung durchzuführen; dabei sollen Maßnahmen für eine

Aktivierung der Selbstschutzarbeit besprochen werden.

Selbstschutz-Berater bestellt

Die von den Gemeinden zunächst nur zögernd vorgenommene Bestellung von Selbstschutz-Beratern ist in ein neues Stadium getreten. BVS-Landesstellenleiter Koch hatte in enger Zusammenarbeit mit dem saarländischen Innenministerium eine besondere Aktion eingeleitet. Das Ministerium des Innern hielt in einem neuen Erlaß die Hauptverwaltungsbeamten dazu an, die nach der Verwaltungsvorschrift festgelegte Bestellung der Selbstschutz-Berater mit Vorrang vorzunehmen. Die BVS-Dienststellen erhielten gleichzeitig von der Landesstelle die Weisung, wegen der erforderlichen Ausbildung der Berater mit den Gemeinden in Verbindung zu treten.

Diese gezielten Maßnahmen zeigten schon bald Erfolge. In den letzten zwei Monaten wurden 185 Selbstschutz-Berater bestellt; über 100 von ihnen haben bereits ihre Ausbildung (Grundlehrgang, Ergänzungslehrgang und Ergänzungslehrgang „Strahlenschutz“) erhalten. An der BVS-Schule in Birkenfeld konnte mittlerweile mit der Abschlusausbildung (Se-Fachlehrgang „Se-Beratung und Leitung“) begonnen werden.

Betrieblichen Selbstschutz forcieren

Die Stadt Bamberg startete eine Kampagne, um die Maßnahmen des betrieblichen Katastrophenschutzes in den gewerblichen Betrieben zu forcieren. Derartige Vorbereitungen sind in den Betrieben Bambergs eher noch unterentwickelt; über einen kompletten Selbstschutzzug – Brandschutz-, Sanitäts- und Bergungsstaffel – verfügen erst wenige Unternehmen. Um in Erfahrung zu bringen, welche Unternehmen in dieser Hinsicht bereits etwas unternommen haben, vor allem aber, um Interessen zu ermitteln, werden Unternehmen und Betriebe gebeten, sich an das Amt für Öffentliche Ordnung, Sachgebiet Zivilschutz, zu wenden.

Wie in einer Mitteilung der Stadt betont wird, bedeute die dem Selbstschutz zugeordnete Aufgabe im Verteidigungsfall keine Beeinträchtigung seines humanitären Grundgedankens. Seine Aufgaben beziehen sich in der Hauptsache auf vorbeugende und unmittelbar schützende Maßnahmen, Hilfeleistungen nach Eintritt von Schäden sowie allgemeine Maßnahmen zur mittelbaren Gefahrenabwehr.

Arbeitskreis erarbeitete Schwerpunkte

Der Leiter des Fachgebietes II 4 der BVS-Landesstelle, Fritz Polster, hatte die Mitarbeiter des Arbeitskreises „Öffentlichkeitsarbeit“ der Landesstelle Bayern zu einer Dienstbespre-

chung nach Steinrain bei Landshut eingeladen. In dieser Klausurtagung wollte man Schwerpunkte für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle setzen.

Nach der Begrüßung durch Bereichsbeauftragten Seemann wurden Maßnahmen besprochen und Grundlagen, die den Mitarbeitern in den Dienststellen als Hilfsmittel dienen und die Informationstätigkeit verbessern sollen, erarbeitet.

Der 1. Bürgermeister des Marktes Mallerdorf, Anton Offenberger, besuchte die Tagung. Offenberger überbrachte die Grüße des Landrats und der Marktgemeinde. Er würdigte die Arbeit des Verbandes und zeigte sich sehr beeindruckt von den Bemühungen, die Bevölkerung über den Selbstschutz zu informieren.

THW-Pfingstlager an der Schlei

Vom 13. bis 15. Mai 1978 fand im Bereich des THW-Landesverbandes Schleswig-Holstein das erste größere THW-Jugendlager statt. An diesem Pfingstlager, das auf dem Zeltplatz des Kreises Schleswig-Flensburg in Weseby an der Schlei durchgeführt wurde, nahmen 69 Junghelfer und 22 Betreuer teil.

Das Programm war bunt gemischt. Nach der Eröffnung des Lagers am Sonnabend durch THW-Landesbeauftragten Meier und dem Einrichten der Zelte folgte eine weiträumige Erkundung der Umgebung, wobei auch Boote zum Einsatz kamen. Nach dem Abendessen fanden sich alle Junghelfer und Betreuer an einem zünftigen Lagerfeuer ein. Fünf Helfer des THW-Musikzuges Sörup warteten hierbei mit heißen Rhythmen auf.

Am Pfingstsonntag wurden die Junghelfer an den am Vortage gebauten Behelfsflößen ausgebildet. Dann fand ein Pokalwettkampf auf Flößen statt.

Jede Wettkampfmannschaft mußte hierbei mit ihrem Floß eine bestimmte Strecke zurücklegen, wobei einige eingerammte Pfähle in Slalomfahrt umrundet werden mußten.

Sieger bei diesem spannenden Wettbewerb wurden die Junghelfer des THW-OV Bad Segeberg. Als zweit-schnellste Mannschaft ging die Wett-kampfgruppe aus Sörup durchs Ziel.

Den 3. Platz erkämpften sich die Junghelfer aus Louisenlund. Jugend-gruppenleiter Främbis, Flensburg, hatte drei Pokale gestiftet, die er den Siegern mit launigen Worten über-reichte.

Der Nachmittag stand im Zeichen der fachorientierten Ausbildung. Es galt, einen zum Bereich des La-gers gehörenden Uferstreifen der Schlei zu befestigen und eine in das Steilufer eingebaute Treppe mit ei-nem neuen Geländer zu versehen.

Die Gruppen wurden im Wechsel zu den Arbeiten herangezogen. Wäh-rend drei Gruppen zum Beispiel mit dem Rammen bzw. Einschlagen von Pfählen und mit dem Einsatz des Erdbohrgerätes beschäftigt waren, vergnügten sich die Helfer der an-de-ren Gruppen mit den Flößen auf dem Wasser oder vertrieben sich die Zeit



Unter fachkundiger Aufsicht arbeiten die Junghelfer mit dem Erdbohrgerät.



Praktische Ausbildung: Befestigung des Uferstreifens an der Schlei.

auf andere sinnvolle Weise bei Sport und Spiel.

Die Jungen waren begeistert; vor allem auch das Einschlagen der Pfähle und der Umgang mit dem Erdbohrgerät – natürlich unter fach-männischer Anleitung und Aufsicht – hat ihnen viel Spaß gemacht.

Mit THW- und Unterhaltungsfilmen, die abends gezeigt wurden, endete das Programm des zweiten Lager-tages.

Der Pfingstmontag war noch einmal der Ausbildung gewidmet: Bau eines Chinasteges. Nach der Mittagspause blieb dann nicht mehr viel Zeit, der Steg mußte wieder abgebaut, Gerät und Material verladen werden. Am frühen Nachmittag verabschiedete Hauptsachgebietsleiter Willutzki, Lagerleiter Henningsen und Stützpunkt-leiter Ulrich die Junghelfer und wünschten ihnen eine gute Heimfahrt.

Voß

25 Jahre THW-OV Neustadt

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des THW-OV Neustadt/Holstein, der am 27. März 1953 gegründet wurde, fand am 21. März 1978 ein Empfang im Neustädter Rathaus statt, zu dem Bürgermeister Birkholz und Bürovor-

steher Koch gemeinsam eingeladen hatten.

Bürgermeister Birkholz, der die Gäste im ehrwürdigen Sitzungssaal des Rathauses begrüßte, lobte in seiner Ansprache das Engagement der frei-willigen Helfer und wies darauf hin, daß die Arbeit im THW im besten Sinne Dienst am Nächsten sei.

Der THW-Landesbeauftragte Meier nahm das Jubiläum des OV Neustadt zum Anlaß, um die Entwicklungsgeschichte des THW kurz aufzuzeigen.

Er erinnerte dabei vor allem an die Verdienste des „Mannes der ersten Stunde“ in Neustadt, Carl Großmann (84), der bis zum vergangenen Jahr noch die Geschicke des Ortsverbandes geleitet hat. Mit Ing. Albert Zocha, so stellte Meier fest, stehe nunmehr ein qualifizierter Nachfolger als Ortsbeauftragter an der Spitze des OV Neustadt. Der Landesbeauf-tragte dankte dem Bürgermeister und den anwesenden Mitgliedern der Stadtvertretung und des Magi-strats dafür, daß dem THW-Ortsver-band von der Stadt Neustadt ein Ge-lände zur Verfügung gestellt wurde, auf dem eine Unterkunft mit Kraft-fahrzeughalle für das THW errichtet werden konnte.

Nachdem auch THW-Kreisbeauftragter Palm aus Oldenburg, der THW-Geschäftsführer für Kiel und den Kreis Ostholstein, Hübner, und der Ortsbeauftragte des benachbarten THW-Ortsverbandes Eutin, Radloff, ihre guten Wünsche zum 25jährigen Bestehen in kurzen Ansprachen übermittelt hatten, verlas der Neu-städter Ortsbeauftragte Albert Zocha ein Schreiben des Bundestagspräsi-denten, Prof. Dr. Karl Carstens, der dem Ortsverband Neustadt in seiner Grußbotschaft herzliche Glückwün-sche zum Jubiläum übersandte.

Die Kreissparkasse Neustadt, das sei an dieser Stelle dankbar erwähnt, hatte dem THW-Ortsverband anlässlich seines 25jährigen Jubiläums einen Teil ihres Schalterraumes für eine Ausstellung zur Verfügung gestellt.

Hier konnten sich die Besucher der Sparkasse anhand von Bildern, Fal-blättern und ausgestellten Geräten in den Tagen vom 28. März bis zum 7. April über das Technische Hilfs-werk und über die Arbeit der THW-Helfer des OV Neustadt informieren.

Voß

Jugendzeltlager des THW in Hamburg

Der THW-Landesverband Hamburg führte vom 12. bis 15. Mai 1978 auf dem Bundeswehrübungsplatz Wendisch/Even ein großes Jugendzeltlager durch. 89 Junghelfer aus den THW-Bezirksverbänden Hamburg-Mitte, -Altona, -Nord und -Harburg waren der Einladung gefolgt. Höhepunkt im Lagerleben war ein Wettkampf, bei dem es um den Jugendpokal ging.

In einer Tages- und einer Nachtübung waren u. a. folgende theoretische und praktische Aufgaben zu lösen:

- Bau einer Seilbahn über einen Fluß, dabei Flußbreitenmessung
- Übersetzen mit einem Schlauchboot
- Inbetriebnahme der TS 2/5
- Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften
- Übung in Erster Hilfe
- Ausleuchten einer Einsatzstelle
- Arbeiten mit Leitern
- Lösung theoretischer Fragen aus der Grundausbildung.

Die umfangreichen Übungsvorhaben waren von Jugendgruppenleiter Jäger, der auch die Gesamtleitung des

Lagers übernommen hatte, hervorragend vorbereitet worden.

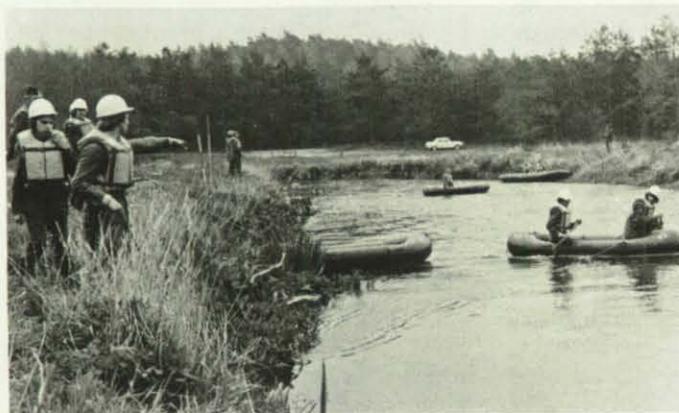
Trotz der Pfingstfeiertage hatten sich 60 Helferinnen und Helfer aus den Bezirksverbänden für den Leitungs-, Schiedsrichter- und Versorgungsdienst zur Verfügung gestellt und sorgten für einen reibungslosen Ablauf des Jugendzeltlagers. Weiterhin leisteten die Helfer des THW-OV Lüneburg über die gesamte Zeit wertvolle organisatorische Hilfe. Für den umfangreichen Material- und Personentransport wurden insgesamt 30 Kfz eingesetzt.

Neben den Ausbildungsvorhaben kamen aber auch Sport und Spiel für die Junghelfer nicht zu kurz. So wurden ein Fußballturnier, ein Biwak-Abend und die Besichtigung der Altstadt von Lüneburg durchgeführt. BOR Lux, Referent THW 3 im Bundesamt für Zivilschutz, konnte sich während der Übungen von der Einsatzbereitschaft der Junghelfer überzeugen. Nach hartem Wettkampf erhielt am Pfingstmontag die Jugendgruppe des THW-BV Hamburg-Nord den Jugendpokal.

A. K.



Mit Eifer bauen die Junghelfer einen Dreibock.



Besonders viel Spaß macht das Übersetzen mit dem Schlauchboot.

BV Altona führt Schwertransport durch

In den Räumen des Ernst-Schlee-Gymnasiums stand – hinsichtlich der Tragfähigkeit der Decken und des Brandschutzes bedenklich – ein elektrisch beheizter Keramikbrennofen. Die Schulleitung wollte diesen Ofen vom 2. Obergeschoß in den Keller umsetzen lassen. Die daraufhin angesprochenen Ofenbaufirmen lehnten es jedoch ab, diesen Transport durchzuführen. Die Berufsfeuerwehr, um Amtshilfe gebeten, war bereit, diesen Ofen umzusetzen. Der beabsichtigte Transport per Autokran bedingte allerdings kostenintensive Nebenarbeiten wie den Abriß und Neubau von Fenstersturz, Heizkörper und Fensterrahmen. Da hierfür kein Geld vorhanden war, wandte sich der Schulleiter an den THW-Bezirksverband Altona.

Eine Ortsbesichtigung ergab, daß einige Treppenläufe des Transportweges für diesen Transport ungünstig gestaltet und teilweise nur wenig breiter als der Brennofen waren. Trotz dieser Schwierigkeiten mußte es eine Lösung geben. Nach genauer Ablaufplanung und Vorbereitung der erforderlichen Holzkonstruktion begab sich die 4. Gruppe des Bergungszuges 12/41 an einem Dienstabend in die Schule und begann mit dem Transport, der erforderlichenfalls an der darauffolgenden Ganztagsausbildung fortgesetzt werden sollte.

Zur freudigen Überraschung aller Beteiligten zeigte sich jedoch bereits nach kurzer Zeit eine solche Routine der eingespielten Mannschaft, daß das Erdgeschoß nach gut einer Stunde erreicht war, ohne die stoßempfindlichen Auskleidungssteine oder die Brennstäbe des Ofens zu beschädigen. Nach kurzer Beratung verständigte man sich, auch die sehr schmale, steile und recht lange Kellertreppe am gleichen Abend zu überwinden. Nach einer weiteren Stunde war der Ofen dann heil in den Kellerraum bugsiert, in dem er seine endgültige Aufstellung finden sollte.

Die Prozedur, den Ofen auf das Untergestell zu setzen, mußte allerdings wiederholt werden: infolge der geringen Deckenhöhe im Keller ließ sich die Scharnierstange der Tür, die für

den Transport demontiert war, nur einschieben, wenn der Ofen auf dem Boden stand. Dies drückte aber keineswegs die Stimmung der Helfer, die nunmehr befriedigt auf die erfolgreiche Bewältigung einer ungewöhnlichen und schwierigen Arbeit zurückblicken können.

D. B.

Nachruf

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb unser THW-Kamerad

Henry von Spreckelsen

im Alter von 78 Jahren.

Er gehörte dem BV Hamburg-Wandsbek lange Jahre an und nahm bis zuletzt in enger Verbundenheit an den Geschicken des Bezirksverbandes Anteil.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bezirksbeauftragte und die Helfer des Bezirksverbandes Hamburg-Wandsbek

Hilfsorganisationen im Einkaufszentrum

Innensenator Werner Staak eröffnete im Alster-Einkaufszentrum eine Ausstellung unter dem Motto: „Katastrophenschutz – damit Hilfe kein Zufall bleibt“ aller in Hamburg vertretenen Katastrophenschutzorganisationen. Der Senator würdige besonders die Idee, durch diese Präsentation dem

Bürger den aktiven und auch vorbeugenden Katastrophenschutz näherzubringen.

Das THW war mit einem attraktiven Stand, Geräten und mehreren Brückenbaumodellen vertreten. 28 000 Besucher werden täglich im Einkaufszentrum gezählt, so daß der Informationswert sehr hoch einzuschätzen ist. Auf einem separaten Informationsstand wurden Filme der verschiedenen Organisationen vorgeführt. Das THW zeigte hier den neuen Film „THW – life“, der bei dem Publikum gut ankam.

Die meisten Zuschauer wurden jedoch durch die praktischen Demonstrationen an den Samstagen ange-lockt. Vorgeführt wurde durch Helfer der THW-Bezirksverbände Hamburg-Mitte, Bergedorf und Nord der Einsatz der Sauerstoffflanze. In einer weiteren Vorführung zeigte das THW die Verwendung von Brennschneidgeräten und Motorsägen. An den vielen Fragen der Zuschauer ließ sich das große Interesse ablesen. Am Ende der Demonstrationen stand wie üblich das „Eintopfessen“ der Hilfsorganisationen.

A. K.



Wie immer eine der Attraktionen – die Sauerstoffflanze in der Praxis.

Hessen



25 Jahre THW in Limburg an der Lahn

In Anwesenheit des Hessischen Ministers des Innern, Ekkehard Gries, feierte der THW-OV Limburg an der Lahn sein 25jähriges Bestehen in der Limburger Stadthalle. Gries betonte in seiner Ansprache, er sei als Innenminister bedacht, mit den in der Katastrophenabwehr tätigen Organisationen engste Verbindung zu halten und bemüht, ihre Arbeit im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.

Neben dem Minister konnte THW-Orts- und Kreisbeauftragter Karl Kappes zahlreiche Ehrengäste begrüßen, so den Schirmherrn der Veranstaltung, Landrat Georg Wuer-

meling, Bürgermeister Josef Kohlmaier, Kreistagsvorsitzenden Hermann Bellingier, den stellvertretenden THW-Landesbeauftragten Franz, die Vertreter von Polizei und Bundeswehr sowie Abordnungen aller im Kreis Limburg-Weilburg tätigen Katastrophenschutzorganisationen.

Landrat Wuermeling wies in seiner Festrede auf die Aufgaben des THW hin und dankte den Helfern für die geleistete Arbeit. In einem ausführlichen Bericht gab Zugführer Jürgen Ludwig einen Rückblick auf die Geschehnisse in den vergangenen 25 Jahren. Er wies darauf hin, daß der THW-OV Limburg außer Bergungsaufgaben auch die Wartung und den Betrieb der Trinkwassernet-

brunnen sowie des Großschutzraums in Limburg übernommen hat.

Den Dank des Direktors des THW sowie des THW-Landesverbandes übermittelte der stv. Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Franz. Einen besonderen Dank richtete er an die beiden noch aktiven Gründungsmitglieder Georg Schöllgen und Leonhard Falkenstein. Für ihre besonderen Verdienste um den Aufbau der Organisation wurden beide mit dem Ehrenzeichen des THW in Silber ausgezeichnet.

Geschäftsführer Toni Emmerich, Orts- und Kreisbeauftragter Karl Kappes sowie sein Vertreter Karl-Heinz Lautz wurden für ihre langjährigen Verdienste um das THW mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz geehrt.

J. L.

THW-OV Hastedt hinter den Kulissen des „Tags der offenen Tür“

Am 15. April fand in Bremen-Blockdiek („Klein-Manhattan“) ein „Tag der offenen Tür“ statt. Diese Veranstaltung wurde hauptsächlich durch eine Informationsschau der Feuerwehr Bremen getragen. Wie so oft waren aber für die Vorbereitungen und Durchführung hinter den Kulissen die Helfer des THW mit ihren vielfältigen technischen Möglichkeiten und ihrem guten Ausbildungsstand tätig.

So wurde für die Vorführung der Feuerwehr „Ersteigen einer Hauswand“ mit der Steigeisenleiter die betreffende Hauswand von den Helfern des THW verkleidet, um Schäden zu vermeiden. Höhepunkt des reichhaltigen Programmes war das Löschen eines brennenden Holzhauses durch die Freiwillige Feuerwehr Osterholz. Das Errichten dieses Holzhauses auf einem brachliegenden Wiesengelände war die Hauptaufgabe des THW-OV Hastedt.

Das Holz hierfür war eine Spende einer bekannten Holzhandlung. Natürlich wurde das Haus nicht gerade nach Zimmermannsart errichtet, aber es war genau die richtige Ausbildung am Objekt; vom Einsatz der Motor- und Handsägen bis hin zum Umgang mit Hammer und Nagel. Und das alles dazu unter den sachkundigen Augen der Feuerwehrmänner und einer großen Zuschauermenge.

„Lohn“ dieser Mühen war neben einer Verbesserung des Leistungsstandes eine Vertiefung der guten Zusammenarbeit mit der Feuerwehr.
J. C.

Fahrer-Turnier in Bremen

Am 29. und 30. April fand in Bremen ein Lkw-Fahrer-Turnier statt, das von dem „Deutschen Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein“ durchgeführt wurde. Das Turnier steht unter der Schirmherrschaft des Deutschen Verkehrssicherheitsrates und wird in allen größeren Städten der Bundesrepublik durchgeführt. Die Sieger dieses Geschicklichkeitswettbewerbes, die ihre praktischen Fähigkeiten im Umgang mit Lkw unter Beweis



Helfer des THW prüften auf den Zentimeter genau die Geschicklichkeit der Fahrer.

stellen müssen, erhalten wertvolle Preise.

Aber was hat das mit dem THW zu tun? Nun, bei der Durchführung größerer Veranstaltungen erinnern sich die Ausrichter gern der anerkanntermaßen weitgefächerten Kenntnisse und Fähigkeiten des THW. Wenn das, was an Wünschen und Angeboten von staatlichen und privaten Organisationen an das THW herangetragen wird, auch nur zur Hälfte angenommen würde, dann wären alle THW-Ortsverbände das ganze Jahr über mehr als ausgelastet. Wohlgemerkt, es geht hierbei nur um Tätigkeiten, die gemäß den Bestimmungen für die Übernahme von technischen Hilfeleistungen auch zulässig sind. Da die verbleibende Anzahl immer noch jeden vertretbaren Rahmen sprengen würde, müssen Prioritäten gesetzt werden. Deshalb wird wegen der Auswahlmöglichkeit durchweg auf einen besonderen Ausbildungseffekt Wert gelegt. Dazu gehören u. a. die Festigung und möglicherweise Erweiterung des Leistungsstandes der Helfer und Führungskräfte, die Gemeinnützigkeit der Tätigkeit und nicht zuletzt die Öffentlichkeitswirkung über das THW. Daß gleichzeitig die Mitarbeit im THW für die langjährig engagierten Helfer interessanter wird, ist eine erfreuliche Nebenwirkung.

Unter diesen Gesichtspunkten wurde vom THW-OV Bremen-Hastedt eine verstärkte Gruppe unter Leitung von Zugführer Plep bei der vorerwähnten Veranstaltung tätig.

Beim Aufbau der Parcours und vor allem bei der Durchführung als Schiedsrichter konnten wertvolle Erkenntnisse gesammelt werden. Daß ein nachhaltiger und umfassend positiver Eindruck nur mit einem ordentlichen Dienstanzug und einem entsprechenden Haarschnitt erreicht wird, braucht eigentlich nicht besonders erwähnt zu werden, ist aber zur Motivierung der Helfer von Zeit zu Zeit erforderlich. Da die vielen Gesichtspunkte und ihre Auswirkungen einer solchen Aktion hier nicht alle dargestellt werden können, bleibt nur festzustellen: eine gelungene, runde Sache.
J. C.

Wartung der Schutzbauten durch THW?

Schutzraumbauten in ihrer Nüchternheit geben jedem Betrachter ein eigenartiges Gefühl. Hieran ändert auch eine noch so farbenfroh angestrichene Fassade wenig. Wenn auch junge Menschen meist weniger Beziehungen zu diesen Bauwerken haben, so überfällt ältere Personen eine Beklommenheit in der Erinnerung.

Diese Bauwerke haben auch in der heutigen Zeit ihren Wert nicht verloren. Nicht nur im Falle eines äußeren Notstandes mit einer möglicherweise damit verbundenen Konfliktsituation, sondern auch bei Katastrophen, die eine schnelle Evakuierung beispielsweise eines Häuserblocks erforderlich machen, geben sie der Bevölkerung Zuflucht und Sicherheit. Es sei nur an die häufigen Entschärfungen von Blindgängern und an das jüngste Bombenunglück in Rheine erinnert.

In Bremen findet der Beobachter eine ganze Reihe von Schutzraumbauten, aber nur wenige wissen, daß sie zum Teil wieder instandgesetzt wurden und moderne Technik enthalten. Diese Technik ist im Grunde nichts anderes als das, was man allgemein im Zeichen der Zivilisation zum Leben benötigt: Küchen-Einrichtungen, sanitäre Installationen, Heiß- und Kaltwasseraufbereitungsanlagen,

Luftumwälzer, Klimaanlage, Notstromaggregate und auch eine Krankenstation bieten die Gewähr für die Bewohner, über mehrere Tage ihren häuslichen Herd mit einer gesicherten Zufluchtsstätte vertauschen zu können.

Die Schutzräume müssen jedoch nicht nur regelmäßig gereinigt werden, sondern erfordern eine turnusmäßige Wartung und Instandhaltung.

Diese Arbeiten werden von ehrenamtlichen Helfern, Bürgern aus Bremen, durchgeführt. In vielen Abendstunden dröhnen daher die Motoren und die Lüfter. Durch die Rundsprechanlagen schallen Betriebsanweisungen. Junge THW-Helfer, die sich zur Mitarbeit im Katastrophenschutz verpflichtet

haben, versehen ihre Arbeit in der Überzeugung, Nützliches im Sinne des Gemeinwohles zu tun. Unter diesen Helfern sind auch vom Wehrdienst Freigestellte, die ihren Dienst zum Schutze des Mitbürgers verrichten.

Diese Tätigkeit, oder wie es im Fachjargon heißt, dieser Fachdienst, könnte in Zukunft allgemein Wirklichkeit werden. Um jedoch das gesteckte Ziel zu erreichen, muß ein Versuch, ein Anfang mit einem Probetrieb gemacht werden, um Erkenntnisse auf diesem Gebiet zu erhalten. Ein solcher „Pilotlauf“ wird von Helfern des THW-Ortsverbandes Bremen-Ost seit einem halben Jahr durchgeführt. Nach eingehenden Vorbereitungen und einer Ablaufrolle mit eingebauten

Fehlern und Fertigungsversuchen treffen sich die Helfer im Schutzraum, lassen die Aggregate laufen, üben sich in der Handhabungsweise und hoffen, in weiteren Monaten eine hohe Bedienungssicherheit zu erreichen.

Zur Überprüfung dieses Versuches und zu Besprechungen personeller und materieller Probleme trafen sich Mitarbeiter des Senators für Inneres und des Bundesamtes für Zivilschutz in Bonn mit dem THW-Landesbeauftragten für Bremen. Der Zufall wollte es, daß das THW Bremen an diesem Tage gleichzeitig seinen 26. Geburtstag feiern konnte. Die Schlußbesprechung endete deshalb mit einem gemeinsamen Toast auf das Geburtstagskind. J. C.

BERLIN



Es brennt!

Wie lange zu Ballen gepreßtes Altpapier brennen kann, konnten 35 Helfer des Berliner THW über 24 Stunden staunend erleben.

Vermutlich durch eine Brandstiftung war am 4. Mai, am Himmelfahrtstag – in Berlin feiert man dann ausgiebig „Vatertag“ – das Altpapierlager einer Verwertungsfirma in Brand geraten.

Die Feuerwehr löste gegen 15 Uhr Alarm aus und konnte den Brand verhältnismäßig schnell unter Kontrolle bringen. An ein völliges Löschen war jedoch nicht zu denken, obwohl große Wassermengen auf die Papierballen geschleudert wurden. Ein Feuerlöschboot pumpte aus dem 800 m entfernten Teltowkanal über zwei B-Druckleitungen zusätzlich Löschwasser heran.

Um 17.55 Uhr löste die Einsatzzentrale der Feuerwehr die Alarmempfänger der Gruppe 1 (LV und FMZ) aus und alarmierte so das THW. Nach einer Ortsbesichtigung mit dem Landesbranddirektor wurde der Einsatz von acht Kippern, einem Frontschaufler und einem Selbstlader ab 22 Uhr vereinbart.

Die Alarmierung der Helfer mit Führerschein der Klasse 2 war nicht unproblematisch, da viele das lange Wochenende zu einem Ausflug genutzt hatten. Gegen 21 Uhr waren jedoch alle Fahrzeuge am Ort. Der



364mal pendeln die THW-Fahrzeuge zwischen Brandstelle und einem Abladeplatz.

Funkleitwagen, der direkt aus der Waldbühne von einer anderen Veranstaltung abgezogen werden mußte, bildete die Einsatzleitung des THW vor Ort.

Die Kipper wurden vom Frontschaufler und einer Feuerwehraupe beladen, fuhren dann mit der teilweise hell brennenden Fracht ca. 600 m auf ein freies Gelände und kippten dort ab. Der Selbstlader zerriß hier die Ballen, damit das Papier dann sorgfältig abgelöscht werden konnte.

Die Bilanz dieses Einsatzes: Es wurden knapp 1000 Helferstunden geleistet, die Kipper transportierten 364 Fuhren zwischen Brandstelle und Abladeplatz, und insgesamt dürften von allen Fahrzeugen 600 Kilometer zurückgelegt worden sein.

Am 5. Mai wurde der THW-Einsatz gegen 19 Uhr beendet; eine gewerbliche Schuttabfuhr übernahm die Ar-

beit und fuhr die Ballen direkt zur Müllkippe. Die Feuerwehr hatte jedoch ihre Brandwache noch Tage danach an der Einsatzstelle.

Dieser Einsatz hat gezeigt, daß sich Feuerwehr und THW in speziellen Fällen auch bei der Brandbekämpfung wirkungsvoll und kameradschaftlich ergänzen können. W. P.

Millimeterarbeit mit dem Kran

Das Amt für Kunst des Bezirksamtes Zehlendorf veranstaltet in seinen Räumen im Haus am Waldsee und auf dem Freigelände wieder eine Kunstausstellung. Insbesondere werden Skulpturen gezeigt.

Das Verladen, der Transport und das Aufstellen der bis zu 30 Zentner schweren Skulpturen wurde – wie in vielen anderen Fällen zuvor schon – vom THW übernommen. Die Kranmannschaft, die Millimeterarbeit auf engstem Raum mit den wertvollen Kunstwerken am Haken leistete, hat sich wieder ein besonderes Lob verdient. Der 6-t-Kran des THW-Landesverbandes Berlin hat sich hervorragend bewährt und kann wegen seiner geringen Ausmaße auch enge Toreinfahrten passieren. Da er mit angehängter Last noch frei verfahrbar ist, bringt er gerade für solche Einsätze unschätzbare Vorteile. G. B.

Übung „Blanker Hans“ rief 400 Helfer zum Einsatz in das Küstengebiet

Seit Tagen ist die deutsche Nordseeküste von einer schweren Sturmflut bedroht. Nachdem das Mittagshochwasser auf 2,60 Meter über das mittlere Hochwasser aufgelaufen ist, wird von den Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise Katastrophalarm ausgelöst. Um zum einen die an den Küstenschutzwerken entstandenen schweren Schäden zu beheben, zum anderen einen Deichbruch zu verhindern, werden Teile der Katastrophenschutzeinheiten des Regierungsbezirks Weser-Ems im ostfriesischen Bereich eingesetzt. So lautete die Gesamtlage für die Großübung der Katastrophenschutzeinheiten, die unter dem Namen „Blanker Hans“ und in Regie des THW drei Tage im Küstenbereich von der Knock bis Westermarscherloog ablief.

„Es sind alles freiwillige Helfer, die viel von ihrer Freizeit opfern, um lernen zu können, wie sie den Mitmenschen in Notsituationen zur Seite stehen können. Bei Übungen dieser Art müssen sie ihr Können unter Beweis stellen, und heute wollen sie uns demonstrieren, welches Gerät erforderlich ist, Menschen und materielle Dinge vor Gefahren zu bewahren“, erläuterte Aurichs Oberkreisdirektor Friedrich Schuver anlässlich einer Besichtigung des Übungsraumes durch Vertreter von Behörden, Verbänden und Organisationen.

Der Willkommensgruß galt Oberbürgermeister Jan Klinkenberg („Wir befinden uns auf dem Territorium von Emden“), Landrat Hinrich Swieter („Es ist wichtig, daß auch die Politiker die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes kennenlernen“), den Vertretern der Bezirksregierung mit Abteilungsdirektor Günther an der Spitze, den Feuerwehren, dem stellvertretenden THW-Landesbeauftragten Rohwedder, der Polizei, dem Lt. Baudirektor Kramer vom Wasserwirtschaftsamt Aurich, Baudirektor Erchinger vom Bauamt für Küstenschutz, der Deichwacht Krummhörn mit Oberdeichrichter Stromann und der Bundeswehr. „Ihr gilt aufgrund der großzügigen Unterstützung unser besonderer Dank, und danken wollen

wir auch allen freiwilligen Helfern für ihre Bereitschaft und Einsatzfreudigkeit“, betonte der Oberkreisdirektor.

Wie der Technische Einsatzleiter des Landkreises Aurich, Enno Backer, mitteilte, wurde die Alarmstufe 2 für diese Übung am Freitagmorgen ausgelöst, und mit der Auslösung der Stufe 3 am Abend wurden die Einheiten in die Einsatzräume verlegt. Es wurde davon ausgegangen, daß die eingesetzten Kräfte von neuen Helfern abgelöst und diese von den Heimatstandorten herangeführt werden. Die Bundeswehr wurde über das Verteidigungskreiskommando 243 Aurich um Unterstützung beim Transport gebeten. „Diese zivil-militärische Zusammenarbeit hat vorzüglich geklappt, und das nicht nur auf dem Transportsektor“, erklärte Enno Backer.

Eingesetzt waren rund 400 Mann, darunter 35 Bundeswehr-Reservisten (sie hatten sich ebenfalls freiwillig gemeldet) und 15 aktive Soldaten. Angehörige der in Aurich stationierten Marine-Fernmeldegruppe 32 bauten eine Richtfunkstrecke von der Knock bis zur Einsatzleitung Leybucht-polder und nach Aurich auf.

Beteiligt an der Alarmübung waren die Bergungszüge aus Aurich, Emden, Leer und Norden, der Fernmeldezug 7 aus Aurich, die HVB-Zentralen Aurich/Norden und Emden, der ABC-Abwehrzug Aurich (er wurde unterstützt durch einen Dekontaminierungstrupp des Panzergrenadierbataillons 311 aus Varel), der Sanitätszug aus Wiesmoor, der Instandsetzungszug Emden (verstärkt durch eine Instandsetzungsgruppe), die Versorgungstrupps aus Aurich und Emden, die Versorgungszüge Leer und Norden, die Taucherguppe Norden und die Funkgruppe Aurich. Die Vorbereitung der Übung lag bei der Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung“.

Die allgemeine Aufgabenstellung: Alle Einheiten sollten die sichere Handhabung ihrer Gerätschaften üben. Daneben sollten die Kameradschaft und das Zusammengehörig-

keitsgefühl in und zwischen den Einheiten und die Zusammenarbeit mit den militärischen Dienststellen bzw. Einheiten gefördert werden. „Diese Ziele sind bei der Übung erreicht worden. Alle eingesetzten Gruppen sind voll einsatzbereit. Daß einige kleine Pannen passierten, kann den guten Gesamteindruck nicht beeinflussen“, bemerkte Technischer Einsatzleiter Enno Backer.

Eine besondere Aufgabe hatte man den Bergungszügen übertragen. Durch die angenommene schwere Sturmflut war der Deich an fünf Stellen beschädigt worden. Hier mußten die Bergungszüge eingreifen, um die gefährdeten Stellen zu sichern. Ein Feldbahngleis wurde über 400 Meter verlegt, Sandsäcke gefüllt und zu den Gefahrenstellen transportiert. Der Fernmeldedienst mußte Sprechfunk- und Fernsprechverbindungen aufbauen und den Sprechfunkverkehr mit den auf dem Marsch befindlichen Einheiten abwickeln, auch beim Sanitätszug wurden die Helfer an ihren Geräten geschult. Die Mitglieder der Taucherguppe hatten Bergungsaufgaben zu erfüllen.

Nachruf

Im Alter von 74 Jahren verstarb am 20. Mai 1978 in Wilhelmshaven der erste Landesbeauftragte des Technischen Hilfswerks für Niedersachsen, Marinearsenaldirektor a. D.

Dipl.-Ing. Otto Fenselau

In den fünf Jahren seines Wirkens für das THW hat Otto Fenselau hervorragende Aufbauarbeit geleistet. Seiner Initiative und Zielstrebigkeit ist die Gründung einer Vielzahl von Ortsverbänden in allen Teilen des Landes zu verdanken.

Er hat erste Einsätze von THW-Einheiten bei den Überschwemmungskatastrophen in Holland, Bayern und an der norddeutschen Küste vorbildlich organisiert und geleitet.

Die heutige Stärke und Einsatzbereitschaft des Landesverbandes beruht wesentlich auf dem Wirken seines ersten Landesbeauftragten. Sein Name wird im Landesverband Niedersachsen unvergessen bleiben.

Hans Sahlender, Landesbeauftragter
H. R. Bratschke, Landessprecher

Abschluß der Ausbildungsstufe 1

Ihre Abschlußprüfung nach anderthalbjähriger Grundausbildung absolvierten im Mai und Juni über sechzig Helfer des THW in Gladbeck. Der Ortsverband Gladbeck ist damit einer der ersten Ortsverbände in Nordrhein-Westfalen, der die Abschlußprüfung und die vorangegangene Grundausbildung nach dem vom Bundesamt für Zivilschutz für das gesamte Bundesgebiet neu eingeführten einheitlichen System vornahm.

In zwei zwölfstündigen Übungen mußten die Helfer ihre in Theorie und Praxis erworbenen Kenntnisse nachweisen. Ausbildungsleiter Blomeier und die Führungskräfte hatten die Kandidaten für die vom Landesverband festgelegten theoretischen Fragen und praktischen Aufgaben bestens vorbereitet. Geprüft wurden neben dem Wissen über Organisation und Ausstattung des THW auch die Teilgebiete: Arbeiten mit Seilen und Drahtseilen, Holzbearbeitung, Gesteinsbearbeitung, Bewegen von Lasten sowie Ausleuchten von Einsatzstellen und Wegen. Als Prüfer der Grundausbildung (Ausbildungsstufe 1 neuer Art) war die durch den THW-Landesverband bestellte Prüfungskommission eingesetzt. Auch der für Ausbildungsfragen zuständige Vertreter des Landesverbandes, Jacobsen, wohnte der Prüfung bei.



Die Prüfung am Stromerzeuger beobachten (von links): stv. Ortsbeauftragter Voßkuhl, Ortsbeauftragter Schardt, der Vertreter des Landesverbandes, Jacobsen, und Ausbildungsleiter Blomeier.

Die Gladbecker Helfer bewiesen fundierte Kenntnisse und voll zufriedenstellende praktische Fähigkeiten. Bei der Abschlußbesprechung betonte der Gladbecker Ortsbeauftragte



Praktische Prüfung im Teilgebiet Gesteinsbearbeitung: Arbeiten mit dem Gesteinsbohrhammer.

Aloys Schardt, daß sich im hoffentlich nie eintretenden Katastrophenfall gute Fachkenntnisse und das umfangreiche Spezialwissen der Männer des THW auszahlen. D. G.

Neue Fahrzeuge in Jülich

Ein freudiges Ereignis kann der THW-OV Jülich vermelden: die Indienststellung von drei Spezialfahrzeugen im Wert von rund einer Viertelmillion DM. Die Fahrzeuge gehören zur Ausstattung des ABC-Zuges Düren, der vom THW-OV Jülich gestellt wird. Es handelt sich um ein Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF) und um zwei Erkundungsfahrzeuge, wie diese Kfz im Fachjargon genannt werden.

THW-Ortsbeauftragter Mertens konnte bei der feierlichen Übergabe als Gäste u. a. begrüßen: MdL Karl Frey, Stadtrechtsrat Manfred Neitzel, den Leiter der Jülicher Feuerwehr, Hans Krieger, und Geschäftsführer Alfred Willma. Mertens wies darauf hin, daß der Landtagsabgeordnete Karl Frey maßgeblichen Anteil daran hatte, daß diese Spezialfahrzeuge nach Jülich kamen. Weiter unterstrich Mertens die Bedeutung dieses Fahrzeuges für den Kreis Düren. Als ein weiteres Anliegen des Ortsverbandes Jülich trug Manfred Mertens vor: „Wir verfügen zwar über 16 Fahrzeuge und Anhänger, aber nur über

ein einziges Funkgerät. Es wäre im Interesse aller, wenn der Innenminister ein weiteres lockermachen würde.“ MdL Karl Frey erklärte, daß die ABC-Fahrzeuge der Bevölkerung ein Stück mehr Sicherheit bringen sollen. Er versprach, sich auch weiterhin für die Belange des THW einzusetzen.

Zugführer Dieter Müller und DMF-Maschinist Ernst Grünheid stellten den Gästen die Fahrzeuge vor. Geschäftsführer Willma wies dabei darauf hin, daß mit den neuen Fahrzeugen nunmehr auch die Basis für eine qualifizierte fachdienstbezogene Ausbildung der ABC-Helfer gegeben sei. Dennoch, so Willma, werde es mindestens ein Jahr dauern, bis die Helfer, die mit dem Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug arbeiten sollen, einigermaßen ausgebildet seien.

Auf diesem neuen Fahrzeug stehen für die Dekontamination von Personen eine komplette Duscheinrichtung mit Aus- und Ankleidezelt und ein 1500 Liter fassender festinstallierter, isolierter Trinkwasserbehälter mit Durchlauferhitzer zur Verfügung. Die Duscheinrichtung ist so ausgelegt, daß etwa 50 Personen je Stunde dekontaminiert werden können. Handbräusen ermöglichen auch eine Teilkörperdekontamination. Neben einem Stromerzeuger (5 kVA), zwei Heizlüftern und einem Industriestaubsauger befinden sich auf dem Fahrzeug auch Plastiksäcke, die zum Transport von kontaminierter Bekleidung dienen. Für die Geländeentgiftung ist das DMF mit einer Wassersprüh- und Streuvorrichtung ausgestattet. Diese Vorrichtung ermöglicht es, Entgiftungsstoff in genau dosierten Mengen auszubringen.

Der Erkundungsgruppe des ABC-Zuges stehen zwei Erkundungs- oder Spürfahrzeuge vom Typ VW 181 zur Verfügung. Die Vorteile dieser Kfz liegen in ihrem geringen Gewicht und in der einfachen, robusten Bauweise.

Zugführer Dieter Müller teilte abschließend mit, daß das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug und die beiden Erkundungsfahrzeuge im Rahmen einer Übung des ABC-Zuges in den nächsten Monaten der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.

B. H.



OV Wörrstadt in neuer Unterkunft

Eigentlich sollte das 25jährige Jubiläum des THW-OV Wörrstadt schon am Gründungstag im Dezember 1977 festlich begangen werden. Aber in die laufenden Vorbereitungen war ein sehr wichtiges Ereignis gefallen: Für den OV konnte eine ehemalige Kfz-Werkstatt mit Büro- und Ausstellungensräumen als Unterkunft, zunächst bis zum Abschluß der Kaufformalitäten, angemietet werden.

Nur wer die bisherige, ohne jeden Zuschuß aus Bundesmitteln völlig in Eigenhilfe errichtete Behelfsunterkunft des OV gesehen hat, kann die Freude und den Eifer verstehen, mit dem die Helfer Herrichtung der Räume, Umzug von Ausstattung und Gerät in Angriff genommen und auch durchgeführt haben.

So konnte am 11. März im festlich ausgestatteten Unterrichts- und Aufenthaltsraum THW-Ortsbeauftragter Ernst Wilhelm Saala, stellvertretend für die Helferschaft, zahlreiche Ehrengäste begrüßen, insbesondere MdB Willi Fischer, die MdL Gernot Heck und Walter Zuber, den Vertreter des Landrats, Kreisrechtsoberrat Rudi



Das 25jährige Bestehen des OV Wörrstadt wurde zusammen mit der Einweihung der neuen THW-Unterkunft begangen. Zugleich war dieses Ereignis Anlaß, verdiente Helfer und Mitarbeiter zu ehren.

Frangel, den Bürgermeister von Wörrstadt, Franz Zimmermann, und viele Repräsentanten befreundeter Organisationen und Verbände.

Verständlicherweise brachte OB Saala, der in dieser Feierstunde auch seine Bestellsurkunde überreicht bekam, seine besondere Freude über die Lösung des seit 25 Jahren bestehenden Unterkunftsproblems zum Ausdruck. Sein Dank galt allen, die mit Rat und Tat dazu beigetragen haben, insbesondere MdL Willi Fi-

scher und dem Direktor der Wörrstädter Volksbank, Otto Plewa. Saala legte aber auch dar, daß trotz aller Schwierigkeiten die Einsatzbereitschaft und der Ausbildungsstand auf einem beachtlichen Niveau stehen.

Einen Abriß über die Entwicklung und die Leistung des OV in den vergangenen 25 Jahren gab der früher für Wörrstadt zuständige Geschäftsführer von Mainz, Otto Kruppa. Im Auftrag des Direktors des THW überreichte Regierungsrat Guntram Müllenbach dem OV eine Urkunde mit Bild zum 25jährigen Jubiläum. In seiner Festrede beleuchtete er zunächst die Situation des THW insgesamt anhand der Stationen des Gesetzgebungsverfahrens und ging dann auf die Pläne und Änderungsvorschläge für die Neuordnung des Katastrophenschutzes ein, die, sofern sie verwirklicht werden, auch diesem OV die Möglichkeit geben dürften, seinen Aufgaben in der heutigen Zeit noch besser gerecht zu werden.

Im Anschluß an diese Ausführungen überreichten Müllenbach und Haupt-sachgebietsleiter Lux zahlreichen Helfern das Helferzeichen und Urkunden für langjährige Mitarbeit. Eine besondere Ehrung wurde dem dienstältesten, noch aktiven Helfer Walter Straub zuteil, dem für 25jährige verdienstvolle Arbeit, vor allem bei der Ausbildung im Ortsverband, aber auch darüber hinaus im Landesverband, das Ehrenzeichen in Silber verliehen wurde.

Grußworte und Glückwünsche der Gäste beschlossen die Feierstunde, der sich eine Besichtigung von Unterkunft, Fahrzeugen und Geräten anschloß. E. S.

Fünf harte Tage

23. Mai, 16.30 Uhr: In Hettenleidenheim, Kreis Bad Dürkheim, droht ein 6 m hoher Steilhang mit daraufstehendem Wohnhaus und Garage abzurutschen. 36 Helfer des THW-OV Neustadt a. d. W. stützen mit Baudiehlen und Rundhölzern den Hang und zusätzlich Haus und Garage ab.

Durch das schnelle Eingreifen kann größeres Unheil verhindert werden.

24. Mai, 11.00 Uhr: Die THW-Ortsverbände Germersheim und Landau

werden alarmiert; die Ortschaft Zeiskam steht unter Wasser. In den Kellern und tiefergelegenen Wohnungen reicht das Wasser zum Teil bis unter die Decke. Um der Einsatzleitung unter Führung des Landrats einen Überblick über das Ausmaß der Katastrophe verschaffen zu können, werden zwei Amphibienfahrzeuge des Hochwasseralarmzuges zur Erkundung eingesetzt, die auch später Mannschaften, Pumpen, Gerät und Sandsäcke zu den Einsatzstellen transportieren. Das THW setzt zunächst neun Pumpen ein. Gegen 13 Uhr trifft vom THW-OV Worms der 50-kVA-Stromerzeuger, dazu Spezialtauchpumpen mit einer Gesamtleistung von ca. 12 000 l/min, ein. Allein die vom THW eingesetzten Pumpen fördern jetzt rund 1000 cbm Wasser in der Stunde. Es ist kaum vorstellbar, welche Wassermassen von allen Hilfskräften – Feuerwehr, THW, Privatleuten – während des Einsatzes vom 24. Mai, 11 Uhr, bis 25. Mai, 18 Uhr, bewältigt werden.

Die Helfer, die nicht beim Einsatz der Pumpen tätig sind, werden eingesetzt zum Öffnen von Stauwehren, Verbauen von Sandsäcken und Bergen von Haushaltsgegenständen, Sicherung von Öltanks usw.

16.00 Uhr. In Neustadt a. d. W. rückt die Feuerwehr wegen Hochwassers aus. Nach einem Telefongespräch des THW-Geschäftsführers mit der Stadtverwaltung wird auch der THW-OV Neustadt alarmiert, der THW-OV Bad Bergzabern in Alarmbereitschaft versetzt, um als Ablösung zur Verfügung zu stehen. Die zu dieser Zeit in Zeiskam nicht mehr benötigten Helfer des OV Landau werden nach Neustadt abgezogen, wo der Speyerbach über die Ufer getreten ist und ganze Straßenzüge unter Wasser gesetzt hat. Hier beginnen die Helfer mit dem Bau von Behelfsstegen, Füllen und Verbauen von Sandsäcken – zusammen mit der Feuerwehr bis zum 26. Mai ca. 10 000 Stück.

Über den THW-Landesbeauftragten wird das in kurzer Zeit verfügbare Pumpenmaterial aus dem Landesverband nach Neustadt beordert. Es treffen die Pumpengruppen aus Kaiserslautern, Cochem und Mainz in Neustadt ein.

22.30 Uhr. Eine Gruppe des OV Landau wird in Landau zum Abrie-



Tagelang kämpfte das THW gemeinsam mit der Feuerwehr gegen die Wassermassen. Hier werden vom Amphibienfahrzeug aus Einsatzbefehle erteilt.

geln eines Dammbrechens an der Queich eingesetzt.

25. Mai, 7.00 Uhr. Die sehr leistungsfähige Pumpengruppe des OV Worms trifft in Neustadt ein, nachdem sich die Lage in Zeiskam etwas entspannt hat. Das THW hat jetzt in Neustadt eine Pumpenkapazität von 25 000 l/min im Einsatz.

12.00 Uhr. Der THW-Landesbeauftragte löst für den Hochwasseralarmzug Alarm aus, da Rhein und Neckar bei Mannheim einen kritischen Hochwasserstand erreicht haben.

Die 58 Helfer des Hochwasseralarmzuges aus den im Einsatz befindlichen Ortsverbänden Germersheim, Neustadt, Landau und Bad Bergzabern werden herausgezogen und um 12.40 Uhr von Germersheim aus in Marsch gesetzt. Der Zug fährt mit drei Amphibienfahrzeugen und zehn Übersetzbooten auf zwei LKW nach Mannheim. Da sich der Wasserstand gegen Abend stabilisiert, werden die Boote nicht eingesetzt. Mit den Amphibienfahrzeugen werden noch bei Dunkelheit Feuerwehreinheiten, die zur Dammsicherung auf einer Rheininsel eingesetzt werden sollen, über den Rhein transportiert, auf dem die Schifffahrt eingestellt ist.

Der Großteil dieser Helfer kehrt abends in die Standorte zurück und löst am nächsten Tag die Helfer der Nachtschicht in Neustadt ab.

26. Mai, 18.00 Uhr. Das Wasser ist aus den Stadtteilen soweit entfernt, daß die Helfer bis auf die Bedie-

nungsmannschaft von zwei Feuerwehropumpen und einer THW-Pumpe heimgeschickt werden können. Die THW-Unterkunft bleibt besetzt. Die auswärtigen THW-Gruppen fahren nach Hause.

In Germersheim werden zwei Gruppen zum Ausleuchten einer Baustelle am Rheindamm und zum Einbau von Sandsäcken eingesetzt. Aus SD-Fahrbahnplatten wird außerdem ein Schwimmsteg gebaut, um eine überflutete Großgärtnerei zu evakuieren.

27. Mai, 7.30 Uhr. 45 THW-Helfer des OV Neustadt reinigen zusammen mit 45 Feuerwehrmännern die vom Hochwasser betroffenen Stadtteile. Sandsäcke, Dielen, Steine usw. werden abgefahren, die Straßen mit Besen, Schaufeln und viel Wasser vom Schlamm, gereinigt.

Um 13.00 Uhr ist der Einsatz beendet.
W. R.

Schwere Gasexplosion in Cochem

Nur etwa drei Monate, nachdem in Pirmasens eine Gasexplosion ein Haus völlig zerstört hatte (ZS-MAGAZIN 5/78), ereignete sich ein ähnliches Unglück in Cochem. Gegen 20.30 Uhr erschütterte eine heftige Explosion die Innenstadt von Cochem. Augenzeugen berichteten, daß eine ca. 50 m hohe Stichflamme, gefolgt von Rauch und Staub, in den Himmel schoß. Das betroffene Gebäude, ein in einer engen Straße unmittelbar dem historischen Rathaus

gegenüberliegendes altes Fachwerkhäuser, war wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. In den engen Straßen der Altstadt hatte die Druckwelle erheblichen Schaden angerichtet, an bis zu 100 m entfernten liegenden Häusern waren die Fensterscheiben zersplittert. Ältere Menschen zogen Vergleiche mit im Kriege erlebten Bombenangriffen.

Auf Sirenenalarmierung rückten die Hilfsorganisationen an. In einem nahegelegenen, wenig beschädigten Geschäftshaus wurde ein Krisenstab, bestehend aus Landrat, Bürgermeister, Vertretern von Polizei, Bundeswehr, DRK, Feuerwehr, THW, einem Arzt und Architekten, gebildet. Mit der Bergung der im Haus vermuteten Personen wurden die Bergungszüge des THW Cochem und Koblenz beauftragt. Gegen 23.30 Uhr wurde der Geschäftsinhaber, gegen 1.05 Uhr dessen Frau tot aus den Trümmern geborgen.

Die weiteren Aufräumarbeiten, zu denen auch Helfer des THW-OV Wittlich eingesetzt wurden, erforderten Vorsicht, da nicht festzustellen war, ob zur Zeit der Explosion Passanten auf der Straße waren und noch unter den Trümmern lagen. Zum Glück bewahrheiteten sich diese Vermutungen nicht.

Auch bei den Arbeiten an den stark beschädigten und zum Teil einsturzgefährdeten Nachbarhäusern – darunter das Rathaus, das völlig geräumt werden mußte – sowie an der Suche nach Schadensstellen an den Gasleitungen waren THW-Einheiten beteiligt. Erst am Abend des folgenden Tages gegen 21.00 Uhr konnten die letzten Helfer entlassen werden. In der von Neugierigen stark bevölkerten Innenstadt blieben zur Bewachung der zerstörten Auslagen in Geschäftshäusern Beamte der Bereitschaftspolizei zurück.
U. R.

Nachruf

Durch einen tragischen Verkehrsunfall auf der Heimfahrt von einer THW-Ausbildung ist unser Kamerad

Helmut Knewitz

im Alter von 24 Jahren tödlich verunglückt.

Sein fachliches Können befähigte ihn zum Gruppenführer und zum Prüfer der Grundausbildung im Geschäftsführerbereich Mainz. Durch seinen unermüdlichen Einsatz war er Vorbild besonders für die Jungheifer der Jugendgruppe.



Junghelfer-Werbung

Da die bisherigen Junghelfer des THW-OV Saarwellingen Ende vergangenen Jahres nach Abschluß der Prüfung voll in die Einheiten integriert worden sind, sollte eine neue Jugendgruppe aufgebaut werden. Um den Nachwuchs auch für die Zukunft zu sichern, veranstaltete der Ortsbeauftragte dieses rührigen OV, Maurer, im Zusammenwirken mit seinen Führungskräften einen Informationsnachmittag, zu dem alle Schüler der Jahrgänge 1962 und 1963 durch Rundschreiben und zusätzliche Veröffentlichung in der Presse eingeladen wurden.

Die Informationsveranstaltung begann mit einem Vortrag durch OB Maurer über Aufgaben, Sinn und Zweck von Jugendgruppen des THW und führte über das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes hin zu der Ausstattung des THW mit Fahrzeugen und Gerät. Nach der Vorführung von Filmen aus der Arbeit des THW konnten bei einem abschließenden Rundgang die Einrichtungen des OV Saarwellingen besichtigt werden.

Von den 106 Jugendlichen, die der Einladung gefolgt waren, haben sich 40 für die Mitwirkung ausgesprochen. Jetzt liegt die Qual der Wahl bei OB Maurer, dem Leiter der Jugendgruppe, Schmitt, sowie den Führungskräften des OV, denn nach den Richtlinien für Junghelfer soll die Jugendgruppe nicht mehr als 12 Helfer umfassen. G. F.

„Tag der offenen Tür“ in Heusweiler

Keine Arbeit und Mühen scheuten der Ortsbeauftragte des THW-OV Heusweiler, Sander, sowie seine Führungskräfte und Helfer, als sie sich entschlossen hatten, an einem Wochenende einen „Tag der offenen Tür“ durchzuführen, um der Bevölkerung die Aufgaben des THW zu erläutern. Hierzu waren die Fahrzeuge des OV an der Garagenhalle zur Besichtigung aufgestellt worden, auf dem befestigten Übungsgelände waren eine Reihe von Modellen und Holzverbindungen aufgebaut.

Besonders für die Jugend hatte man viel getan. Jeder Jugendliche hatte

die Möglichkeit zu einer Fahrt nach Saarbrücken in den Zoo. Weitere Kinderbelustigungen wurden durchgeführt, u. a. war die Möglichkeit gegeben, ein kleines benzingetriebenes Auto selbständig zu steuern.

Unter den zahlreichen Besuchern konnte OB Sanders neben dem THW-Landesbeauftragten Reimann auch Bürgermeister Stephan, die Beigeordneten Roßmann und Kuhlmann, die Pfarrer Burger und Torkor sowie Mitglieder des Rates von Heusweiler, Ortsvorsteher der umliegenden Gemeinden und Vertreter der Feuerwehr und des DRK begrüßen. Sie alle zeigten sich beeindruckt von der Ausstattung des THW sowie der insgesamt gelungenen Veranstaltung. Anerkennung fanden OB Sander und seine Helfer durch den überaus guten Besuch und die positive Resonanz aus der Bevölkerung. G. F.

Sprengübung bei Beckingen

Im Bereich des THW-Landesverbandes Saarland befinden sich außerhalb bebauter Ortslagen, vorwiegend in Wäldern, ehemalige Bunker, die bereits funktionsunfähig gesprengt sind.

Die Bunkerreste sind aber teilweise noch so großflächig, daß Einbruch- und Zerstörungssprengungen auch im größeren Rahmen noch möglich sind.

Unter der Gesamtleitung des THW-Ortsbeauftragten für Beckingen, Ing. Schreier, fand an einem Samstag an dem bereits gesprengten Westwallbunker „Homerich“ im Ortsteil Haustadt der Gemeinde Beckingen unter der Verantwortung der beiden THW-Sprengberechtigten Dewes (OV Beckingen) und Groß (OV Wadern) für die Gerätegruppen der B-Züge der Ortsverbände Beckingen, Wadern und Mettlach eine ganztägige Sprengübung statt, an der als Gäste u. a. auch Bürgermeister Jakobs, Hauptsachgebietsleiter Faß, Geschäftsführer Werth sowie der Sprengsachverständige eines bekannten Sprengstoffherstellers teilnahmen.

Die Übung mit dem Ziel, eine 40 qm große und 1,80 m starke schrägliegende Stahlbetonplatte zu sprengen, begann bereits um 7 Uhr mit dem Bohren von 36 Löchern mit einer Tiefe von je 1,26 m. Erschwert wur-

den die Arbeiten, da ein Teil der Löcher von einer aus Behelfsmitteln errichteten Arbeitsbühne aus gebohrt werden mußten.

Gegen 14.30 Uhr, nachdem die Bohrarbeiten abgeschlossen waren, erfolgte das Besetzen der Bohrlöcher mit insgesamt 30 kg Gesteinssprengstoff Ammon-Gelit 3 und das Abdichten mit Lehmudeln. Der Splitterenschutz erfolgte durch Abdecken mit Förderbandgummibahnen, Faschinen und Maschendraht.

Nachdem die 18 Absperrposten, alle mit Handfunksprechgeräten ausgestattet, eingewiesen waren, erfolgte die Zündung. Das angestrebte Ziel, Verlagerung und Teilerstörung der Stahlbetonplatte, wurde erreicht.

Die Gesamtübung war gut vorbereitet, und der Übungsablauf bewies, daß die Gerätegruppen der B-Züge diszipliniert und mit großem Eifer die Übungsaufgabe gelöst haben, was für den guten Ausbildungsstand spricht. G. F.

Nachruf

Nach schwerer Krankheit verstarb der Ortsbeauftragte des Ortsverbandes St. Wendel

Günter Roth

im Alter von 45 Jahren. Günter Roth gehörte 1958 zu den Gründungsmitgliedern des OV St. Wendel und hat in den zwanzig Jahren seiner Zugehörigkeit zum THW erhebliche Freizeiten zum Wohle der Allgemeinheit aufgebracht. Für seine besonderen Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW erhielt Roth 1964 das Helferzeichen in Gold, 1974 das Helferzeichen in Gold mit Kranz und, als erster Helfer des Landesverbandes Saarland, 1975 anlässlich des Bundesleistungsvergleichs in Kiel aus der Hand von Bundesminister Prof. Maihofer das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Wir werden Günter Roth in Dankbarkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für das Saarland

Die Helfer des OV St. Wendel

THW Ludwigsburg baut Behelfsbrücke

Es war noch sehr kalt, als die Helfer des THW-OV Ludwigsburg gegen 9 Uhr am Ufer der Glems eintrafen. Die alte Steinbrücke über die Glems hatte man im Sommer abreißen müssen und die daneben entstehende



Geschafft! Der Brückenrahmen liegt auf den beiden Lagern auf.

neue Brücke war noch nicht benutzbar. Da sie aber bei Schnee und Glätte die einzige passierbare Zufahrt zu einem Stück des Glemstales ist, wurde das THW gebeten, bis zur Fertigstellung eine Behelfsbrücke zu errichten.

Baggermatratzen auf den Fundamenten der ehemaligen Steinbrücke dienten als Unterbau. Obwohl nur ein geringer Teil der Helfer Erfahrungen mit den Bauteilen der Aluminiumbrücke hatte, ging die Arbeit recht flott voran. „Erster Träger vom LKW; zweiter Träger dahinter und verbinden.“ Gesagt, getan. Dasselbe noch einmal, und Querverbindungen einbauen war ebenfalls kein Problem. Zum Einschleppen der Träger wurden diese noch einmal um ein Element verlängert, dann ging's mit „Hau-ruck“ über die Glems auf das gegenüberliegende Fundament.

Nachdem nun allen klar war, welche Bauteile wohin gehörten, kamen die Helfer auf dem LKW kaum mit dem Abladen nach. „Träger in Position bringen und verriegeln! . . . Der Nächste!“ Kein Wunder, daß die Brücke in etwa zweieinhalb Stunden soweit fertig war, daß die Bauarbeiter nur noch die Auffahrten teeren und ein Gelände anbringen mußten.

Der Bauleiter vom Städtischen Bauamt staunte nicht schlecht, vor allem, als ihm Helfer die Schwimmfähigkeit und die relativ hohe Belastbarkeit der Träger erklärten. Die Helfer dage-

gen waren über das anschließende Vesper in einem nahen Gasthof sehr erfreut. Meinte einer der Helfer: „Die Einsätze lieb' ich, erst klappt alles wie am Schnürchen und nacher gibt's auch noch eine Brotzeit. Ja, wenn's doch nur solche Einsätze gäb.“

Mehrfachnutzung durch Improvisation

Bereits seit den langandauernden Bewässerungseinsätzen anlässlich der Dürreperiode 1976 hält der THW-Ortsverband Baden-Baden einen 5000-l-Aufsatzbehälter für Brauchwasser vor. Der stählerne Behälter wird im Bedarfsfall auf dem LKW-Kipper des Bergungszuges verlastet. Da der Kipper hauptsächlich aber für seine eigentliche Verwendung benötigt wird, wurde vom OV Baden-Baden nach einer Lösung zum schnellen Auf- und Abladen des Behälters gesucht. Der LKW-Kipper soll somit nur als Trägerfahrzeug dienen (abgewandelte Form eines Wechselaufbau-Kfz).



Der 5000-l-Aufsatzbehälter wird mit Hilfe eines Zweibocks verlastet.

So entschloß man sich, auf einen entsprechend dimensionierten Zweibock mit einem Greifzug als Hebezeug zurückzugreifen. Für das Aufladen des Behälters mit Hilfe des vorbereiteten Zweibocks benötigt die Besatzung des Kippers – drei Hel-

fer – sechs Minuten. Durch diese einfache und materiell nicht aufwendige Maßnahme wird die Nutzungsmöglichkeit des Kippers erweitert.

Erwähnt sei noch, daß während der Zeit der Waldbrandgefahr der Kipper mit bereits aufgesatteltem Behälter alarmmäßig zur Verfügung steht.

Der OV Baden-Baden ist mit diesem Behälterfahrzeug im Alarmplan der Feuerwehr erfaßt. Die schnelle Unterstützung der Feuerwehr ist im Stadtkreis Baden-Baden, der walddreichsten Gemeinde der Bundesrepublik, hiermit gegeben. G. K.

Spielplatz für Taldorf

Der THW-OV Ravensburg feierte sein 25jähriges Jubiläum. Rechtzeitig dazu stellten die zwei Bergungsgruppen in Taldorf/Ravensburg einen Spielplatz fertig, und zwar einen, der jedes Kinderherz höherschlagen läßt.

Insgesamt waren die Helfer 600 Stunden, vor allem an Wochenenden, mit dem Bau des Spielplatzes beschäftigt. Dabei übten sie mit den notwendigen Gerätschaften den Umgang mit Holz in der Praxis. A. A.

Nachruf

Der THW-Ortsverband Konstanz trauert um seinen Kameraden

Herbert Höldin

Er verstarb an den Folgen einer kurzen, schweren Krankheit im Alter von 38 Jahren. Herbert Höldin gehörte seit 1957 dem THW an. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Die Kameraden des Ortsverbandes Konstanz

Der THW-Ortsverband Öhringen trauert um seinen ältesten Kameraden

Dr. Horst Benzing

Er starb in Berlin am 29. April 1978 im Alter von 60 Jahren. Dem Ortsverband Öhringen gehörte er seit 1975 an.

Die Helfer des THW-Ortsverbandes Öhringen werden sein Andenken in Ehren halten.

Horst Quosbarth
Ortsbeauftragter



Ehrung in Weilheim

Anlässlich der Feier zum 25jährigen Bestehen des THW-OV Weilheim und der Einweihung der neuen Unterkunft hat im Auftrag des Direktors des THW der Landesbeauftragte für Bayern, Dipl.-Ing. Schwarz, OAR Müller vom Bundesbauministerium das Helferzeichen in Gold mit Kranz ausgehändigt und dabei das herausragende Wirken des Geehrten vor einer großen Zahl von Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung sowie den Helfern der THW-Ortsverbände Weilheim, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg, Schongau und Wolfratshausen gekennzeichnet.

Müller hat als zuständiger Sachbearbeiter im Ministerium die Belange des THW bei den Neubauten von Unterkünften und beim Ankauf von bebauten Liegenschaften hervorragend vertreten. Durch sein engagiertes Wirken ist es gelungen, viele Maßnahmen zu fördern und vor allem schnell abzuwickeln.

Bei den in den letzten fünf Jahren durchgeführten mehr als 60 Neubauten von Unterkünften hat er an der optimalen Verwirklichung der Objekte besonders mitgewirkt. Auch in diesem Haushaltsjahr ist OAR Müller durch die vom THW veranlaßten 30 Neubaumaßnahmen besonders belastet und dabei immer bereit, einen hohen Anteil an Freizeit einzubringen.

Sein unbürokratisches Wirken, seine besondere Aufgeschlossenheit für die Belange des THW und der Helferschaft, sein von Zivilcourage erfülltes Handeln und sein Einsatz verdienen, auf diese Weise von der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk gewürdigt zu werden. S.

Er versank bis an die Achsen in der nach Regenfällen aufgeweichten Erde. Das Technische Hilfswerk Freising pumpt die Ladung des LKW in einen von der Weihenstephaner Molkerei bereitgestellten Tankzug um."

Brückenbau im Wellertal

Schon früh begann der THW-Ortsverband Selb mit den Vorarbeiten für den Bau einer 22 m langen Brücke über die Eger: An zwei Samstagen wurden die vom Forstamt Selb gefällten Bäume entastet, entrindet und weißgeschält, laut Holzliste auf Länge zugeschnitten und vom Holzschlagplatz zur Baustelle transportiert. Die restlichen Hölzer sowie zwei Untergurte von 24 m Länge wurden anschließend zur Baustelle transportiert. Dann wurde das gesamte Holz einschließlich 44 qm Bohlenbelag dreimal imprägniert. Der Vorschrift entsprechend mußten die Hölzer jetzt einige Wochen lagern, damit das Imprägnierungsmittel auch auf Jahre einen wirksamen Schutz gegen Fäulnis bietet.

Als der OV Selb schließlich die Genehmigung für den Baubeginn erhielt, wurde an mehreren nacheinanderfolgenden Samstagen wie folgt verfahren: Betonieren der Fundamente am Nord- und Südufer, den mittleren bestehenden Pfeiler auf Niveauhöhe bringen, Reißboden für das Anfertigen von Schablonen erstellen, anreißen der Hölzer nach Schablone, zuscheiden, zusammensetzen sowie verbohren. Die komplette Brücke (außer Bodenbelag und Geländer) wurde zuerst einmal auf der angrenzenden Wiese aufgestellt. Dies mußte geschehen, da einige Hölzer genau passen mußten. Nach der Fertigstellung des Grundgerüsts wurde die Brücke wieder vollständig demontiert, um mit der eigentlichen Montage am Bestimmungsort beginnen zu können.

Nicht leicht war es, die zwei Untergurte mit einer Länge von je 24 m und einem Gewicht von ca. 2,4 t ohne einen Kran über die Eger auf ihre Auflager zu setzen. Nachdem dies geschehen war, wurde die Brücke Teil für Teil zusammenmontiert (verschraubt). Dabei stellte sich heraus, daß die Helfer wirklich gute Arbeit

beim Zuschneiden und Zusammensetzen geleistet hatten. Anschließend wurden der Bohlenbelag sowie die Geländer angebracht. Sodann erhielt die Brücke einen zweimaligen offenen Lasuranstrich, und die Zugangswege wurden angeschüttet.

M. W.

Nachruf

Am 6. April 1978 verschied unser Kamerad

Josef Dolejs
geb. 21. 8. 1904

Als Mitbegründer des Ortsverbandes Fürth war er seit 11. Februar 1953 ein Mann der ersten Stunde.

Eine lange, schwere Krankheit hinderte ihn, aktiv mitzuwirken, trotzdem hat er an der Arbeit und Entwicklung des Ortsverbandes Fürth regen Anteil genommen.

Sein Beispiel wird uns anspornen.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Fürth

Der THW-Ortsverband Rothenburg o. d. T. trauert um seinen Kameraden

Gerhard Raab

Er starb im Alter von 20 Jahren an den Folgen eines Verkehrsunfalles.

Gerhard Raab gehörte seit März 1977 dem Ortsverband Rothenburg o. d. T. an.

Seine THW-Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Rothenburg o.d.T.

Die Helfer der Ortsverbände München haben von ihrem langjährigen Kameraden

Eduard Selk

Abschied nehmen müssen.

Im Jahre 1899 geboren, gehörte er seit 1955 dem Ortsverband München an. Er war voller Idealismus, nahm bei allen Einsätzen teil und erfreute sich bei allen Kameraden großer Beliebtheit.

Der Ortsverband hat einen guten Kameraden verloren, dessen Andenken in Ehren gehalten wird.

Der Ortsbeauftragte und Helfer der Münchener Ortsverbände

26 000 Liter Milch drohten auszufließen

Das Freisinger Tagblatt berichtete am 10. Mai 1978:

„Vier Stunden lang wurde ein Fahrstreifen der Autobahn München-Nürnberg gesperrt, weil aus einem defekten italienischen LKW 26 000 Liter Milch auszufließen drohten. Auf der Höhe von Allershausen kam der Lastzug von der Fahrbahn ab und rutschte auf das Bankett.

Helfer des Warnamtes III nahmen an Brandschutz- und Bergungslehrgang teil

Am Samstag, 8. April 1978, fanden sich die Helfer und Ausbilder des WA III zu einer Brandschutz- und Bergungsausbildung in einer Selbstschutz-Ausbildungsstätte ein.



Den richtigen Umgang mit Feuerlöschern übten die Helfer des Warnamtes III.

Die anfänglich noch sichtbare Skepsis der Helfer wich bald einer gelöststen Stimmung: Man verstand es, die Helfer mit interessanten Ausführungen und praktischen Übungen an den Geräten zu fesseln. Nach kurzer theoretischer Unterweisung folgte dann die praktische Brandbekämpfung. Jeder Helfer konnte im Umgang mit Feuerlöschern wertvolle Erfahrungen sammeln. Geübt wurde das Ablöschen von Bränden am Holzstoß und im größeren Umfang an einem mit Wasser gefüllten Betonbecken. Auf der Wasseroberfläche hatte man einige Liter Flugzeugtreibstoff entzündet.

Interessant und lehrreich war auch die folgende Übung, das Ablöschen einer brennenden Person. Am Ende hatte jeder Helfer mindestens einmal mit Hilfe der Löschdecke und mit geschickten Griffen die brennende Übungspuppe abgelöscht.

Die Bergungsübung brachte für viele einen gewissen Nervenkitzel mit sich; sie forderte von jedem Helfer auch eine Portion Mut. Zunächst wurden das Binden von Seilen und die Ausführung spezieller Knoten geübt.

Jeder Helfer legte sich seinen Brustbund an, und dann ging es zum Abseilen an der Hauswand auf den Dachboden der Ausbildungsstätte.

Beim ersten Blick aus der Bodenluke wurde dem einen oder anderen zwar etwas mulmig zumute, nachdem jedoch die ersten Helfer heil abgeseilt waren und sogar voller Begeisterung wieder oben erschienen, wandte sich das Blatt und es ging auf einmal alles nicht mehr schnell genug.

Hin und wieder ertappte man auch jemanden, der sich bereits zum zweiten Male in die Reihe der Wartenden eingeordnet hatte. Das letzte Gefühl der Sicherheit brachte wohl die stets vorhandene Fangleine.

Alles in allem war dieser Tag für die Helfer des WA III eine willkommene und lehrreiche Ergänzung der Ausbildung, deren praktischen Nutzen man nicht unterschätzen sollte.

Voller Einsatz der WD-Leitmeßstelle 74 in Wadern/Saarland bei der Übung „NATEX 78“

Zur Warndienstübung am 22. April 1978 wurde Ing. Erasmus, Einsatzleiter im Warnamt VII, in die Leitmeßstelle 74 zur Unterstützung, Beobachtung und Verbindung zum Übungstab des Ministeriums des Innern des Saarlandes abgeordnet. Bei seinem Eintreffen fand er eine einsatzfreudige junge Mannschaft vor, die bereits mit Einweisungen und Übungsvorbereitungen begonnen hatte, denn für 12 Helfer (von 15, die vollzählig erschienen waren) war dies die erste Übung mit dem Warnamt und mit den 6 AMAST und 11 BAMSt des Saarlandes.

Alle Helfer zeigten sich sehr motiviert und erreichten gute Leistungen. Außer den nebenberuflichen Führungskräften, dem Leiter Kraus und dem Auswerteleiter Marzen, waren 15 Helfer in beengten Schutzraumverhältnissen der Hauptschule Wadern unter erschwerten Bedingungen einschichtig im Einsatz.

Während des Übungsablaufes haben sich die vier Fernsprecheleitungen als unbedingt notwendig erwiesen.

Die Verständigung und Zusammenarbeit mit den angeschlossenen ABC-Stellen auf der untergeordneten Ebene (AMAST und BAMSt) war zufriedenstellend, wenn auch der Fernsprechemeldeverkehr durch Fortsetzung allseitiger Ausbildung noch verbessert werden kann. Auch bei Anhäufung der Übungsereignisse konnten noch alle Arbeiten ohne größere Verzögerungen bewältigt werden. Erstmals wurde ein Warnstellenanschluß in der Leitmeßstelle zur Darstellung der Luftlage und ABC-Lage des Warnamtes VII mitbenutzt, der sich als zweckmäßig erwiesen hat.

Im Verlauf der Übung wurde die Leitmeßstelle 74 von Ministerialrat Boensch, Bundesminister des Innern, und Lt. Baudirektor Dr. Maske, Leiter der Abteilung WD im BZS, besucht. Boensch informierte sich eingehend über die taktischen Zusammenhänge in Verbindung mit der Aufgabenstellung der Übung.

Außerdem waren je ein Vertreter des Wehrbereichskommandos IV und des Verteidigungsbezirkskommandos Saarbrücken erschienen. Da die Gäste zuvor den Übungsablauf in einigen AMAST und BAMSt teilweise beobachtet hatten, konnten sie ihre Erfahrungen mitteilen. Schließlich hat auch Einsatzleiter Beyer im Warnamt I, als Angehöriger des Arbeitsausschusses für die Erstellung von Einsatz- und Betriebsanweisungen, verschiedene Anregungen und Erkenntnisse für seinen Aufgabenbereich während der Übung aufgenommen.

Abschließend ist erwähnenswert, daß die Leitmeßstelle 74 in vorbildlicher Weise mit interessierten Helfern aufgebaut wurde.

Zwölf junge Helfer konnten nach und nach für diese Tätigkeit zum Wohle der Bevölkerung gewonnen werden. Der Besucher erlebte den guten Kameradschaftsgeist, der sich vom persönlichen Umgang und gemeinschaftlichen Einsatz bis zur optimalen Raumgestaltung mit den Geräten, Möbeln, Karten, Übersichten und Verzeichnissen vorbildlich darstellte.

Die Bretagne und die „Amoco Cadiz“

Arbeiter-Samariter-Bund hilft Bürgerinitiativen

Bericht über die Fahrt mit dem 9,4-Tonner ins Katastrophengebiet

Die Ursache der Ölkatastrophe an der Bretagne-Küste ist bekannt. In der Nacht vom 16. auf den 17. März 1978 lief der unter liberianischer Flagge fahrende Supertanker „Amoco Cadiz“ mit rund 230 000 Tonnen Rohöl vor dem kleinen Fischerstädtchen Portsall an der Nordwestküste der Bretagne auf felsigen Grund auf. Weithin unbekannt ist jedoch, daß Helfer aus Deutschland, z. B. Angehörige von örtlichen Bürgerinitiativen für den Umweltschutz und auch Zivildienstleistende, bei den Aufräumarbeiten im Einsatz waren.

Zurück zur Ursache: Sieben Wochen nachdem der Riesentanker „Amoco Cadiz“ nach einem Ruderschaden bei Windstärke zehn zerbrach, hatten annähernd 6000 Soldaten und Hunderte von französischen Freiwilligen Öl in Plastiksäcke geschöpft und die Felsen mit Bürsten geschrubbt. Doch über so manchen Küstenabschnitt, der von den Ortsvorstehern eben als entölt gemeldet worden war, kam über Nacht erneut die Flut. Der Wind nämlich, seit Monaten stürmisch, drückte das eigentlich für die Raffinerien Rotterdams bestimmte Öl immer wieder landwärts. Ein dänischer Frachter versank sogar mit 2800 Tonnen eben abgepumpten Ölschmutzes im Küstengewässer.

Dies war der Anlaß auch für die deutschen Kollegen der französischen Umweltschützer, in Aktion zu treten.

In Frankreich selbst war es nämlich hauptsächlich dem Einsatz von Tausenden von Freiwilligen zu verdanken, daß zumindest einige Erfolge bei den Aufräumarbeiten zu verzeichnen waren. Rundfunk- und Fernsehstationen forderten die Bürger auf, Schaufeln, Harken, Gummistiefel und Waschpulver für die Bretagne-Reinigung zu stiften.

Von den deutschen Umweltschützern wurden in erster Linie Notstromaggregate, Zelte und Dampfstrahlgeräte angefordert. Diese konnten in kurzer Zeit von Feuerwehr, ASB und dem Technischen Hilfswerk zur Verfügung gestellt werden. Der Arbeiter-Samariter-Bund stellte darüber hinaus kurzfristig die Transportkapazitäten zur Verfügung, und die Zentrale Einsatzplanung übernahm der Betreuungsverband Zivildienst e. V. in Bonn.

Nachstehender Bericht von Jochen Hauff, Wiesbaden, schildert die Erlebnisse einer abenteuerlichen Fahrt mit einem ASB-9,4-Tonner.

„Es war schon ein kleines Abenteuer. Drei ASBler, ein 9,4-Tonner Mercedes-LKW, beladen mit drei Notstromaggregaten, drei Tauchpumpen und später noch mit einem Dampfstrahl-

gerät, unterwegs von Köln über Mainz, quer durch Frankreich, vorbei an Paris, Le Mans und Rennes nach Trégastel in der Bretagne. Die Geräte sollten dort gegen die Ölflut, die durch den gestrandeten Tanker ‚Amoco Cadiz‘ entstanden ist, eingesetzt werden.

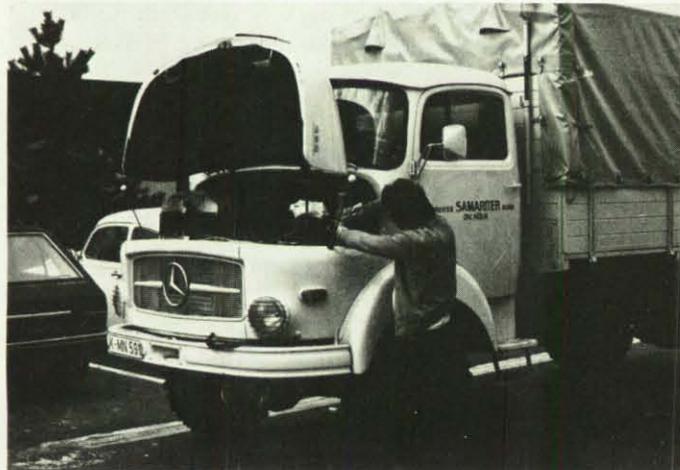
Ein kleines Abenteuer darum, weil die Fahrt in großer Eile zustande kam. Die Aggregate mußten unterwegs abgeholt werden, es gab nur unzureichende Papiere, die auf eine reibungslose Zollabfertigung hoffen ließen. Die Zeit stand uns von Mainz bis kurz vor Paris im Nacken, weil dort bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ein weiteres Gerät abgeholt werden mußte.

Walter Zimmermann und Wolfgang Klein vom ASB Köln und ich, als Wiesbadener ASBler, trafen uns in Mainz. Ohne langen Aufenthalt ging es dann auch gleich los in Richtung französischer Grenze. Daß die mehr als 1000 km lange Fahrt eine Strapaze für uns drei werden sollte, war mir bald klar: Zusammengezwängt in einem engen Führerhaus des LKW, mit 73 km/h Spitzengeschwindigkeit und einem jedes Gespräch tödenden monotonen Motorenlärm. Eine Unterhaltung selbst mit dem ‚Nachbarn‘ blieb auf die Fahrtpausen beschränkt.

Das erste ‚Etappenziel‘, die Grenze bei Saarbrücken, erreichten wir nach etwa drei Stunden gegen vier Uhr nachts. Unsere Befürchtung, mit den unzureichenden Papieren für die geladenen Aggregate nicht durch den Zoll zu kommen, erwies sich als unbegründet. Vom deutschen Zoll war weit und breit nichts zu sehen; und der französische Grenzbeamte erkannte sofort die Notwendigkeit unserer mehrere zehntausend Mark teuren Ladung. Schließlich sollten die Aggregate dazu verwendet werden, einen Teil der ölverseuchten bretonischen Küste wieder zu säubern.

Eine Gruppe von 35 deutschen Freiwilligen war gleichzeitig mit der Bahn unterwegs, um mit den Geräten am Strand von Trégastel, rund 200 km vom Wrack des Tankers ‚Amoco Cadiz‘ entfernt, zu arbeiten.

Die Grenze hatten wir also passiert, die Fahrt ging weiter über die Autobahn in Richtung der französischen



Auf der über 1000 km langen Fahrt in die Bretagne: der 9,4-Tonner des ASB Köln.

Hauptstadt. Mit einer Geschwindigkeit, die sich kaum noch als Geschwindigkeit bezeichnen läßt, und nur den vorgeschriebenen Pausen erreichten wir dann auch sicher den Ort Chelles, etwa 15 km vor Paris. Mit genau fünf Minuten Verspätung kamen wir bei der Firma an, bei der wir ein Dampfstrahlgerät zuladen sollten. Doch wir waren nicht zu spät. Das Gerät wurde übernommen und anschließend eine längere Pause gemacht. Hinter Paris dann, an einer Autobahntankstelle, mußte die einzige ‚Zwangspause‘ während unserer Fahrt an die bretonische Küste eingelegt werden. Ergebnis einer Routinekontrolle des Motors: Ein Stück Schlauch der Kühlwasserleitung war porös, Kühlflüssigkeit tropfte heraus. Der Schaden war jedoch bald behoben.

Unser nächstes Ziel war St. Brieuc, schon mitten in der Bretagne. Spät abends kamen wir in diesem Ort an, in dem eines der Hauptquartiere gegen die ‚marée noire‘, die ‚Schwarze Flut‘, untergebracht war. Die örtliche Polizeistelle schien uns zu dieser späten Stunde die beste, erste Auskunftsstelle für weitere Instruktionen zu sein. Denn wir wußten zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau, wo unsere Ladung eingesetzt werden sollte.

Nach einigem Hin und Her und mehreren Telefonaten bot man uns ein Nachtquartier bei der örtlichen Feuerwehr an. Mit der Hilfe der Polizisten – sie stellten ein Vorspannfahrzeug – fanden wir zu den ‚Pompiers‘.

Was uns dort an Gastfreundschaft begegnete, ist kaum zu beschreiben. Ständig begleiteten uns drei bis vier der Feuerwehrleute. Selbst zu dieser späten Stunde schien es ihnen nicht schwerzufallen, auch mit den gering-



Die ASB-Mannschaft fand herzliche Aufnahme bei den „Pompiers“ von St. Brieuc.

sten Mitteln ein echt französisches „Menü“ mit Vorspeise, Hauptgericht und Nachspeise zu servieren. Aus irgendeiner Ecke holten sie für uns ihre Notrationen. Als Vorspeise bekamen wir Ölsardinen, dann verschiedene Wurstsorten und abschließend – als Nachspeise – Gebäck und Konfitüre. Und dazu natürlich reichlich Rotwein. Nach der langen, anstrengenden Fahrt bis zu diesen gastfreundlichen Feuerwehrleuten war das genau die richtige, kräftigende Mahlzeit. Kein Ober eines französischen Luxusrestaurants hätte uns an diesem Abend besser bewirten können als die ‚Pompiers‘ von St. Brieuc.

So gestärkt und, nachdem wir unsere verschwitzten Körper gewaschen hatten, dauerte es anschließend nicht mehr lange, bis wir eingeschlafen waren. Die Feuerwehrleute hatten uns einen Schlafräum zur Verfügung gestellt, in dem normalerweise Lehrgangsteilnehmer untergebracht werden.

Am nächsten Morgen – wir schliefen so lange, bis wir von den Lautsprecherdurchsagen eines nahen Sportplatzes aufwachten – wartete schon

ein heißer, starker Kaffee und ein fürstliches Frühstück in der kleinen Feuerwehrrüche auf uns. Dann hieß es Abschied nehmen von den neuen Freunden in St. Brieuc. Wir packten unsere Sachen, ‚schossen‘ noch ein paar Fotos, und weiter ging es in Richtung Lannion, einem Ort, der nur wenige Kilometer von der Küste entfernt liegt und bei dessen Feuerwehr die Organisationsfäden der von der marée noire betroffenen Nachbarorte zusammenlaufen. Nur noch wenige Kilometer trennten uns von Trégastel, dem Einsatzort der Maschinen und Aggregate, die wir über mehr als eintausend Kilometer von Deutschland in die Bretagne gebracht hatten.

In Trégastel selbst trafen wir dann am gleichen Abend auf die Gruppe der 35 deutschen freiwilligen Helfer, die mit unserer wertvollen Ladung in den nächsten Wochen den Bretonen helfen wollte, die ölverschmutzten Strände zu säubern. Diese Gruppe hatte den langen Weg etwas bequemer mit der Eisenbahn zurückgelegt.

Unsere Fahrt mit dem 9,4-Tonner-ASB-Diesel war mit Sicherheit anstrengender und zermürend – dafür werden aber Walter Zimmermann, Wolfgang Klein und auch ich diese Fahrt und besonders die Gastfreundschaft der hilfsbereiten Feuerwehrmänner von St. Brieuc noch lange in unserer Erinnerung behalten.“

Beendet wurde die Aktion der deutschen Helfer am 29. Mai 1978. Die französischen Behörden waren der Ansicht, nun die Küste wieder soweit in Ordnung zu haben, um sie den Urlauberanstürmen überlassen zu können. Die Helfer standen bei ihrem Einsatz einem Ölteppich gegenüber, der in seiner Fläche größer als das Saarland war. 530 Tankzüge brachten im Pendelverkehr das Öl in Raffinerien nach Le Havre und St. Nazaire.

Man schätzt, daß wohl insgesamt 60 000 Helfer im Einsatz waren.

Als Folge der Ölkatastrophe wurden in der Bundesrepublik scharfe Bestimmungen gefordert, z. B. müßte Radarausrüstung Pflicht für alle Tanker sein, tiefgehende Schiffe sollen besonders gekennzeichnet werden, alle wichtigen technischen Systeme (Steuerung, Ruder) doppelt vorhanden sein. Wichtig sei vor allem das Aufstellen einer europäischen Öl-Katastrophenabwehr mit lückenloser Küstenüberwachung.



Am Ziel – die Ladung, hier ein Heißwasserstrahlgerät, wird in Empfang genommen.

Funkübung der JUH auf Landesebene

Neben Organisation auch Improvisation nötig

Große Entfernungen und häufiger Standortwechsel stellen besondere Anforderungen

In der Theorie hätte die Funkleitstelle Münster klar und deutlich die Nachricht durch den Äther erhalten, daß auf dem Bauernhof bei Emsdetten im nordwestlichen Münsterland keine Geschädigten angetroffen wurden. In der Praxis sah das anders aus. Die große Entfernung ließ den Funkanspruch irgendwo „verrauschen“. Die drei Männer des Einsatzwagens zeigten sich aber findig – sie griffen zum nächst erreichbaren Telefonhörer.

Dies war nur eine der Erfahrungen, die die Johanniter-Unfall-Hilfe in Nordrhein-Westfalen auf einer internen Funkübung auf Landesebene, der ersten ihrer Art, machen konnte. Vorherrschend war die Erkenntnis, daß zwischen Theorie und Praxis eben doch ein breiter Spalt klafft.

„Die Ausbildung in dem jetzigen Rahmen hat sich schon als richtig erwiesen“, resümierte der Bezirksbeauftragte der JUH Münster, Joachim Schmidt, aber: „Die praktischen Erfahrungen müssen wir vermehren.“

Außerdem wurde in der Manöverkritik deutlich, daß zusätzlich zu dem Fernmeldelehrgang, der über Samstag und Sonntag in der JUH-Landeschule Münster angeboten wird, ein Sprechfunklehrgang eingerichtet werden sollte, ebenfalls an einem Wochenende. Joachim Schmidt verspricht sich davon kürzere und präzisere Angaben, die der Leitstelle sofort einen genauen Überblick über die Gesamtlage ermöglichen.

Insgesamt zeigte sich nicht nur Joachim Schmidt, sondern auch der Landesgeschäftsführer Walter Salzmann, der Sachbearbeiter Fernmeldewesen beim Regierungspräsidenten Münster, Baczewski, der Landeschutzmeister und Katastrophenschutzbeauftragte, Friedhelm Knops, sowie der Leiter der Übung, Hans Langer (Sachbearbeiter Fernmeldewesen bei der JUH Nordrhein-Westfalen), sehr zufrieden. Sie habe sich als sehr sinnvoll erwiesen und aufgezeigt, wo noch Schwachstellen sind.

Die Ausgangslage der Übung, zu der je drei Helfer mit einem Fahrzeug aus zwölf Standorten in Nordrhein-Westfalen anrückten, nahm ein Eisenbahnunglück im Bahnhof Osna-brück an. Dabei wurden giftige Dämpfe freigesetzt, die bei Windstärke 5 in südwestlicher Richtung, also auf Münster, zutrieben. Aufgabe der Johanniter war es nun, ihnen von der Funkleitstelle in Münster benannte Häuser und Höfe anzufahren, um dort eventuelle Schäden festzustellen und zu melden.

Mit 50 000er-Karten begaben sich die Teams nach einer kurzen Begrüßung durch Walter Salzmann und Einweisung von Hans Langer in das ihnen gänzlich unbekannte Gelände im Dreieck Münster-Burgsteinfurt-Emsdetten. An Fahrer, Fernmelder und Navigator wurden dabei hohe Anforderungen gestellt, um diese Aufgabe zu lösen. Das Auffinden

der Höfe machte oft einiges Fragen erforderlich.

Waren die mutmaßlich Geschädigten gefunden, mußte ihnen erst einmal erläutert werden, warum sie auf einmal Besuch von einem JUH-Krankenwagen erhielten; sie waren zuvor nicht informiert worden. Doch die erste Überraschung legte sich schnell, sie spielten die Übung dann bereitwillig mit.

Nach Erkennen der Lage stellte sich das nächste Problem, das Übermitteln zur Leitstelle. Die großen Entfernungen waren dabei für einige Schwierigkeiten verantwortlich, nicht immer ließ sich eine Verbindung herstellen.

Dabei bewies sich, daß – wie auch im Katastrophenfall – nicht nur eine perfekte Organisation, sondern auch die Improvisationsgabe der eingesetzten Helfer wichtig ist: Sie griffen auf das altbewährte Telefon zurück.

Neben den weiten Entfernungen stellte auch der häufige Ortswechsel große Anforderungen an den Fernmelder, so daß alles Erlernte angewendet werden mußte. Immerhin hatte jede Drei-Mann-Besatzung 15 bis 20 Häuser und Höfe zu besuchen. So dauerte es auch bis zum Nachmittag, bis alle wieder in Münster zur Auswertung eintrafen.

Nachdem sich erwiesen hat, wie sinnvoll eine Übung dieser Art sein kann, soll sie unbedingt in größerem Rahmen wiederholt werden. H. Westfeld



Links: Der Landesgeschäftsführer der JUH in Nordrhein-Westfalen, Walter Salzmann, begrüßt die Helfer aus zwölf Standorten zur Funkübung im Münsterland. – Rechts: Die praktischen Erfahrungen müssen vermehrt werden, das war eine Feststellung bei dieser internen Übung auf Landesebene.



Zahlreiche „Verletzte“ wurden von den Sanitätsorganisationen an der Verletzensammelstelle fachgerecht versorgt.



An vier – statt wie geplant sechs – Unglücksstellen übten 1500 Helfer der Berliner Hilfsorganisationen.

Katastrophenschutz-Großübung in Berlin

1500 Helfer bewältigten den Fall „Omega“

Einsatz der Hilfsorganisationen an vier verschiedenen Schadensorten

Katastrophenschutz-Übungen in einer Großstadt haben ihre besonderen Probleme. Dies ließ auch die in den letzten Maitagen in Berlin durchgeführte bedeutendste Übung der letzten Jahre, Stichwort „Omega“, erkennen, die im Schatten einer Terroristen-Befreiung eine wirklichkeitsnahe Situation aufzeigte.

Während die Einheiten des Katastrophenhilfsdienstes übungsmäßig zu den angenommenen Schadensorten ausrückten, befreiten Terroristen-Anhänger den angeklagten Terroristen Till Meyer gewaltsam aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit. Dieser erneute Schlag der Terroristen, der zum sofortigen Abzug der bei der Übung eingesetzten Polizeikräfte führte, konnte den simulierten Übungsverlauf nur wenig beeinträchtigen. Der bei der Berliner Feuerwehr eingesetzte Übungsstab beherrschte trotz der eingeleiteten Großfahndung die Situation. Nur zwei der sechs simulierten Katastrophensituationen – ein schweres U-Bahn-Unglück auf dem Bahnhof Umlandstraße und eine folgenschwere Explosion in einem Miethaus in Kreuzberg – wurden wegen der aktuellen Ereignisse vom Übungsplan gestrichen.

Die übrigen Einsatzorte

- Explosion im Physikraum auf der Schulfarminsel Scharfenberg
- Schiffsunglück bei der Insel Eiswerder, bei dem 80 Personen verletzt wurden

- Einsturz und Explosion in Wohnhäusern und Bruch einer Stadtgasversorgungsleitung in Lichterfelde

- schwerer Verkehrsunfall – BVG-Bus umgestürzt, Tankwagen verliert Benzin – in Berlin-Rudow wurden nicht betroffen.

Über 1500 Personen nahmen an den Übungen teil. Über den Verlauf schreibt der Tagesspiegel u. a.

„Auch auf einem unbebauten Grundstück am Schirpitzer Weg in Rudow waren die Männer der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Malteser-Hilfsdienstes, des Technischen Hilfswerkes und Feuerwehrbeamte aktiv. Sieben Personenwagen, ein BVG-Bus und ein Tanklastzug waren hier katastrophengerecht aufgebaut worden, denn Bus und Tankfahrzeug waren kollidiert. Bis die ersten Feuerwehrautos um 10 Uhr 37 eintrafen, aalten sich die zurechtgemachten Verletzten in der Sonne, die zudem viel zu heftig schien für das zu Wunden modellierte Wachs.“

Die Berliner Morgenpost berichtet:

„Ein Bild von Zerstörung und Verwüstung bot sich gestern auch Feuerwehrleuten und freiwilligen Helfern, als sie gegen 11 Uhr an der Schulfarminsel Scharfenberg eintrafen:

Ein Erdstoß hatte am Vormittag die Insel erschüttert. Bei einer Folge-Explosion im Physikraum des Schulgebäudes fingen Chemikalien Feuer, fiel das Treppenhaus in sich zusam-

men, wurden mehrere Schüler verschüttet und verletzt.

Die Arbeit der Helfer aber erwies sich nicht als einfach: Die Fähre zwischen Insel und Festland war gesunken; zwei Boote des Wasserrettungsdienstes und ein Löschboot mußten angefordert werden.

Pünktlich um 10 Uhr 35 wallte Qualm vom Vorschiff des Vergnügungsdampfers auf. ‚Hilfe‘ schrien einige der Passagiere und sprangen über Bord. Nach sechs Minuten rauschten mit flackerndem Gelblicht Boote der DLRG heran, warfen gekonnt Rettungsringe und Schwimmwesten ins Wasser und zerrten einen, der behauptete, daß er gleich ‚erfriere‘, an Bord.“

Der Leiter des Zentralen Einsatzstabes, Landesbranddirektor Seidel, erklärte nach Beendigung der Übung:

„Obwohl die Übung noch während der Aufbauarbeiten und der Schminkvorbereitungen um zwei Schadenstellen verringert werden mußte und dies zu zusätzlichen Schwierigkeiten führte, wurde das Übungsziel erreicht. Die nunmehr in Angriff zu nehmende Auswertung der Übung wird wertvolle Erkenntnisse sowohl in einsatztaktischer als auch in führungsmäßiger Hinsicht bringen. Damit wird es möglich werden, künftige Übungen effizienter zu gestalten und den Aufbau des Katastrophen-Hilfsdienstes konsequent fortzusetzen.“

W. Stössel

Aus dem Jahresbericht 1977

Der MHD in Zahlen und Fakten

Mitgliederstand stieg auf 51404

Mitgliederstand

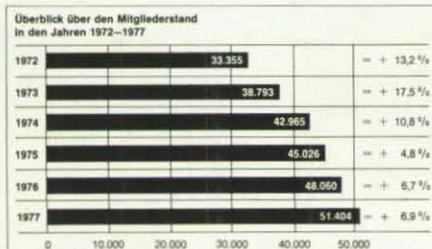
Der Mitgliederbestand erhielt 1977 wiederum einen erheblichen Zuwachs:

48 060 Mitglieder zum 1. 1. 1977 standen

51 404 Mitglieder zum 31. 12. 1977 gegenüber,

was eine Erhöhung um 3344 Mitglieder bedeutet.

Als gesicherte Erkenntnis bleibt in dem Zusammenhang festzustellen, daß die Erste-Hilfe-Kurse die beste Werbung darstellen, um für die Vereinsarbeit neue Mitglieder zu gewinnen.



Ausbildungstätigkeit

Das Ausbildungsergebnis des Jahres 1977 stellt sich wie folgt dar:

	1976	1977	±	%
Ausbilder	512	466	- 46	- 8,9
Helfer	9 725	9 550	- 175	- 1,8
Laienhelfer	132 490	151 134	+ 18 644	+ 14,1
insgesamt	142 727	161 150	+ 18 423	+ 12,9

Damit wurden seit Gründung des MHD im Jahre 1953 insgesamt 1 739 174 Personen ausgebildet. Die Stagnation, die 1976 im Vergleich zu der Steigerung der Ausbildungszahlen in den Vorjahren aufgetreten war, wurde im Berichtsjahr in eindrucksvoller Weise korrigiert. Allerdings gibt zu bedenken, daß die Ausbildung der Helfer und Ausbilder nicht im gleichen Maße Schritt hielt wie die der Laienhelfer. Insoweit ist eine „Anpassung“ geboten und eine unerläßliche Forderung für die Ausbildung der kommenden Jahre.



Gesamt-Ausbildungsleistung

53 558 weibliche Personen im Alter von 17 bis 50 Jahren konnten seit 1967, als der Malteser-Hilfsdienst offiziell von der Bundesregierung den Auftrag erhielt, zu Schwesternhelferinnen ausgebildet werden. Die nachfolgende kartographische Darstellung gibt Auskunft über die prozentuale Aufteilung der vom MHD bisher ausgebildeten SH auf die einzelnen Bundesländer.

Anschließend ist die numerische Aufteilung der 53 558 SH in Form einer Kreis-Darstellung der Ausbildungsanteile, ebenfalls auf die einzelnen Bundesländer bezogen, dargestellt.

Insgesamt verfügte der MHD

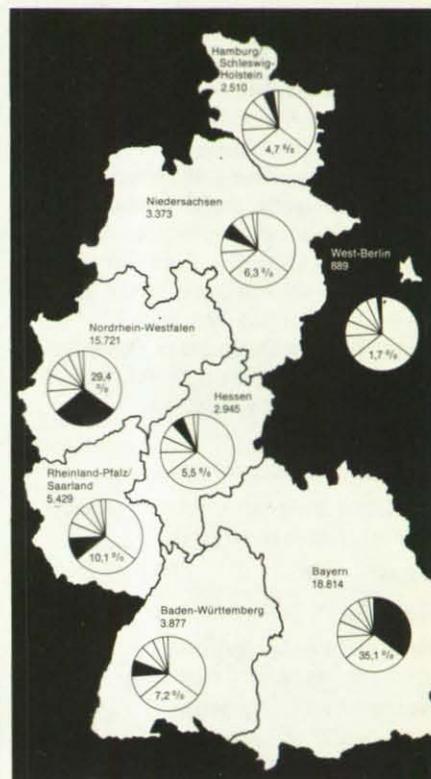
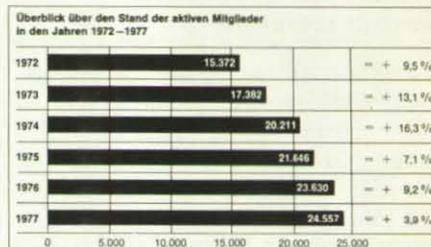
1977

über 24 557 aktive Mitglieder in 2466 Gruppen.

1976

waren es 23 630 aktive Mitglieder in 2435 Gruppen.

Die Schwesternhelferinnen sind in diesen Gruppen nicht erfaßt.



Einsatzgliederungen

Der in Einsatzgliederungen erfaßte ehrenamtliche Mitarbeiterkreis hat sich im Berichtsjahr um 927 Helfer/innen vergrößert.

zum 31. 12. 1977 waren:

7 174 Helferinnen in 655 Gruppen und
17 383 Helfer in 1811 Gruppen

zusammengefaßt.

Tätigkeit der aktiven Gliederungen

Einsätze

Die freiwilligen Helferinnen und Helfer des MHD waren auch 1977 bereit, zahlreiche Stunden ihrer Freizeit in den Dienst der alten, kranken und verletzten Mitmenschen zu stellen, sei es zur Unterstützung des hauptamtlichen Pflegepersonals in Krankenhäusern, Alten- und Altenpflegeheimen, sei es in der Betreuung be-

hinderter Menschen bei sanitätsdienstlichen Einsätzen, im Rettungs- und Krankentransportdienst oder bei der Wahrnehmung sozial-karitativer Aufgaben.

	1976	1977	±	%
Dienststunden	1 230 851	1 324 418	+ 93 567	= + 7,6
Hilfeleistungen	100 351	106 843	+ 6 492	= + 6,4
Zahl der Einsätze	35 843	36 439	+ 596	= + 1,6

Krankentransport und Rettungsdienst

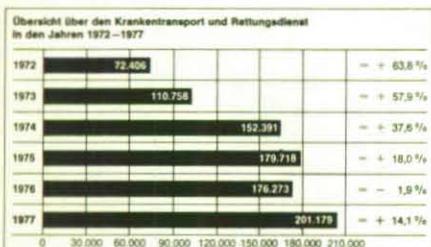
Nachdem der Vollzug der Landesrettungsdienstgesetze in einigen Bundesländern vereinzelt zu Schwierigkeiten und Unruhe geführt hatte, kann für 1977 festgestellt werden, daß sich die Mitwirkung des MHD im organisierten öffentlichen Rettungsdienst weitgehend konsolidiert hat. Bis auf wenige Ausnahmen wurde das vorhandene Rettungspotential des MHD in diesen Dienst einbezogen. Als positiv ist herauszustellen, daß die Neustrukturierung des Rettungswesens in vielen Orten zu einer wirtschaftlicheren Ausnutzung der Krankenkraftwagen des MHD geführt hat. Die Zahl der Krankentransportwagen erhöhte sich von 260 (1976) auf 273 zum 31. 12. 1977, während das Potential an Rettungswagen um 6 Fahrzeuge von 55 auf 61 erweitert werden konnte.

Mit diesen Einsatzfahrzeugen 273 Krankentransportwagen (KTW) 61 Rettungswagen (RTW) wurden

199 855 (1976 = 174 995)

Transporte gefahren und 5 514 768 (1976 = 5 247 104) Kilometer zurückgelegt.

Nimmt man die im Rahmen des mobilen Rettungsdienstes erbrachten Einsatzleistungen hinzu, so belief sich die Gesamtzahl der Transporte auf 201 179 (1976 = 176 273), womit 1977 = 24 906! Rettungs- und Krankenfahrten mehr als 1976 durchgeführt wurden.



Hubschrauber-Rettungsdienst

1977, dem 6. Jahr nach Indienststellung des Rettungshubschraubers (RTH) „Christoph 3“ in Köln, wurden

insgesamt 1333 Einsätze (1976 = 1138) geflogen. Bei 891 (1976: 598) Einsätzen handelte es sich um Verkehrsunfälle, 35(5)mal wurde der Rettungshubschrauber bei Hausunfällen und 34(36)mal bei Betriebsunfällen alarmiert, während es sich bei 188 (112) Einsätzen um sonstige Notfälle handelte.



Soziale Dienste

Im Rahmen der Pfarrcaritas, in enger Zusammenarbeit mit den Caritasverbänden wie auch im Wege freier Initiativen übernahmen viele MHD-Gliederungen zu den Aufgaben der Ausbildungen, des Rettungs- und Krankentransportdienstes sowie im Katastrophenschutz Tätigkeiten sozial-karitativer Art. Weiter in den Vordergrund traten dabei insbesondere die Fahrdienste für Schwerbehinderte, um diesem Personenkreis die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu erleichtern, wenn sie selbst oder Familienangehörige nicht über ein Fahrzeug verfügen. Soweit es sich um ständige Einrichtungen handelt, d. h. um Fahrdienste des MHD, die den Schwerbehinderten tagtäglich zur Verfügung stehen, gewähren die zuständigen Träger der Sozialhilfe finanzielle Unterstützung (Beteiligung an den Investitionskosten, Zuschüsse zu den Betriebskosten).

Als weitere Aufgaben sind im einzelnen zu nennen:

Mitarbeit in Sozialstationen, Unterhaltung von ambulanten Alten- und Krankenpflegestationen, Betreuung der Teilnehmer an Wallfahrten, Be-

förderung geistig/körperlich behinderter Kinder zu Schulen/Tagesstätten, Altenbetreuungen (Durchführung von Altnachmittagen, Ausflugsfahrten u. a. m.), Busbegleitung bei Kindertransporten, Mahlzeitendienste („Fahrbarer Mittagstisch“, „Essen auf Rädern“), Krankenfraternitäten, Sterbehilfen in Krankenhäusern, Aktion „Kette der helfenden Hände“, Medikamententransporte.

Erweiterter Katastrophenschutz

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch die breite Diskussion der vom Bundesinnenministerium beabsichtigten „Neukonzeption des Katastrophenschutzes“, die – getragen von einer Kabinettsentscheidung – sich die „schwerpunktmäßige Beseitigung der Hauptmängel“ zur Aufgabe gemacht hat. Sehr bald jedoch war zu erkennen, daß der eigentliche Anlaß der geplanten Neuordnung in der mangelnden Finanzausstattung des Bundes für die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Katastrophenschutzaufgaben zu sehen ist.

Die Neukonzeption beinhaltet ebenso das Vorhaben, den Katastrophenschutz von insgesamt 600 000 Helfern auf Kerneinheiten mit einer Stärke von 150 000 Mann zu beschränken wie auch eine – vermeintliche vertretbare – Vernachlässigung des Sanitäts- und Betreuungsdienstes. In zahlreichen zähen Verhandlungen konnte der Bund von diesen Vorstellungen weitgehend abgebracht werden, wengleich es gilt, andere für die Mitwirkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz unabdingbare Voraussetzungen weiter zu diskutieren und durchzusetzen.

Hierzu zählt:

- die Beibehaltung des Subsidiaritätsprinzips (öffentliche Einheiten werden nur aufgestellt, sofern private Träger hierzu nicht bereit oder in der Lage sind),
- die Aufgabe des Vorhabens zur Aufstellung eines Zivilschutzkorps,
- die Beschränkung der Weisungsbefugnis der Hauptverwaltungsbeamten auf den Einsatzfall,
- die ausschließliche Regelung der Rechtsverhältnisse nach den Vorschriften der jeweiligen Organisation.

Fortsetzung folgt

Novelle zum Feuerschutzsteuergesetz

Finanzierung des Brandschutzes erneut gefährdet

Ausschuß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmt dagegen



Diese Seiten
erscheinen in
Verantwortung des
Deutschen
Feuerwehrverbandes

Mit großer Sorge verfolgt der Deutsche Feuerwehrverband seit Mitte Juni eine erneute Tendenz auf Bundesebene, daß versucht wird, die Feuerschutzsteuer nicht zum 1. Januar 1979 zu verbessern. Nachdem eine Abstimmung in der Finanzministerkonferenz der Länder und mit der Versicherungswirtschaft in den ersten Monaten des Jahres erfolgt war, haben die Länder Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein Anfang Juni im Bundesrat einen Entwurf zur Novellierung des seit 1938 bestehenden Feuerschutzsteuergesetzes eingebracht. Ziel dieser Gesetzesinitiative, die von allen Landesregierungen trotz unterschiedlicher politischer Zusammensetzung getragen wird, ist es, die verbundenen Hausratsversicherungen und die verbundenen Gebäudeversicherungen wieder in die Feuerschutzsteuer einzubeziehen.

Seit 1973 wird durch eine Verordnung des Bundesfinanzministers für diese Versicherungen keine Feuerschutzsteuer mehr erhoben.

Seit dieser sicherlich unüberlegten Entscheidung des Finanzministers ist die Feuerschutzsteuer in den Bundesländern stark rückläufig. Die Folgen für die Finanzierung des Brandschutzes in den Ländern, Kreisen

und Gemeinden sind derart alarmierend geworden, daß manche Träger des Brandschutzes ihre gesetzlichen Aufgaben in diesem Bereich nicht mehr erfüllen können. Alle hierfür Verantwortlichen in den Ländern haben dieses seit Jahren erkannt und fordern eine schnelle Änderung dieses Zustandes. Die Sicherstellung des Brandschutzes ist in Gefahr geraten.

Diese aktuelle finanzielle Notlage war die Ursache dafür, daß alle Bundesländer sich einigten, eine Gesetzesvorlage im Bundesrat einzubringen. Durch die Feuerschutzsteuer wird nur die Versicherungswirtschaft belastet und nicht etwa, wie bei der Lohn- oder Einkommenssteuer, die breite Bevölkerung! Durch die neue Novelle rechnen die Experten nicht mit einer Erhöhung der Versicherungssteuer, da diese Belastungen von der Versicherungswirtschaft aufgefangen werden können. Seit Fortfall der Feuerschutzsteuer ab 1974 hat auch keine Versicherung dem Versicherungsnehmer eine Prämienreduzierung zukommen lassen. Die Sätze und damit die früheren Einnahmen sind geblieben!

Die Länder, Kommunen und Feuerwehren in der ganzen Bundesrepublik hatten seit Anfang Juni aufgrund

des eingebrachten Gesetzes zur Feuerschutzsteuer die berechtigte Hoffnung, daß ab kommendem Jahr wieder mehr Zuschüsse für den Brandschutz zu erwarten sind.

Diese Hoffnung bestand aber nur wenige Tage im Juni, denn Mitte Juni beschäftigte sich der Arbeitskreis „für Steuern und Finanzen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion u. a. mit dieser Gesetzesvorlage. Das Ergebnis: Dieser Fraktionsarbeitskreis lehnt die Gesetzesvorlage ab und empfiehlt den Bundesländern, das Gesetz im Bundesrat ebenfalls abzulehnen! Resümee: CDU/CSU-Bund gegen die CDU/CSU der Länder und die beiden anderen Parteien wie SPD und FDP.

Der Deutsche Feuerwehrverband fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, ihr Arbeitsergebnis zu ändern und dem Gesetz zur Feuerschutzsteuer doch zuzustimmen. Der Verband fordert weiter alle Länderregierungen und die Politiker in Bund und Ländern auf, dem Novellierungsgesetz zuzustimmen und hierdurch die künftige Sicherstellung der Finanzierung des Brandschutzes zu erwirken. Nun haben die Politiker die Verantwortung zu tragen.

Reinhard Voßmeier
Bundesgeschäftsführer des DFV

Führungsorganisation im Katastrophenschutz weiterhin katastrophal?

Politiker müssen noch rechtzeitig eine Führungspleite verhindern!

Zum Führungsmodell des Deutschen Feuerwehrverbandes

Seit Jahren wird im Bundesgebiet aufgrund negativer Erfahrungen bei Katastropheneinsätzen bei Bund und Ländern sowie den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen eine neue Führungskonzeption diskutiert. Vorrangig war hier die Feuerwehr tätig. Nach langen Diskussionen beschloß der Delegiertentag des Deutschen Feuerwehrverbandes im Mai 1977 in Hamm klar umrissene Vorstellungen für ein künftiges

brauchbares Führungskonzept. Von diesem Modell ist die Feuerwehr in der Bundesrepublik überzeugt, daß es in der Vergangenheit aufgetretene Lücken und Mängel in den Führungsstäben bei Katastrophen- und anderen Großeinsätzen schließt. Die Feuerwehr ist davon überzeugt, daß dieses Modell ein Gerangel um Führungskompetenzen abklärt und künftig verhindert.

Das Führungsmodell der Feuerwehr

(in der Fachpresse vielfach diskutiert und veröffentlicht) sieht im Grundsatz vor, daß zur Führung und Leitung bei Katastrophen- und Großeinsätzen

1. eine Katastrophenschutzleitung (mit Stab und Fachberatern) und
2. eine Technische Einsatzleitung (mit Stab und Fachberatern)

eingerrichtet werden muß. Je nach Art und räumlicher Lage des Einsatz-

zes können unter der Technischen Einsatzleitung bei Bedarf weitere Einsatzleitungen eingerichtet werden.

Es sollte angestrebt werden, daß die Technische Einsatzleitung in einer bereits bestehenden Einsatzleitstelle eingerichtet wird, die sich von der räumlichen und technischen Ausstattung her dafür eignet. Der Leiter der TEL ist durch den Hauptverwaltungsbeamten zu bestellen. Diese Person muß erfahren sein in der Führung von KatS-Einheiten. An dieser Stelle wird noch einmal klargestellt, daß diese Person nicht unbedingt der Leiter der Feuerwehr sein muß. Welche Fachkraft diese Führungsaufgabe übernimmt, richtet sich ausschließlich nach den Fähigkeiten.

Das künftige Modell sollte eine klare Abgrenzung bewirken zwischen der politisch/administrativen Aufgabe der Katastrophenschutzleitung (HVB) und dem technisch/einsatztaktischen Bereich der Technischen Einsatzleitung. Die Feuerwehr hat in der Vergangenheit klar herausgestellt, daß es zwischen der Katastrophenschutzleitung und dem Schadensgebiet nur eine Technische Einsatzleitung, welche sich mehrerer örtlicher Einsatzleitungen bedienen kann, geben darf. Dieses Konzept bietet den einzigen einsatztaktisch richtigen Vorteil, daß alle Führungsaufgaben der technischen Einheiten an einer fachlich qualifizierten Ebene zusammenlaufen.

Diese TEL untersteht unmittelbar der Katastrophenschutzleitung. Das Modell der Feuerwehr beinhaltet fern den Vorteil, daß die für politisch/administrative Leitungsaufgaben zuständige Katastrophenschutzleitung nicht mit technischen Klärungen belastet wird. Grundsatzentscheidungen bleiben der Leitungsebene des HVB vorbehalten.

Im Jahre 1977 hat eine Bund-/Länder-Arbeitsgruppe ein Modell entwickelt und zur Diskussion gestellt, nach dem es unter der Katastrophenschutzleitung mehrere Technische Einsatzleitungen geben kann, die alle der Katastrophenschutzleitung unterstehen. Nach diesem Modell müßte die Katastrophenschutzleitung auch technisch/einsatztaktische Aufgaben übernehmen und Entscheidungen treffen. Nach Meinung der Feuerwehr ist dieses nicht die Aufgabe dieser Leitungsebene und führt künftig erneut zu den negativen Führungsproblemen, wie sie sehr gravie-

rend bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen zutage getreten sind. Unmittelbar nach der Waldbrandkatastrophe waren sich noch alle Verantwortlichen darin einig, daß diese Schwierigkeiten verhindert werden müssen. Für die Feuerwehr stellt sich hier die Frage, ob diese damaligen Erkenntnisse zwischenzeitlich keine Gültigkeit mehr haben. Es kann fast angenommen werden, daß hier manches in Vergessenheit geraten ist.

Der Deutsche Feuerwehrverband hat zu dem Modell der Bund-/Länder-Arbeitsgruppe (vom 20. 10. 77) mehrfach schriftlich und auch bei einer Anhörung kritisch Stellung bezogen. Er lehnt das Modell hinsichtlich der Konzeption der Technischen Einsatzleitung aufgrund von Erfahrungen ab. Auch der Novellierungsentwurf zum Katastrophenschutzgesetz des Bundes sieht von Anfang an vor, daß es nicht nur eine, sondern mehrere Technische Einsatzleitungen gleichberechtigt unter der Katastrophenschutzleitung geben kann. Auch hiergegen hat der Deutsche Feuerwehrverband von Anfang an eine ablehnende Haltung eingenommen.

Im März 1978 fand eine Sitzung des Unterausschusses „Katastrophenschutz“ des AKV der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder statt, wo u. a. über das künftige Modell einer Katastrophenschutzleitung für die Kreisstufe beraten wurde.

Wie schon aus früheren Meinungsäußerungen erkennbar, lehnten die Vertreter der Bundesregierung und der einzelnen Bundesländer (außer Hamburg) die Führungskonzeption der Feuerwehr ab und bestätigten das vorliegende Modell der Bund-/Länder-Arbeitsgruppe. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben sich in der Vergangenheit ähnlich geäußert. In der Frage der Technischen Einsatzleitung sieht das neue Modell vor:

„Die Katastrophenschutzleitung bedient sich zur Durchführung der technisch-taktischen Einsatzmaßnahmen einer Technischen Einsatzleitung oder mehrerer Technischer Einsatzleitungen, deren Leiter sie bestellt.“ Das Modell für die Technische Einsatzleitung wurde in der zuvor erwähnten Tagung noch dahingehend geändert, daß zur TEL nicht mehr grundsätzlich ein Stab gehört. In

den Erläuterungen zur TEL lautet es u. a.: „Der Aufgabenumfang und das Ausmaß der personellen Besetzung der Sachgebiete S 1 bis S 4 der Technischen Einsatzleitung werden durch ihre Hauptaufgabe, nämlich die technisch-taktische Führung der Einsatzkräfte, im Einsatzfall bestimmt.“

Das im Unterausschuß „Katastrophenschutz“ beschlossene Führungsmodell nimmt im Rahmen des Verabschiedungsverfahrens jetzt den Weg über den Arbeitskreis V „Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und Zivilverteidigung“ der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder und anschließend noch über die „Ständige Konferenz der Innenminister der Länder“. Der Deutsche Feuerwehrverband hofft im Interesse der Sache, daß die Innenminister der Länder in ihrer Konferenz dieses auf der Verwaltungsebene erstellte und beschlossene Führungsmodell noch stoppen und ändern lassen.

Die politisch Verantwortlichen der Länder haben bei dieser Konferenz noch die Möglichkeit, 1975 erkannte schwerwiegende Mängel in der Führungsorganisation zu ändern und nicht erneut festzuschreiben.

Verwundert hat der Deutsche Feuerwehrverband aus der Diskussion im Unterausschuß „Katastrophenschutz“ Kenntnis genommen, daß das Modell der Feuerwehr nicht praktikabel sei, da dadurch die Katastrophenschutzleitung nur noch eine „Nachtwächterfunktion“ erhalte. Die Feuerwehren sind der Meinung, ihr Modell so verantwortlich beraten zu haben, daß man dieses nicht mit „Nachtwächterfunktion“ abqualifizieren kann. Auch hat der Deutsche Feuerwehrverband mit Verwunderung eine Darstellung des Vertreters des Bundesinnenministeriums zur Kenntnis genommen, der erklärt hat, der Deutsche Feuerwehrverband habe der Formulierung des BMI zur Novellierung des KatSG (mehrere TEL) zugestimmt. Hier scheint eine Fehlinformation vorzuliegen, da dem BMI seit Beginn der Diskussion eine genau anderslautende Stellungnahme des Deutschen Feuerwehrverbandes bekannt ist.

Verhindern die politisch Verantwortlichen der Länder noch „5 Minuten vor 12“ eine Führungspleite?

Voßmeier



Großübung von DLRG, DRK und Freiwilliger Feuerwehr

Zu einer Übung größeren Ausmaßes hatte die DLRG-Ortsgruppe Crailsheim in Zusammenarbeit mit DRK und Freiwilliger Feuerwehr Crailsheim aufgerufen. Die DLRG nahm ihr alljährliches Ausschwimmen zum Anlaß, diese zur Tradition gewordene Eröffnung der Tauchsaison in größerem Rahmen zu gestalten. Der Grund: Die DLRG ist nun ins Rettungsdienstgesetz eingegliedert.

Es wurde in einer gemeinsamen Sitzung das Vorgehen bei dieser Übung beraten. Hierbei stellte sich heraus, daß die DLRG mit 15-20 Tauchern vertreten sein wird, das DRK mit zehn Personen und die Freiwillige Feuerwehr mit ebenfalls zehn Personen und vier Fahrzeugen.

Am Samstag um 12.30 Uhr begann das DRK, einen Alarm auszurufen, und weit mehr als zehn Rotkreuzler folgten dem Aufruf; auch Dr. Bohn als Notarzt war zur Stelle. In Zusammenarbeit mit dem DRK Honhardt wurde am Panoramahochhaus ein Zelt errichtet. Feuerwehr und DLRG fanden sich alsbald am Schauplatz der gemeinsamen Übung ein. Um 14 Uhr wurden die fertig ausgerüsteten Taucher (Taucheranzug und ABC-Ausrüstung) in Fahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr nach Ingersheim zur Jagst gebracht.

Dort hatten sich bereits viele Schaulustige eingefunden, um den Tauchern beim Wassergang in das sieben Grad kalte Wasser zuzusehen. Nach letzten Vorbereitungen der Taucher wurde ein DLRG-Boot von DLRG, Rotem Kreuz und Freiwilliger Feuerwehr besetzt. Die Taucher gingen mit großen Sprüngen zu Wasser, und die gemeinsame Übung begann.

Die Freiwillige Feuerwehr hielt vom Boot aus ständigen Funkkontakt mit der Leitstelle. So konnte der jeweilige Standort der Schwimmer vom Panoramahochhaus mitverfolgt werden.

Es galt für die Taucher, über eine Strecke von 3,5 km zu schwimmen. Erschwerend kam hinzu, daß zwei Wehre zu überschwimmen waren. Auch das Boot mußte jeweils übergesetzt werden. Die Taucher kamen gegen 15.45 Uhr, wie geplant, am Panoramahochhaus an.

Nun kam die Reihe an das Rote Kreuz. Zuerst nur als Übung geplant, hatten nun tatsächlich zwei Taucher starke Unterkühlungen, da ihr Anzug nicht korrekt paßte. Mit Bergekörben der Feuerwehr wurden die beiden rasch ans Ufer gezogen, wo sie vom DRK in Empfang genommen wurden. Zu dieser gelungenen Demonstration für einen Ernstfall trugen 15 Taucher des Bezirkes Kocher aus Crailsheim, Schwäbisch Hall, Gerabronn und Blaufelden der DLRG bei, das DRK Crailsheim und Honhardt mit ca. 20 Personen, einem Zelt und dem Notarzt Dr. Bohn, die Freiwillige Feuerwehr Crailsheim mit ca. 15 Personen, 2 Großfahrzeugen (TLF 16 und LF 16) und zwei Gerätewagen.

Landesregierung Schleswig-Holstein übergab zwei weitere Rettungszüge

Daß man den selbstlosen Einsatz der DLRG nicht nur mit feierlichen Worten würdigen, sondern auch durch Taten unterstützen kann, bewies die Landesregierung Schleswig-Holstein: Während der Jahreshaupttagung des DLRG-Landesverbandes Schleswig-Holstein übergab der Amtschef im schleswig-holsteinischen Innenministerium, Dr. Hans Joachim Knack, zwei weitere Rettungszüge im Wert von 145 000 DM. Jeder der Rettungszüge besteht aus einem mit Tauch- und Rettungsgeräten sowie Funk ausgerüstetem Mannschaftswagen und einem seegängigen Motorboot mit Bootsanhänger. In seiner Festansprache betonte der Staatssekretär, daß im Bereich der Badesicherheit in Schleswig-Holstein ein ideales Zusammenwirken von freiwilliger Bürgermitverantwortung und staatlicher Aufgabenerfüllung bestehe. „Der selbstlose freiwillige Einsatz Ihrer Helfer im Kampf gegen den nassen Tod ist gerade in unserer stark dem Materiellen zugewandten Zeit nichts Alltägliches“, hob der Amtschef das DLRG-Engagement hervor. Selbstlose Hilfsbereitschaft gerate mit wachsendem Wohlstand zu leicht in Vergessenheit. „Daß Sie diesem Trend entgegenwirken und insbesondere durch Ihre Jugendarbeit immer wieder junge Menschen für den Dienst am Nächsten zu begeistern vermögen, ist ein wichtiger

Beitrag zur Erhaltung unserer lebendigen Demokratie“, unterstrich Knack. Die DLRG sei Ausdruck echten und aktiven Bürgersinns.

In einer kurzen Taufzeremonie gab der Staatssekretär den zwei neuen Rettungszügen ihre Namen: „Ostholstein“ und „Rendsburg-Eckernförde“. Die Namensgebung nach politischen Kreisgebieten zeigt auch deren künftige Einsatzbereiche an. Insgesamt verfügt der Landesverband jetzt über drei von der Landesregierung gestiftete Rettungszüge. Bereits vor einem Jahr taufte der schleswig-holsteinische Innenminister einen Rettungszug auf den Namen „Nordfriesland“.

(jed.)

Rettungsschwimmer kämpfen gegen Unbelehrbarkeit und Leichtsinn

Für Wolfgang H. aus Essen und den Einheimischen Fritz K. aus Eutin gibt es am Morgen des 16. August 1977 keinen Zweifel: Bei diesem starken Wellengang zu baden, bedeutet Gefahr – Lebensgefahr. Anhaltender Westwind hatte die Ostsee aufgewühlt. Die Brandung würde jeden Badenden umwerfen, der Sog des zurücklaufenden Wassers auch gute Schwimmer seewärts ziehen. Wachleiter Wolfgang H. zieht an dem Signalmast neben seiner DLRG-Rettungsstation am Timmendorfer Strand zwei orangefarbene Bälle auf: absolutes Badeverbot!

Mit seinen Rettungsschwimmern gehört er zu den rund 1100 freiwilligen Helfern, die während der Badesaison durch die Einsatzleitung Küste Nord- und Ostsee die Bewachung der Badestrände übernommen haben. Wolfgang H. ist nicht zum erstenmal am Timmendorfer Strand.

Seit vielen Jahren schon opfert er mehrere Wochen seines Urlaubes für den Rettungswachdienst der DLRG. Er weiß aus Erfahrung, daß viele Urlauber sich nicht um das Badeverbot kümmern. Der Reiz, in der starken Brandung zu baden, ist zu groß. So auch an diesem Morgen. Ständig weisen die Wachgänger mit dem Megaphon auf das Badeverbot, auf die Gefahr hin.

Auch der 53jährige Franz U. aus Kassel unterschätzt die Gefahr des aufgewühlten Wassers. Der Sog in der

Nähe einer Bühne wird ihm zum Verhängnis. Beim Kampf mit der Strömung verausgabte er sich völlig. Da der Einsatz des Motorbootes in der Nähe der Bühne nicht möglich ist, schwimmt Wolfgang H. ihn an und rettet den völlig Erschöpften buchstäblich in letzter Sekunde. Beatmung mit Pulmotor durch DLRG-Rettungsschwimmer, Übernahme des Verunglückten durch den Rettungshubschrauber „Christoph 12“.

Noch zweimal an diesem Tag greifen DLRG-Rettungsschwimmer am Timendorfer Strand ein: Zwei Badegäste aus Kassel, die 19jährige Ilona M. und der 47jährige Franz U., schwimmen trotz des Badeverbotes in der aufgepeitschten See. Als den Mann beim Schwimmen die Kräfte verlassen, versucht Ilona, ihn zu retten und ertrinkt dabei beinahe selbst. Bootsführer Fritz K. rettet beide mit seinem Motorboot. Mund-zu-Mund-Beatmung noch im Rettungsboot. Weitere Wiederbelebensmaßnahmen mit Pulmotor an Land, Übernahme durch „Christoph 12“ und Transport ins Krankenhaus.

Ein weiterer Fall: Nach einem ausgiebigen Sonnenbad legt sich der 57jährige Josef L. aus München zur Abkühlung ins Wasser. Er erleidet einen Herzkollaps. Andere Urlauber tragen ihn aus dem Wasser. Rettungsschwimmer leiten mit einem Pulmotor die Wiederbelebung ein. Josef L. kommt nach zehn Minuten wieder zu sich und wird anschließend mit „Christoph 12“ ins Krankenhaus geflogen.

Drei Unglücksfälle an einem Tag, nur an einem Strandabschnitt, die ohne die schnelle, umsichtige Hilfe der DLRG-Rettungsschwimmer tödlich verlaufen wären. Ähnlich wie an diesem Tag zogen DLRG-Rettungsschwimmer im letzten Jahr allein in Schleswig-Holstein 57 Menschen aus dem Wasser. Doch für 17, die im Wasser Erholung suchten, gab es keine Rettung. Sie ertranken.

Eine Untersuchung der Unglücksfälle* zeigt, daß bei rund 90 Prozent leichtsinniges Verhalten die Unglücksursache war. Sie wären somit vermeidbar gewesen.

Mit rund einem Drittel liegt die Selbstüberschätzung des Schwim-

mers an der Spitze der Unfallursachen der auf Leichtsinns zurückzuführenden Unfälle. Gerade am Meer überschätzen Schwimmer häufig ihr Können. Von den ihnen bekannten Binnengewässern und Schwimmbädern her sind sie gewohnt, größere Strecken zu schwimmen, und sie glauben, dies auch im Meer tun zu können. Doch in den Binnengewässern gibt es keine Brandung, keinen Wellengang, keine Unterströmungen und Tiden. Im Meer schwer kalkulierbare Faktoren. Sie falsch einzuschätzen, ist gefährlich, sie zu ignorieren, kann tödlich sein.

Die Benutzung von Schwimmtieren, Luftmatratzen und Badebooten ist die zweithäufigste Unfallursache an der See. Sich mit diesem Spielzeug im flachen, strandnahen Wasser zu tummeln, ist Vergnügen. Doch damit auf die See hinauszuschwimmen, zeugt nicht von Mut, sondern von mit Leichtsinns gepaarter Dummheit.

Rund 90 Prozent aller Badeunfälle sind vermeidbar, damit auch 90 Prozent der Einsätze unserer Rettungsschwimmer, die wegen Leichtsinns und Unbelehrbarkeit der Badenden oft ihr Leben aufs Spiel setzen. Die DLRG-Rettungsschwimmer haben keine Anordnungsbefugnis gegenüber solchen Menschen, die trotz Warnungen und Mahnungen selbst bei angezeigtem Badeverbot ins Wasser gehen.

Im Kreis Ostholstein wird in diesem Jahr daher erstmals der Versuch unternommen, für das gefährliche Badegebiet der sogenannten „Kammer“ in der Neustädter Bucht durch eine Kreisverordnung das Badeverbot mit bindender Wirkung für jedermann zu versehen. Eine Hilfe? Sicherlich. Doch in einem noch stärkeren Maße als bisher muß durch aufklärende publizistische Arbeit auf die Gefahren des Badens in der See hingewiesen werden. (jed.)

DLRG Augsburg stellte neue Fahrzeuge in Dienst

Am Samstag, dem 3. Juni 1978, startete die DLRG aus der Region Augsburg eine Großaktion auf dem Augsburger Ratnausplatz zur Indienststellung der neuen Fahrzeuge der Augsburger Lebensretter. Dazu waren auch die DLRG-Verbände von Leipheim und Kautbeuren mit ihren Einsatzfahrzeugen erschienen, um einen „Hauch von Schwaben“ in diese Ver-

anstaltung zu bringen. Der neue Einsatzwagen der Augsburger DLRG, mit einer großzügigen Spende der Stadtparkasse angeschafft, ist mit einem Funkgerät im 2-m-Band und mit einem Funkgerät im 4-m-Band ausgerüstet. Somit ist die DLRG in der Lage, ihren eigenen Wach- und Wasserrettungsdienst funktechnisch zu betreuen, außerdem kann sie aber über das 4-m-Band mit der Rettungsleitstelle des Bayr. Rettungsdienstes, mit Polizei, Feuerwehr und allen Hilfsorganisationen Kontakt aufnehmen. Für gemeinsame Einsätze die letzte Brücke, die jetzt auch geschlagen wurde.

Des Weiteren ist das Fahrzeug selbstverständlich als kompletter Sanitätswagen ausgerüstet, um im Bedarfsfall Unfallverletzte versorgen zu können.

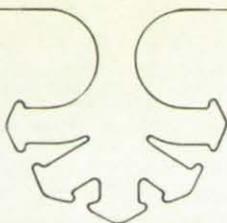
Zwei Tauchausrüstungen gehören genauso zur Ausstattung wie eine medizinische Ausrüstung, die nur ein Arzt benutzen darf. Haupteinsatzgebiet im Rettungszweckverband Augsburg wird die Region Augsburg werden, wobei das Fahrzeug entweder in Augsburg oder am Weitmannsee in Kissing stationiert ist.

Die Indienststellung des neuen Motorrettungsbootes nahm Stadtrat Kränzle vor. Als Fachreferent für den Katastrophenschutz steckte er symbolisch den Ständer der DLRG – mit dem spähenden Adler im Wappen – auf das Boot. Mit diesem Feststoffboot mit einer Motorisierung von 65 PS und einer Bootskonstruktion, die fast unsinkbar ist, ist die DLRG in der Region Augsburg in der Lage, alle im Wasserrettungsdienst anfallenden Aufgaben zu übernehmen.

Das Boot ist mit Funk ausgerüstet und kann so vom Ufer aus geleitet werden. Die an Bord befindlichen Wiederbelebensgeräte gestatten es, vom Unglücksort an wirksame Hilfe geben zu können. Die Besatzung besteht aus einem Bootsführer und zwei Rettungsschwimmern, die in Erster Hilfe ausgebildet sind. Taucher und andere Spezialeinheiten können schnellstens an Bord genommen werden.

Neben diesen neuen Großgeräten zeigte die DLRG Gerätschaften aus den Bereichen Tauchwesen, Bootswesen, Funkwesen, Sanitätswesen, Katastrophenschutz- und Wasserrettungsdienst. Dazu gaben die aktiven Mitarbeiter der Organisation einen Tag lang Auskünfte an die Bevölkerung.

* Untersuchung der häufigsten Unfallursachen in Bädern, Binnen- und Küstengewässern der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973–1976.“ – Prüfungsarbeit zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt in Gymnasien, Ingrid Blackstein, Karlsruhe, im Oktober 1977.



Presseschau des Inlands

Problem: Außenfassaden der Bunker

In einem Schreiben an den Bundesminister des Innern hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Steger auch das Problem der Luftschutzbunker deutlich gemacht.

Der Minister hat sich, was den Außenanstrich für die vier ehemaligen Bunker in Marl angeht, wie folgt geäußert: Der unbefriedigende äußere Zustand zahlreicher Hochbunker aus dem letzten Weltkrieg sei ein bundesweites Problem, das den zuständigen Bundesressorts seit langem Sorge bereite. Würde man alle Instandsetzungsbedürftigen Hochbunker mit einem Außenanstrich versehen, so würden die Schutzbaumittel vieler Jahre hierfür nicht ausreichen.

Die Bundesregierung hat Ende 1977 beschlossen, die Förderung des Schutzraumbaus (nach einer wesentlich vereinfachten technischen Konzeption) wieder aufzunehmen und das Parlament um die Bereitstellung von Haushaltsmitteln ab 1979 zu bitten.

Für den Schutzbau insgesamt (Förderung von Mehrzweckbauten in Verbindung mit unterirdischen Verkehrsanlagen, Instandsetzung ehemaliger Schutzbauwerke, Förderung von Hausschutzräumen für Wohngebäude und Schulen) sollen für die Jahre 1979 bis 1981 insgesamt 80 Millionen Mark beantragt werden.

Was die Herrichtung von Bunkern in Marl angeht, bedürfte es einer sorgfältigen Prüfung. Maihofer werde die Bauverwaltung bitten lassen, entsprechende Vorschläge zu unterbrei-

ten. Hierbei sei selbstverständlich auch das vorliegende Angebot der Stadt Marl von Interesse, sich an den Kosten eines Außenanstrichs zu beteiligen.

(Marler Zeitung, Marl/NRW)

25-Kilometer-Zone um Atomanlagen

Vom Bundesinnenministerium wurden Leitsätze veröffentlicht, wie die Bevölkerung über die Katastrophenschutzplanung in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen unterrichtet werden soll. Für einen 25 Kilometer tiefen Bereich rund um die Anlagen, der in verschiedene Zonen gegliedert ist, werden vorbereitende Maßnahmen gegen mögliche Gefahren getroffen.

Nach diesen Leitsätzen wird die Umgebung kerntechnischer Anlagen zur Abgrenzung vorbereitender Maßnahmen in eine Zentralzone – Tiefe zwei Kilometer –, eine Mittelzone von zehn Kilometern Tiefe und eine Außenzone mit einem Radius von 25 Kilometern eingeteilt. Mittel- und Außenzone sollen in Sektoren von 30 oder 22,5 Grad eingeteilt werden.

Für jede Zone sollen die erforderlichen Alarmmaßnahmen festgelegt werden. Für die Außenzone sind lediglich die Einrichtung von Meß- und Probeentnahmestellen sowie die Vorbereitung von Alarmierungen vorgesehen.

Als Alarmstufen sind vorgesehen: ein Katastrophenvoralarm bei gefährlichen Betriebsstörungen, ein Sonderalarm Wasser und der Katastrophalarm. Die Bevölkerung wird durch das bundeseinheitliche Sirensignal: „1-Minute-Heulton“ alarmiert werden, sie soll dann sofort das Radio einschalten und dort die erforderlichen Anweisungen hören.

Als Schutzmaßnahmen sind u. a. vorgesehen: die Aufforderung, sofort die Häuser aufzusuchen, die einen erheblichen Schutz gegen radioaktive Strahlung bieten können;

die Ausgabe von Jod in Tablettenform;

die Evakuierung in ungefährdete Gebiete als äußerste Schutzmaßnahme;

die Errichtung von Kontrollstellen, die den Grad radioaktiver Verseuchung an Personen und Sachen feststellen;

die medizinische Betreuung durch besonders ausgebildete Ärzte.

Für die Bevölkerung wird in den Leitsätzen darauf hingewiesen, daß außer der Beachtung der Rundfunkdurchsagen auch auf die über Lautsprecherwagen der Einsatzkräfte kommenden Durchsagen zu achten sei.

(General-Anzeiger, Bonn)

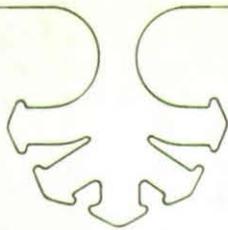
Rettungsleitsystem für das Saarland

Auf der Basis des saarländischen Rettungsdienstgesetzes konstituierte sich im Frühjahr 1977 im Saarland unter der Federführung des Innenministers ein Rettungszweckverband zur Durchführung des Rettungsdienstes. Ihm sind die Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund, Berufsfeuerwehr Saarbrücken und Freiwillige Feuerwehr Neunkirchen angeschlossen. Eine vordringliche Aufgabe des Rettungszweckverbandes ist die Konzipierung und Errichtung sowie der spätere Betrieb eines Rettungsleitsystems für das ganze Saarland.

... Hierbei wurde davon ausgegangen, daß das Meldesystem innerhalb der Rettungskette das Bindeglied zwischen der nicht organisierbaren, also vom Zufall abhängenden Spontanhilfe am Unfallort, und dem organisierbaren, fachgerechten Rettungsdienst ist. Der zweckmäßige Einsatz der notwendigen Rettungsmittel, wie Notarzt-, Rettungs- und Krankentransportwagen oder Rettungshubschrauber, ist dabei besonders zu berücksichtigen. Es wird ein Gleichkanalfunksystem verwendet, in dem mehrere Sender mit gleicher Frequenz und synchronem Modulationsverhalten gleichzeitig betrieben werden. Mit diesem System werden große Gebiete mit einem einzigen Funknetz lückenlos und auch in topographisch schwierigem Gelände ungestört versorgt...

Die Inbetriebnahme der ersten Aufbauphase ist für Oktober 1978 vorgesehen.

(Polizei-Technik-Verkehr, Wiesbaden)



Presseschau DES AUSLANDS

Bereitschaftsstelle der schwedischen Wirtschaft



CIVILT FÖRSVAR

Daß sich der schwedische Arbeitgeberverband auch für die Gesamtverteidigung interessiert, liegt darin begründet, daß Verteidigungs- und Bereitschaftsfragen eine Angelegenheit geworden sind, die auch die Vertreter der Wirtschaftsorganisationen angeht. Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die Unternehmen neue Auflagen und Pflichten übernehmen mußten.

Die Planung der Produktion bei Bereitschaft und Krieg – sowie die für den Werksebstschutz – muß optimal gestaltet und auf dem laufenden gehalten werden, zu angemessenen Kosten. Damit die Produktion ungestört weiterlaufen kann, muß für den Fall eines Krieges bereits im Frieden große Sorgfalt auf einen entsprechenden Wach- und Sicherheitsdienst verwendet werden.

Die Bereitschaftsstelle ist das eigene, zentrale Bereitschaftsorgan der Unternehmen, in erster Linie ein Service-Organ für die Mitglieder des schwedischen Arbeitgeberverbandes. Die Tätigkeit ist in mehrere Hauptgruppen untergliedert. Beispielsweise veranstaltet die Bereitschaftsstelle in den einzelnen Zivilbereichen (mehrere aneinandergrenzende Regierungsbezirke) in regelmäßigen Abständen Gesamtverteidigungskonferenzen, auf denen u. a. der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Generaldirektoren des Zentralen Amtes, das Reichsamt für Zivilverteidigung und das Zentrale Arbeitsamt Gelegenheit haben, sich zu informieren und Anweisungen an die Leiter wichtiger Produktionsbetriebe zu geben.

(Stockholm, Nr. 7/1977)

Luftschutztruppen in der Schweiz

BASLER ZEITUNG

Die reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Armee und den zivilen Organisationen im Bereich Luftschutz/Zivilschutz ist einer der heiklen Punkte innerhalb des Konzepts der Gesamtverteidigung. Dies, weil sich meist Schwierigkeiten aller Art in der schwer abgrenzbaren „Naht“ zwischen ziviler und militärischer Führung ergeben.

Von der militärischen Führung her bestanden die Hauptprobleme bei einer kombinierten Luftschutzübung im Raume Basel im Einsatz der verschiedenen Kompanien sowie in der Zusammenarbeit mit den Zivilschutzorganisationen. Das Hauptziel der Übung war die Schulung für Katastrophenhilfe im technischen Bereich.

Die Luftschutztruppen übten unter bedingten Schwierigkeiten, weil bestimmte Einsätze – damit der Verkehr nicht behindert wurde – nur zwischen Mitternacht und dem frühen Morgen vor sich gingen. Realistisch ist diese zusätzliche Erschwernis in jedem Falle: Katastrophen können bekanntlich auch nachts eintreten.

Die angenommene Lage: Basel war bombardiert worden, drei Stadtteile wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Die in Bereitstellungsräumen außerhalb Basels stehenden fünf Luftschutzkompanien wurden sofort alarmiert und am Katastrophenort eingesetzt. Brände wurden gelöscht, Räumungsarbeiten durchgeführt und „Verletzte“ geborgen und versorgt.

(Basel, 8. März 1978)

Strahlensichere Schutzräume im Bereich des Kernkraftwerks gefordert



In einem Interview erklärte der Vizebürgermeister von Tulln, Stift: „Tulln ist nur acht Kilometer vom Atomkraftwerk Zwentendorf entfernt. Falls ein Reaktorunfall eintreten sollte, sind wir unter den am meisten Gefährdeten. Da niemand garantieren kann, daß nach einer Inbetriebnahme nichts passieren wird, muß für unse-

ren Schutz gesorgt werden. Nach dem Verursacherprinzip fordern wir . . . strahlensichere Zivilschutzbunker für jeden Tullner Haushalt.“

Strahlensichere Zivilschutzbunker und unterirdische Fluchträume lassen sich praktisch in jedem Keller und in jedem Garten bauen. Ein Schutzraum, in dem eine Familie untergebracht werden kann, läßt sich schon für 40 000 Schilling anlegen.

Der Gemeindepolitiker will bei der Verwirklichung seiner Forderung nicht locker lassen: „Bei den acht Milliarden Schilling, die Zwentendorf bisher kostete, muß auch Geld für den Schutz der Bevölkerung da sein.“

(Wien, 23. März 1978)

Bevölkerungsschutzschulung in finnischen Berufsschulen

VÄESTÖNSUOJELULEHTI



Bevölkerungsschutz ist in Finnland ein Thema, welches in den Berufsschulen im Zusammenhang mit verschiedenen allgemeinen Lehrfächern behandelt wird. Nach dem Staatsratsbeschuß vom 24. 1. 1974 haben die Schulbehörden für die organisatorische Planung der Bevölkerungsschutzschulung zu sorgen. Das Unterrichtsministerium setzte für diese Planung eine Arbeitsgruppe ein, die für alle Tätigkeiten und Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes Bestimmungen ausgearbeitet hat.

Fragen des Bevölkerungsschutzes werden im Rahmen der Soziologie oder in anderen Fächern behandelt. Die dazugehörigen physikalischen oder chemischen Kenntnisse werden in den naturwissenschaftlichen Lehrfächern vermittelt. In den Unterrichtsfächern „Gesundheitserziehung“ und „Arbeitsschutz“ wird auch über die Themen des Bevölkerungsschutzes unterrichtet.

Für den allgemeinen Bevölkerungsschutzunterricht sorgen die Volks- und weiterführenden Schulen. In den Berufsschulen gibt es gewissermaßen eine Fortsetzung, die bis in die Spezialgebiete hineinreicht.

Nach dem Staatsratsbeschuß wird die sonstige Bevölkerungsschutzschulung z. B. zwischen Feuerwehr-, Polizei-, Krankenpflege- und technischen Institution aufgeteilt.

(Helsinki, 43. Jahrgang, Nr. 3)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Neue Übungspuppe für die HLW-Ausbildung

Mit der Resusci Anne II gibt es jetzt eine neue Übungspuppe zum Erlernen der modernen Herz-Lungen-Wiederbelebung. Die lebensseht wirkende und reagierende Resusci Anne II vereinigt die bewährten Eigenschaften ihrer Vorgängerin mit



zahlreichen wichtigen Verbesserungen, abgestimmt auf eine kostengünstige Breitenausbildung.

Das Atemsystem der neuen Übungspuppe wurde so naturgetreu wie möglich dem Menschen nachgebildet. Kopf und Kinn sind beweglich. Beatmung ist in allen Lagen, aber nur bei überstrecktem Kopf möglich. Der Brustkorb mit fühlbarem Sternum entspricht der anatomischen und physiologischen Elastizität eines Erwachsenen.

Mit der Resusci Anne II können Notfälle praxisnah „durchgespielt“ werden, damit der Übende leicht die richtige Beurteilung des Notfalls erlernen – sowie geeignete Maßnahmen durchführen kann. Der Kreislaufstillstand läßt sich beispielsweise durch Veränderung eines fühlbaren Karotispulses und durch zwei verschieden große Pupillen diagnostizieren.

Die Kompaktbauweise der Resusci Anne II ermöglicht das Üben der Wiederbelebungsmaßnahmen auch während des Transports. Ein fest eingebautes Kontrollgerät zeigt über Lichtsignale Erfolg oder Mißerfolg der Herz-Lungen-Wiederbelebung an.

Wirksamen Schutz vor Kreuzinfektionen bieten desinfizierbare oder Einmal-Gesichtsmasken sowie Einmal-Lungen. Das bewährte Zweiweg-Ventil sorgt dafür, daß die Luft nicht dort wieder entweicht, wo sie eingeblasen wird.

Sofortmaßnahmen am Unfallort – ferngesteuert

Etwa 50 Prozent aller Rettungseinsätze sind Notfälle aus dem Bereich der inneren Medizin. EKG und simultane Sprachübertragung sind wichtige Hilfsmittel bei der Überwindung der dabei überwiegenden kardiologischen Notfälle.

Die moderne Telemetrie erlaubt lebensrettende therapeutische Maßnahmen, wie Gabe von Medikamenten oder Defibrillationen ohne Anwesenheit des Arztes am Unfallort.

Mit dem Funkrettungssystem können auch Transporte kardiologischer Patienten von Krankenhäusern der Grundversorgung in größeren Zentren überwacht werden. Denkbar ist auch die telemetrische Überwachung und Funktionsprüfung von Herzschrittmachern.

Ein Sprechfunk/Telemetrie-Gerät besteht aus einem robusten tragbaren Sprechfunkgerät mit Telemetrie-Ausstattung und arbeitet auf einem Sprechfunkkanal. Innerhalb des Funkbereichs eines im Rettungswagen befindlichen Mobilgeräts senden Rettungssanitäter oder Notärzte damit die Daten eines Infarkt-Patienten vom Unfallort zur Überwachungseinheit im Krankenhaus.

Das Gerät wird durch Anlegen von Elektroden an den Notfallpatienten angeschlossen. Der Funkgesprächverkehr zwischen Sanitätspersonal und dem Arzt im Krankenhaus sowie die Übertragung von EKG-Signalen zur Überwachungseinheit in der kardiologischen Intensivstation des Krankenhauses sind simultan.

Die Patienten-Überwachungskonsole im Krankenhaus demoduliert das EKG, das vom Unfallort gesendet

wird, und überwacht während der Erstversorgung und des Transportes vom Unfallpatienten das EKG und die Herzfrequenz mittels eines Kardioscopes, eines Diagrammstreifenschreibers und einer Bandaufzeichnung auf Kassettenrecorder. Nach der Auswertung kann die sofortige Therapie verordnet und der Notfallpatient vor dem Eintreffen im Krankenhaus effektiv stabilisiert werden.

Der parallel laufende Sprechfunk ermöglicht direkte Nachrichtenverbindung zwischen dem Infarkttopfer und dem Kardiologen. Fragen können beantwortet und Anweisungen gegeben und befolgt werden, die zwischen Leben und Tod entscheiden.

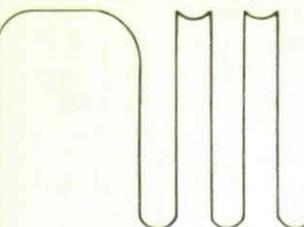
Dekorativer Brandschutz

Nicht selten mußten die Entwurfsideen der Architekten bezüglich Innenraumgestaltung und Materialauswahl erhebliche Einschränkungen hinnehmen, um die notwendigen Auflagen für den vorbeugenden Brandschutz im Sinne der Bauordnung erfüllen zu können.

Die Anforderungen des vorbeugenden Brandschutzes und die Wünsche von Bauherren und Architekten erfüllt eine Brandschutzplatte, welche offiziell nach DIN 4102 in der Klasse A1 – nicht brennbar – eingestuft und zugelassen ist. Diese Brandschutzplatte enthält kein Asbest und ist frei von gesundheitsschädlichem Staub. Sie kann wie eine Spanplatte mit normalen Holzbearbeitungsmaschinen bearbeitet und unter Verwendung handelsüblicher Leim- und Klebstoffe furniert bzw. mit Schichtstoffplatten belegt werden.

Die Brandschutzplatte wird vorteilhaft eingesetzt bei der Gestaltung von Versammlungsräumen, Flucht- und Rettungswegen sowie von Bauobjekten, an deren Erstellung erhöhte brandschutztechnische Anforderungen gestellt werden. In Abstimmung mit dem Bauordnungsamt und der Brandschutzbehörde kann nun wieder die behaglich furnierte Oberfläche mit allen Vorteilen des gewachsenen Furniers eingesetzt werden.

Für die Brandschutzplatte liegen bereits zahlreiche Bauteilprüfungen vor, z. B. Stützen und Trägerummantelungen F 90, abgehängte Deckenkonstruktionen F 30, F 60 und F 90 mit furnierten Deckenpaneelen sowie furnierfähige Türen T 30 und T 60.



neue BÜCHER

das war 1977

Herausgeber: Henri Nannen
Redaktion: Viktor Schuller
Copyright: Stern-Magazin im Verlag
Gruner + Jahr, Hamburg

Mit diesem Jahrbuch hat der Herausgeber ein eindringliches Porträt des abgelaufenen Jahres geschaffen – eines außergewöhnlichen Jahres. Reporter und Fotografen haben vor Ort die Ereignisse und das Geschehen miterlebt und eingefangen. Dieses Miterleben ist es denn auch, was – gut gemixt und kolportiert – diesem Buch eine besondere Faszination verleiht.

Insbesondere das Dramatische, welches im Bereich der Politik in aller Welt sich abspielte, dürfte fesseln. Das Schlußkapitel ist eine synoptische Tabelle, die den chronologisch geordneten Ablauf der Geschehnisse so wiedergibt, daß man wesentliche internationale Zusammenhänge erkennen kann.

Ausgestattet mit hervorragendem Bildmaterial, wird „das war 1977“ zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk für alle, die im politischen Geschehen mehr beachten als nur das Tagesgeschehen.

Gefahren aus der Retorte

Band 6 der Schriftenreihe „Zivilschutz“ des Bundesamtes für Zivilschutz

Redaktion: Udo Philipp
Mönch-Verlag, Bonn-Duisdorf
Herausgeber: Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg

Diese Broschüre ist die Übersetzung einer im Jahre 1970 erschienenen Studie der Weltgesundheitsorganisation „Gesundheitliche Aspekte der chemischen und biologischen

Kampfmittel“. Die Übersetzung wurde vorgenommen, weil diesem Komplex wegen seiner Auswirkung auf die gesamte Bevölkerung große Bedeutung zukommt – von seiner militärischen Bedeutung einmal abgesehen.

Es werden alle bekannten B- und C-Kampfstoffe nach ihrer Art, ihrer Wirkungsweise und ihren Einsatzmöglichkeiten beschrieben. Diese Beschreibung ist so angelegt, daß jedermann sie verstehen kann. Der Zweck ist, die Stellen, die gegen die Auswirkungen solcher Waffen einzugreifen hätten, ausreichend zu informieren.

Anhand konkreter Berechnungen über die Auswirkungen möglicher Einsätze wird – bei bestimmten Größenordnungen angegriffener Bereiche – deutlich gemacht, daß gerade in diesen Fällen sehr intensive Vorsorgemaßnahmen erforderlich sind. Hier Versäumnisse dulden hieße, Überlebenschancen leichtfertig aufs Spiel setzen. Ein wichtiges Buch, weil es den „zivilen“ Sektor angeht.

ABC-Schutz V Biologische Kampfmittel

Von Seiler/Kronmark
Verlagsgruppe: Maximilian-Verlag;
E. S. Mittler & Sohn; Verlag Offene Worte, Herford

In einem für den unbefangenen Bürger kaum vorstellbaren Ausmaße – dieser kann sich bestenfalls an der Einschleppung bislang bei uns unbekannter Krankheiten durch Ferienreisende orientieren – ist heute die vorsätzliche Seuchen-Verbreitung durch biologische Kampfmittel ohne weiteres möglich. Ein Gespenst der modernen Kriegführung von nahezu apokalyptischen Ausmaßen.

Die Verfasser schildern den Komplex aus der militärischen Perspektive; sie möchten biologische Kampfmittel als „Sonderwaffen gegen Sonderziele“ betrachtet wissen. Wenn solche „Sonderwaffen“ allerdings zum Einsatz kommen sollten, verwischen sich ganz sicher alle Grenzen. Deshalb gehört es einfach zum Komplex der Vorsorge, sich über diese Kampfmittel zu informieren und zu wissen, was man gegebenenfalls dagegen tun kann.

Vor einem breit angelegten Hintergrund wurde ein umfangreicher Informationsband zusammengestellt, der, von der besonderen Eigenart

der biologischen Waffen ausgehend, das erforderliche Grundwissen vermittelt. Das Erkennen des Einsatzes biologischer Waffen wird ebenso behandelt wie Schutz und Abwehrmaßnahmen. Betrachtungen über das Genfer Protokoll und die zivil-militärische Zusammenarbeit schließen das Buch ab.

Zivilschutz / Sonderheft 1 Merkblätter zur Katastrophenmedizin I

Redaktion: Udo Philipp
Mönch-Verlag, Bonn-Duisdorf
Herausgeber: Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg

In diesem Sonderheft werden Richtlinien zur Erkennung und Erstbehandlung von Vergiftungen und zur Versorgung von Verbrennungen vorgestellt.

Es beinhaltet fünf Merkblätter, die nach Erörterung allgemeiner toxikologischer Gesichtspunkte und Aufzeigen besonders hervorstechender Vergiftungssymptome über Maßnahmen der Ersten Hilfe unterrichten. Dabei werden mögliche Fehlmaßnahmen besonders herausgestellt.

Im einzelnen sind folgende Merkblätter zusammengefaßt: Merkblatt 7201: Erste Hilfe bei Verbrennungen; Merkblatt 7202: Erste ärztliche Hilfe bei Schwerverbrannten am Unfallort; Merkblatt 7203: Erstbehandlung von schweren Verbrennungen im Krankenhaus; Merkblatt 7501: Erste Hilfe bei Lostvergiftungen; Merkblatt 7502: Erkennung und Erstbehandlung von Vergiftungen.

Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

Töpfer/Lind
Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland – 40. Ergänzungslieferung

Stand: 1. Januar 1978
Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See

Handbuch des Rettungswesens
Herausgeber: Dr. med. Arno F. Biese u. a.

Neunte Ergänzungslieferung, 1/78
Erste Hilfe, Rettungsdienst und Krankentransport
v. d. Linnepe Verlagsgesellschaft KG, Hagen

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Gefahren in der Badesaison

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) in ihrer 65jährigen Geschichte über 100 000 Menschen das Leben gerettet hat? Allein im Jahr 1977 wurden von dieser Organisation 753 Menschen vor dem Ertrinkungstod bewahrt, davon 81 unter Lebensgefahr für die Retter. 6 610mal leistete die DLRG Hilfe bei Bootsunfällen und 38 172mal Erste Hilfe an Land.

Daneben stehen die Leistungen der Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes: Ihre Helfer retteten 1977 über 300 Menschen vor dem Tode des Ertrinkens und leisteten 3 417mal leichtere Rettungen aus Wassernot. Fast 50 000 Erste-Hilfe-Leistungen, 56 Eisrettungen, 72 Wiederbelebungen, davon 63 mit Erfolg, wurden von den Helfern erbracht. Auch die Zahl der Bootsrettungen geht in die Tausende.

Die Lebensrettungen dieser Organisation erstrecken sich über das ganze Jahr. Ein besonderer Anstieg der Einsätze ist aber während der Badesaison zu verzeichnen. Doch viele Unfälle, die sich beim Schwimmen und Baden ereignen, könnten vermieden werden, wenn jeder Badelustige sich an bestimmte Regeln für den Aufenthalt im kühlen Naß halten würde.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . bei den vermeidbaren Unfällen ausgerechnet sogenannte Schwimmhilfen oft eine tragische Rolle spielen? Schwimmringe, Autoschläuche, Gummitiere, Luftmatratzen und Minischlauchboote – lauter Gegenstände, mit denen man sich im Wasser herrlich vergnügen kann – bergen bei falscher Anwendung tödliche Gefahren. Nicht selten verführen gerade diese Schwimmhilfen Nichtschwimmer und schlechte Schwimmer aus falschem Sicherheitsgefühl zu leichtsinnigem Handeln. Mit dem naiven Mut der Unkenntnis begeben sie sich in tiefes Wasser, in unberechenbare Wellen und damit ins Verderben.

An der See werden Luftmatratzen besonders leicht vom Wind oder vom Gezeitenstrom kilometerweit hinausgetrieben. Bei dem Versuch, wieder an Land zu paddeln, versagen oft auch geübten Schwimmern die Kräfte.

Wie leicht schläft mancher auf einer sanft dahingleitenden Luftmatratze ein, holt sich einen Sonnenstich und gleitet ohnmächtig ins Wasser.

Natürlich ist es ein besonderes Vergnügen, auf Flüssen und Seen mit der Luftmatratze in die Bug- oder Heckwellen von Frachtern hineinzufahren, um auf diesen Wellen zu schaukeln. Nur muß man ein guter Schwimmer sein, falls die Wellen die Luftmatratze umkippen oder der Sog der Schiffe sie unter Wasser drückt. Ähnliche Gefahren bestehen für Nichtschwimmer und schlechte Schwimmer auch bei der Benutzung leichter Minischlauchboote.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die besonders bei Kindern so beliebten Schwimmringe und Schwimmtiere lebensgefährlich werden können? Schon eine kleine Welle, verursacht durch andere im Wasser tobende Kinder, oder eine Gewichtsverlagerung kann so eine Schwimmhilfe zum Kentern bringen. Wehe, wenn der Badende unbemerkt ins Tiefe geraten war.

Bei längerem Schwimmen mit Schwimmreifen werden Badende leicht ohnmächtig. Wenn Gesäß, Beine und Arme im kühlen Wasser hängen, der Kopf aber einer starken Sonnenbestrahlung ausgesetzt ist, wird das Blut in die Extremitäten gezogen, es entsteht eine Blutleere im Kopf und damit eine Ohnmacht. Der Badende gleitet aus dem Ring und ertrinkt, wenn nicht bald Hilfe kommt.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die in den letzten Jahren so populär gewordenen Taucher- oder

Schnorchelbrillen nicht ohne Gefahren für ihre Benutzer sind? Manche verwechseln offensichtlich diese Geräte mit dem Preßluftatemgerät der Sporttaucher. Es gibt zwar Taucherbrillen, die unter Wasser bei geschlossenem Mund ein flaches Atmen durch die Nase erlauben, doch verbraucht sich der Sauerstoffvorrat in kurzer Zeit und der Tauchende bekommt eine Kohlendioxidvergiftung und ertrinkt. Jeder, der eine Taucher- oder Schnorchelbrille benutzt, sollte die Grenzen dieses Gerätes kennen, nicht in die Tiefe tauchen, starke Brandung und überfüllte Schwimmbäder damit meiden.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . es falsch ist, einen Nichtschwimmer einfach ins Wasser zu stoßen oder zu werfen, damit er schwimmen lernt? Es gibt sicher mehr Menschen, die dadurch solche Furcht vor dem nassen Element bekommen haben, daß sie nie in ihrem Leben gute Schwimmer geworden sind.

Springen Sie nie erhitzt ins Wasser! Plötzliche Abkühlung des Körpers ist eine der größten Gefahren selbst für den sportgestählten Menschen, die zum Herzschlag führen kann.

Bleiben Sie auch nicht zu lange im Wasser. Es gehört zu den Qualitäten gerade der besten Schwimmer, daß sie ihre Kräfte nie überschätzen. Sie schwimmen auch nicht unmittelbar nach dem Essen oder springen mit vollem Magen.

Auf keinen Fall machen Schwimmer einen Kopfsprung in unbekannte Gewässer! Nicht selten haben schon Badefreuden an Felsbrocken, Betonsockeln, Eisenträgern, Bootswracks und ähnlichen Unterwasserhindernissen ein jähes Ende gefunden.

Lassen Sie sich nicht zu Leistungen herausfordern, die über ihre Kräfte gehen könnten. Körperliche Erschöpfung, Unterkühlung und Krämpfe können zum Ertrinken führen. Und noch etwas: Schwimmen Sie nie allein!

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

Feuerwehr – integrierende Kraft



Zu einer eindrucksvollen Selbstdarstellung der Feuerwehr wurde die 125-Jahr-Feier des Deutschen Feuerwehrverbandes und der 4. Landesfeuerwehrtag Baden-Württemberg in Böblingen. Vor 20 000 Feuerwehrmännern und -frauen aus dem In- und Ausland unterstrich DFV-Präsident Albert Bürger die integrierende Kraft der Feuerwehren für ein geeintes Europa; auch sicherte sie durch ihre Pflichterfüllung im Rahmen der inneren Sicherheit die freiheitliche Demokratie und damit den Frieden. Bundespräsident Walter Scheel hielt in Plochingen – der Geburtsstätte des Deutschen Feuerwehrverbandes – die Festrede und begrüßte es besonders, daß so viele junge Menschen zur Freiwilligen Feuerwehr gehen und somit eine wichtige und wertvolle Aufgabe haben.

Zu unseren Fotos auf dieser Seite:
Bundespräsident Scheel während seiner Ansprache, ein Ausschnitt von den internationalen Feuerwehr-Wettkämpfen und ein Blick auf die Fahrzeugausstellung. Das Titelbild vereinigt französische, österreichische und deutsche Feuerwehrmänner.